

**Die Ruhrkohle in der
Westeuropäischen Kohlenwirtschaft
1945—1949**

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch - Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

Kurt Wiesendanger

aus L ö r r a c h (Deutschland)

1952

Buchdruckerei Karl Schahl, Lörrach

Die Ruhrkohle in der Westeuropäischen Kohlenwirtschaft 1945—1949

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch - Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

Kurt Wiesendanger

aus L ö r r a c h (Deutschland)

1952

Buchdruckerei Karl Schahl, Lörrach

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Professoren Dr. Valentin F. Wagner
und Dr. Edgar Salin.

Basel, den 28. Juni 1951.

Prof. Dr. Fritz Meier
Dekan.



Inhaltsübersicht

	Seite
Einleitung	1
I. Die westdeutsche Entwicklung der Kohlenförderung von 1945—1949	2
II. Die Ursachen des Förderrückganges bei Kriegsende	5
1. Der Rückgang der Schichtleistung	5
2. Die Ernährungssituation der Bergleute	7
3. Der Altersaufbau der Belegschaft	10
4. Die ungenügende Materialversorgung	13
5. Die Demontagepolitik	15
III. Das Transportproblem der Ruhrkohle	17
IV. Die Neuorganisation des Kohlenbergbaus	19
1. „Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung“ (DKBL)	19
2. „Deutscher Kohlen-Verkauf“ (DKV)	23
3. „Die Bergbaubeschaffungszentrale“ (BBZ)	28
V. Die Verteilung der geförderten Kohlenmenge	28
1. Der inländische Kohlenverbrauch und -absatz	28
2. Der Kohlenexport	34
VI. Die Entwicklung der Kohlenpreise von 1945—1949	39
1. Der inländische Kohlenpreis	39
2. Der Kohlenexportpreis	48
VII. Die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie (Gesetz Nr. 75)	53
VIII. Das Problem des zukünftigen Eigentumsrechtes an Ruhrbergbau und Stahlwerken	60
IX. Das Ruhrstatut	67
X. Der Schuman-Plan	71
XI. Die europäische Kohlenorganisation (ECO)	73
XII. Die Förderentwicklung in den wichtigsten europäischen Kohlenproduktionsländern von 1945—1949	79
1. Großbritannien	79
2. Frankreich	82
3. Belgien	87
4. Polen	89
XIII. Schlußbetrachtungen	92
Anhang: Das Abkommen über die Errichtung der Europäischen Kohlenorganisation	94
Das Gesetz Nr. 75 vom 10. November 1948 zur Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie	97
Das Ruhrstatut vom 29. Dezember 1948	106
Literaturverzeichnis	119



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Einleitung

Die vorliegende Arbeit über die Ruhrkohle in der Westeuropäischen Kohlenwirtschaft versucht näher darzulegen, welche Ursachen zu der allgemeinen Kohlenkrise nach Kriegsende geführt haben und welche Maßnahmen dann zur Überwindung der Kohlenknappheit getroffen wurden.

Wenn sich die Untersuchung dabei hauptsächlich auf die Entwicklung des Ruhrreviers von 1945 bis 1949 erstreckt, so geschieht dies deshalb, weil das entstandene europäische Kohlendefizit von über 110 Mill. Tonnen (Vergleichsjahre 1947 : 1938) anteilmäßig in erster Linie durch den Ausfall im Ruhrbergbau verursacht wurde. Außerdem verdient das Ruhrgebiet unter dem Aspekt des europäischen Wiederaufbaus eine eingehende Betrachtung; denn dieses Gebiet mit seinen nahezu vier Millionen Menschen bildet nicht nur den wirtschaftlichen Mittelpunkt Deutschlands, sondern dort liegen auch in sehr großem Ausmaße die höchstergiebigen Hilfsquellen für die gesamte westeuropäische Wirtschaft. Darum zeigten bei Kriegsende alle westeuropäischen Staaten größtes Interesse an einer umgehenden Steigerung der Kohlenförderung im Ruhrrevier. Der Kohlenmangel in den ersten Nachkriegsjahren erwies sich nämlich als ein sehr beachtliches Hindernis für die industrielle Produktion.

Unauflöslich mit dem Ruhrproblem verknüpft bleiben industrielle und soziale, innen- und außenpolitische Teilfragen, deren Inhalt und Tragweite hier oftmals nur kurz behandelt werden konnte, weil das Problem der Fördersteigerung und die damit verbundene bessere westeuropäische Kohlenversorgung in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt wurde.

Manche Probleme innerhalb der einzelnen Kapitel konnten wegen der Schwierigkeit der Materialbeschaffung nur in sehr großen Umrissen angedeutet werden. Auch beschränkte die alliierte Besetzung und wirtschaftliche Kontrolle Deutschlands teilweise die Informationsmöglichkeit.

Abgeschlossen wurde die Arbeit mit dem Juni 1950.

I. Die westdeutsche Entwicklung der Kohlenförderung von 1945 bis 1949

Bei der Betrachtung der westdeutschen Entwicklung der Kohlenförderung seit Kriegsende steht das Ruhrrevier notwendiger Weise im Mittelpunkt, da in diesem Gebiet die weitaus stärkste Förderkonzentration innerhalb Westdeutschlands vorhanden ist. Bekanntlich wurden die Kohlengebiete Ober- und Niederschlesiens im Jahre 1945 sogleich von Deutschland losgelöst und etwas später ebenso der Kohlenbergbau des Saargebietes, sodaß in dem restlichen Westdeutschland außer dem Ruhrrevier nur noch Steinkohlenbergwerke im Aachener und niedersächsischen Bezirk mit relativ geringen Fördermengen existieren. Bevor nun aber die Probleme der Kohlenförderung bei Kriegsende näher analysiert werden, soll ein kurzer Rückblick den Entwicklungsgang des Ruhrreviers zeigen.

Die Entwicklungsgeschichte des Ruhrreviers führt zurück in die Mitte des 19. Jahrhunderts, obwohl bereits Jahrhunderte zuvor das Vorhandensein von Steinkohle an der Ruhr bekannt war und auch in kleinen Mengen im Tag- und Stollenbetrieb Kohle abgebaut wurde. Aber erst nachdem der Schachtbau eingeführt und somit eine Erschließung des eigentlichen Ruhrreviers ermöglicht hatte, begann im Jahre 1860 mit der Förderung von 4 Mill. Tonnen eine rapide Aufwärtsentwicklung, welche zwanzig Jahre später mit 22 Mill. Tonnen eine für die damalige Zeit beachtliche Höhe erreichte. In Verbindung mit der Eisenindustrie machte das Ruhrrevier in dem folgenden Zeitabschnitt bis 1913 erhebliche Fortschritte, indem die Steinkohlenförderung auf 114 Mill. Tonnen und die Stahlerzeugung auf 10,5 Mill. Tonnen anstieg. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sind vor allem zwei besonders starke Rückschläge zu erwähnen und zwar zunächst das Jahr der Inflation und der Ruhrbesetzung (1923), als die Förderziffer auf 41,5 Mill. Tonnen herabsank und das Jahr 1932, wo infolge der schlechten Wirtschaftslage die Förderung mit 73,3 Mill. Tonnen auf ihrem Tiefpunkt angelangt war. Aber bis zum Jahre 1938 konnte die bisher geförderte Höchstmenge von 123,6 Mill. Tonnen (1929) nicht nur erreicht, sondern um nahezu 4 Mill. Tonnen überschritten werden¹. Diese beträchtliche Kohlenmenge konnte mit relativ geringen Abweichungen auch während der Kriegszeit bis zum Jahre 1944 gefördert werden. Die Stärke des Rückschlages kam erst im darauf folgenden Jahre deutlich zum Ausdruck und machte sich in ihrer

¹ Däbritz, „Der Ruhrbezirk in Vergangenheit und Gegenwart“ in: „Deutsche Kohlenzeitung“, Berlin, Heft Nr. 3/4 vom 9. 2. 1943.

vollen Tragweite geltend, als die Steinkohlenförderung mit nur 35,5 Mill. Tonnen auf das Niveau des Jahres 1890 zurückfiel.

Welche Veränderungen im Kohlenbergbau des Bundesgebietes sich dann im Hinblick auf die jährliche und arbeitstägliche Fördermenge im Vergleich zur Vorkriegszeit vollzogen haben, zeigt nachstehende Zusammenstellung.

Jährliche und arbeitstägliche Förderung fester Brennstoffe im Kohlenbergbau des Bundesgebietes².

Jahr	Förderung, jährlich	Förderung, arbeitstäglich		
	Steinkohle	Steinkohle	Rohbraunkohle a)	Pechkohle
	(Mill. t)	(1000 t)		
1936	117,0	384,4	186,9	4,7
1938	137,0	448,2	226,1	5,0
1945	35,5	116,3	79,2	4,0
1946	53,9	177,8	168,5	4,3
1947	71,1	234,7	189,1	4,7
1948	87,0	285,1	211,7	4,6
1949	103,2	338,1	234,9	5,2

a) Ohne Französische Zone.

Die eingehende Untersuchung der Ursachen des Förderrückganges und der eingeleiteten Maßnahmen zur Steigerung der Fördermenge bleibt zwar dem nächstfolgenden Kapitel vorbehalten, doch muß in diesem Zusammenhang bereits darauf hingewiesen werden, daß das vom Krieg zerstörte Ruhrgebiet zunächst allzu leicht den Gedanken aufkommen läßt, die Verminderung der Produktionskapazität sei vor allem auf die Zerstörung von Betriebsanlagen, Verkehrseinrichtungen und Bergwerkswohnungen zurückzuführen. Bis zu einem gewissen Grade kann dieser Feststellung wohl zugestimmt werden, trotzdem müssen die andern ebenso stark ins Gewicht fallenden Faktoren, wie der Leistungsrückgang der Bergleute, der Materialmangel für die Erneuerung der Förderanlagen und die geringe Grubenholzanlieferung als nicht minder große Hemmungen betrachtet werden. Eine weitere, nicht zu unterschätzende Situationsverschlechterung brachte die von den Militärregierungen angeordnete Demontage von Bergwerkszulieferfirmen mit sich. Vielfach wird auch zur Begründung des Förderrückganges noch auf die teilweise Zerstörung der Schachtanlagen selbst hingewiesen. Aber die Untersuchungsergebnisse widerlegten diese Vermutung; denn die Anzahl der vor dem Kriege (1938) im Ruhrrevier insgesamt vorhandenen 154 Schachtanlagen erfuhren kaum eine nennenswerte Reduzierung.

² „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Heft 12, März 1950. (DKBL) .

In diesem Zusammenhang darf außerdem die große Kapitalnot des Bergbaus nicht unerwähnt bleiben, da eine nachhaltige Fördersteigerung sehr erheblich auch von der Erfüllung des für den Ruhrbergbau vorgesehenen Investitionsprogrammes abhängig ist. Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung in Essen schätzte den Kreditbedarf des Bergbaus auf nicht weniger als vier Milliarden Mark. Doch erreichten die bis gegen Ende des Jahres 1949 dem Kohlenbergbau tatsächlich zur Verfügung gestellten Investitionskredite insgesamt erst den Betrag von 174 Mill. DM, die aus dem ECA-Gegenwertfonds stammten³. Weitere Beträge sind dem Bergbau bereits zugesagt, aber noch nicht ausbezahlt worden. Mit Hilfe dieser Investitionskredite kann der Kohlenbergbau die dringend erforderliche Erneuerung und Verbesserung seiner technischen Ausrüstung vornehmen, was sich sowohl günstig auf das Förderergebnis als auch auf die Rentabilitätslage der Zechen auswirken wird.

Ungeachtet der hier erwähnten zahlreichen hemmenden Faktoren, stieg die arbeitstägliche Fördermenge stetig an, aber nicht infolge nennenswerter Leistungssteigerung je Mann und Schicht, sondern auf Grund starker Zunahme der bergmännischen Belegschaft, wobei allerdings von Zeit zu Zeit kleinere Rückschläge eintraten, die in der Hauptsache jeweils auf die schwankenden Zuteilungen an Lebensmitteln zurückzuführen waren. Darum entschlossen sich die Besatzungsbehörden, spezielle Anreizsysteme zur Hebung der Arbeitsleistung und der Arbeitsfreude ins Leben zu rufen, und in Form von Punktsystem, Care-Paket-Aktionen, Sonderzuweisungen und Prämien, zusätzliche Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände und sonstige Artikel des täglichen Bedarfs an die im Bergbau arbeitende Belegschaft auszuhändigen. Von den Sonderzuteilungen angelockt, standen immer mehr Arbeitskräfte dem Bergbau zur Verfügung, was folgende Zahlen zeigen mögen.

Beschäftigte im Steinkohlenbergbau des Bundesgebietes⁴.

Monats- Durchschnitt	Arbeiter		Beschäftigte insgesamt
	unter Tage	insgesamt	
1932	175 589	235 908	254 900
1936	200 872	275 785	296 783
1938	253 608	345 998	370 761
1943	302 203	395 364	454 155
1945	—	266 099	—
1946	199 068	295 309	320 404
1947	237 821	359 550	387 900
1948	268 921	403 612	435 066
1949	290 190	422 239	455 085

³ Art. „Voraussetzungen einer Fördersteigerung“ in: „Handelsblatt“, Düsseldorf, Nr. 84 vom 19. 9. 1949.

⁴ „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Heft 12, März 1950. (DKBL).

Mit Hilfe der bergfremden Arbeitskräfte wurde zwar das nächstliegende Ziel einer umgehenden Steigerung der Kohlenfördermenge erreicht, jedoch die negative Seite hiervon lag darin, daß Ende 1947 bereits die bergmännische Gesamtbelegschaft um rd. 17 000 jene des Jahres 1938 überstieg und mit dieser zahlenmäßig stärkeren Gesamtbelegschaft kaum etwas mehr als die Hälfte der Kohlenmenge des Vergleichsjahres gefördert wurden. Anders ausgedrückt bedeutet dies eine enorme Verhältnisverschiebung zu Lasten der unmittelbar vor Kohle und Gestein arbeitenden Bergleute (Hauer, Lehrhauer und Schlepper), während die Zahl der sonst im Bergbau tätigen Belegschaft ungewöhnlich stark zunahm.

Wenn auch Ende Juni 1950 die Tagesförderung im westdeutschen Steinkohlenbergbau bei rd. 370 000 Tonnen angelangt ist und die Kohlenbewirtschaftung infolge dieser Entwicklung aufgehoben werden konnte, so bedeutet dies keineswegs, daß damit das gesteckte Ziel erreicht wäre, sondern es wird bis zum Juli 1953 eine Tagesförderung von 450 000 Tonnen angestrebt⁵. Eine derartige Mehrförderung wird in der Hauptsache jedoch nur durch Erhöhung der Tagesleistung je Mann realisiert werden können, wobei der Erneuerung und Verbesserung der technischen Hilfsmittel ebenfalls eine entsprechende Bedeutung zukommt. Allerdings erfordern diese dringend notwendigen Investitionen enorme Beträge, die infolge der allgemein schlechten Ertragslage der Zechen nicht vom Bergbau aufgebracht werden können. Darum ist der Bergbau künftighin auf die Quellen des ECA-Gegenwertfonds und auf ausländisches Kapital angewiesen.

Rückblickend auf die Entwicklung der westdeutschen Steinkohlenförderung von 1945 bis 1949 wird man wohl hinsichtlich der nun wiederum zur Verfügung stehenden Kohlenmenge von einer sehr erfreulichen und relativ raschen Aufwärtstendenz sprechen dürfen, welche voraussichtlich auch in Zukunft, wenn die Erwartungen bezüglich der Steigerung der Schichtleistung je Mann in Erfüllung gehen, anhalten wird — jedoch bei weitem nicht mehr in dieser Stärke.

II. Die Ursachen des Förderrückganges bei Kriegsende

1. Der Rückgang der Schichtleistung

Wenn man die Faktoren betrachtet, die bereits als Ursachen für den Förderrückgang kurz angeführt wurden, so steht die verminderte Arbeitsleistung der Bergleute unbedingt im Vordergrund, da sie sowohl die Höhe der Fördermenge als auch die damit verbundene Kostenbelastung je Tonne geförderter Kohle ganz erheblich

⁵ „Langfristige Kohlenplanung“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 11 vom 12. 3. 1948.

beeinflusst. In welchem Ausmaß die Schichtleistung je Mann im Vergleich zur Vorkriegszeit gesunken ist und wie verhältnismäßig langsam eine Steigerung sich bemerkbar macht, kommt in folgender Darstellung zum Ausdruck.

**Die Schichtleistung im Steinkohlenbergbau
des Bundesgebietes je Mann in kg⁶.**

Monats- Durchschnitt	Bergmännische Belegschaft insgesamt	unter Tage
1936	1643	2113
1938	1500	1916
1946	864	1191
1947	882	1198
1948	937	1267
1949	1032	1363

Da die Zechen nur in begrenztem Umfange jetzt noch weitere Arbeitskräfte aufnehmen können — ganz abgesehen von den dann ebenfalls noch erforderlichen neu zu bauenden Bergmannswohnungen —, so wird immer mehr Gewicht auf eine baldige und ergiebige Schichtleistungssteigerung je Mann gelegt werden müssen. Eingehende Untersuchungen in verschiedenen Zechen des Ruhrreviers haben allerdings festgestellt, daß kaum eine Verminderung der eigentlichen „Hackenleistung“ eingetreten sei, und demzufolge also der Schichtleistungsrückgang hauptsächlich auf die gesamte Verhältnisverschiebung der im Bergbau tätigen Arbeitskräfte zurückgeführt werden muß.

Die Tragweite des Schichtleistungsproblems tritt erst so recht ins Bewußtsein bei der Überlegung, daß beispielsweise bei einer Untertage-Schichtleistung von 1,4 Tonnen je Mann und Tag durch 20 prozentige Leistungssteigerung bei 250 000 Tagesschichten eine Mehrförderung von nicht weniger als 70 000 Tonnen pro Tag und bei rd. 300 Arbeitstagen jährlich 21 Mill. Tonnen ergeben würde. Eine derartige Leistungssteigerung hätte aber nicht nur wesentlich zur Überwindung des kritischen Kohlenengpasses in den ersten Nachkriegsjahren beitragen können, sondern auch allgemein zu einer dringend erforderlichen Besserung der Kostengestaltung im Kohlenbergbau verholfen. Da der fixe Kostenanteil im Kohlenbergbau relativ beträchtlich ins Gewicht fällt, würde durch Fördersteigerung generell eine Kostensenkung je Fördertonne eintreten und zwar auch dann, wenn die Fördersteigerung mit entsprechenden erhöhten proportionalen Kosten und nicht durch Leistungssteigerung je Mann erreicht wird; allerdings würde in dem zuletzt genannten

⁶ „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Heft 12, März 1950. (DKBL).

Falle eine verstärkte Kostendegression vorhanden sein⁷. Die Zechen sind darum bemüht, eine Berichtigung der eingetretenen Verschiebung innerhalb der verschiedenen Arbeitskategorien im Bergbau zu Gunsten der unmittelbar vor Kohle und Gestein arbeitenden Bergleute vorzunehmen.

2. Die Ernährungssituation der Bergleute

Zweifellos besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen Ernährung und Leistung, denn bei mangelhafter Ernährung sinkt die menschliche Leistungsfähigkeit rapid herab und auch die psychologischen Einwirkungen hemmen die menschliche Spannkraft und vermindern die Arbeitsfreude.

Da im Ruhrbergbau infolge der schlechten Ernährungslage die Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter immer mehr nachließ, mußten umgehend Mittel und Wege zur Besserung der Versorgungslage gefunden werden. Wohl erhielt der Bergarbeiter außer der gewöhnlichen Lebensmittelkarte für Normalverbraucher eine Schwerstarbeiterzulage, wodurch sich formell im März 1947 der tägliche Kaloriensatz für den Untertagebergmann auf 3 600 erhöhte. Für den Bergmann unter Tage wird zwar normalerweise der Kalorienbedarf mit 4 100 angenommen, aber diese Differenz erschwerte die Ernährungssituation nicht so erheblich, wie die Nichteinhaltung der zugesagten 3 600 Kalorien⁸. Weiter gilt es zu berücksichtigen, daß der Bergmann als Familienvater sicher in den meisten Fällen die zusätzlichen Nahrungsmittel mit seiner vielfach großen, nur mit der Normalverbraucherkarte ausgestatteten Familie teilte und somit die durch die bessere Ernährungsgestaltung bezweckte höhere Schichtleistung des Bergarbeiters wiederum sehr in Frage gestellt wurde. Oftmals blieb dem Bergarbeiter nur noch der eine Ausweg, die Einschaltung von sog. Feierschichten übrig, das heißt, er war gezwungen, mit Hilfe einer „Krankmeldung“ von seiner Arbeitsstätte fern zu bleiben, um das Notwendigste an Nahrungsmitteln in den ausgesprochenen Landgebieten für sich und seine Familie herbeizuholen. Die arbeitstäglich entgangenen Schichten als Folge von „Krankheit“ und „sonstigen Gründen“ nahmen im Jahre 1946 einen ganz enormen Umfang an, was in der folgenden Tabelle klar ersichtlich ist.

⁷ Nach dem Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Essen, März 1949) sind „etwa gut $\frac{1}{3}$ der Löhne und $\frac{1}{5}$ des Materials unter den z. Zt. vorliegenden Verhältnissen als fix anzusehen. Insgesamt kann man nach den bei den Einzelprüfungen getroffenen Feststellungen unterstellen, daß 40 % der Kosten der Grubenbetriebe fix und 60 % proportional sind“. (S. 37 f., „Die Auswirkungen von Fördersteigerungen“.)

⁸ Art. „Mehr Kohle mit besserer Ernährung“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 31 vom 1. 8. 1947.

Verfahrenre und entgangene Schichten im Steinkohlenbergbau des Bundesgebietes⁹.

Monats-Durchschnitt	Arbeits-tage	Arbeitstäglich verfahrenre Schichten			
		insgesamt	davon		je 100 angelegte Arbeiter
			unter Tage insgesamt	über Tage	
1936	25,35	255 090	182 381	72 709	92,77
1938	25,46	324 089	234 050	90 039	93,96
1946	25,28	237 379	150 704	86 675	81,17
1947	25,25	301 110	196 920	104 190	87,40
1948	25,44	354 186	227 199	126 987	88,49
1949	25,44	374 622	249 692	124 930	89,24

Monats-Durchschnitt	Arbeits-tage	Arbeitstäglich entgangene Schichten				
		je 100 angelegte Arbeiter	davon			
			Betriebl. Gründe	Krankheit und Unfall	Tarif-Urlaub	Sonstige Gründe
1936	25,35	11,57	2,78	4,52	3,20	1,07
1938	25,46	11,57	0,21	5,79	3,82	1,75
1946	25,28	21,14	0,15	12,17	4,36	4,46
1947	25,25	15,66	0,19	8,96	3,77	2,74
1948	25,44	14,90	0,14	8,24	3,64	2,88
1949	25,44	15,14	0,12	7,12	5,60	2,30

Somit kam offensichtlich zum Ausdruck, daß die dem Bergarbeiter zugebilligte Kalorienzahl unbedingt erhöht werden mußte, weil hiermit sehr eng das zu erwartende Förderergebnis zusammenhing.

Wohl in mindestens gleich großem Ausmaße wie Deutschland selbst, verfolgten die auf Ruhrkohlenzufuhren wartenden europäischen Länder die Kohlenfrderkurve und waren wirklich keinesfalls an einem Leistungsrückgang des deutschen Bergmanns auf Grund der ungenügenden Ernährung interessiert. Diese Tatsache bildete den Ausgangspunkt für das Mitte Januar 1947 eingeführte Punktsystem.

Mit Hilfe dieses Systems sollte der Bergmann zusätzlich mit Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen versehen werden, und zwar lautete die Vorbedingung für die höchst bewertete Kategorie der Gedingearbeiter und Arbeiter unter Tage dahingehend, daß im Laufe eines Monats 25 normale Schichten gefahren sein müssen, um den Maximumsatz von 150 Punkten zu erhalten. Mit entsprechenden Abstufungen nahmen an diesem System auch die Arbeiter über Tage teil; schließlich auch noch die zum Bergbau zählenden kaufmännischen Angestellten und teilweise auch die Belegschaften von Zulieferfirmen des Bergbaus. Außer den Zusätzen von Speck,

⁹ „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Heft 12, März 1950. (DKBL).

Zucker, Schnaps, Kaffee und Zigaretten konnten durch Abgabe der erforderlichen Punktzahl Bedarfsgegenstände aller Art, wie Herrenanzüge (195 Pkt.), Wintermäntel (253 Pkt.), Straßenschuhe für Männer (50 Pkt.), Gaskocher (30 Pkt.) usw. angeschafft werden¹⁰. In der Hauptsache zielte das Punktsystem darauf ab, die Fehlschichten auf ein Minimum zu reduzieren, indem durch willkürliches Fernbleiben von der Arbeitsstätte eine beträchtliche Anzahl von Punkten zum Abzug gelangte. Bei einer wirklich begründeten Entschuldigung hinsichtlich einer Fehlschicht blieb nur die Schichtnachholung für den Bergmann übrig, wenn er auf die Erlangung der vollen Punktzahl Wert legte. Beim Punktsystem hatte man aber den entscheidenden Antrieb zur Erhöhung der Einzelleistung je Mann vermißt, denn eine relativ hohe Punktzahl wurde bereits bei stetiger Schichtanwesenheit ausgehändigt, also ohne Rücksicht auf die individuelle Einzelleistung. Zwar war die Lohnstaffelung, je nach der im Schacht zu verrichtenden Arbeit verschieden, so daß diejenigen, welche durch die Art ihrer Arbeit eine höhere Lohnsumme ausbezahlt erhielten, auch eine größere Punktzahl zugeteilt bekamen. Doch in der jeweiligen Arbeitskategorie wurden die voneinander abweichenden Einzelleistungen nicht erfaßt und gewertet.

Die weitere Entwicklung führte sodann im Sommer 1947 zum sog. Dreiphasenplan, der als Ergänzung und Verlängerung des Punktsystems gedacht war.

Die Care-Paket-Aktion, an welche nur die Untertage-Belegschaft angeschlossen war, bildete die erste Phase des Planes. An die Ausgabe der Care-Pakete knüpfte sich die Vorbedingung, daß für einen Vier-Wochen-Abschnitt der bisher höchste Stand der Kohlenförderung seit der Besetzung erreicht oder besser noch überschritten werde. In der darauffolgenden Phase sollten all jene Belegschaften von Grubenbetrieben ein zweites Care-Paket erhalten, welche die erreichte Fördermenge um einen bestimmten Prozentsatz noch zu steigern vermochten¹¹. Der Ansporn der dritten Phase begann am 1. Januar 1948, wobei die Schichten und die Löhne der Bergarbeiter des Monats Januar die Basis für die Bewertung darstellten, also der individuellen Leistung entsprechend ein Anteil aus dem Devisenerlös des Steinkohlenexports dem Bergarbeiter zur Verfügung gestellt wurde. Über diesen Anteil am Exportertrag der mehr geförderten Kohle konnte der Bergarbeiter in der Weise verfügen, daß er im Verhältnis zu seiner Förderleistung einen sog. Dollarbonus erhielt, der zum Kauf von importierten Waren wie Butter, Speck, Tabakwaren, Schokolade usw. berechnete. Da die Höhe eines Dollarbonus sich nach der jeweiligen Arbeitskategorie richtete,

¹⁰ Art. „Die Versorgung der Ruhr-Bergarbeiter“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 33/34 vom 31. 5./7. 6. 1947.

¹¹ Art. „Care-Pakete für die Bergleute“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 31 vom 1. 8. 1947.

erhielt der Bergarbeiter mit höchster Hauerleistung monatlich einen Warengegenwert von etwa 9 Dollar, hingegen lag der Durchschnittsgegenwert bei 6,5 und das Minimum bei 3 Dollar ¹².

Weil die Care-Paket-Aktion aber nur die Untertage-Arbeiter berücksichtigte und sehr oft mit dem Inhalt der Pakete ein reger Schwarzhandel betrieben wurde, bezeichnete man auch dieses Anspornsystem nicht als vollkommen geeignet. Allerdings vermochten die Care-Pakete eine große Zahl von Arbeitern in den Bergbau zu locken, doch allzu oft nur so lange, bis das Ziel, ebenfalls ein solches Paket zu erhalten, erreicht war.

Als beste Ansporn-Maßnahme erwies sich dann die Währungsreform (20. 6. 1948) und die 15 prozentige Lohnerhöhung, wodurch die Bergarbeiter wieder brauchbares Geld für ihre Arbeitsleistung erhielten, mit dem schon in den ersten Tagen nach der Währungsreform, teilweise bereits ohne Bezugsschein oder Marken, ein Einkauf möglich war. Die Währungsreform trug zweifellos wesentlich zur Leistungssteigerung im Bergbau bei, denn in den vorhergehenden Monaten April und Mai des Jahres 1948 gelangte trotz den verschiedenen Anreizmethoden die Tagesförderung nicht über 270 000 Tonnen hinaus, während nach der Währungsreform erstmals wieder eine tägliche Förderziffer von 308 000 Tonnen erreicht werden konnte.

Allgemein hatten die einzelnen Anspornmaßnahmen gezeigt, daß, um die Leistung des Bergmanns zu steigern, nicht nur dessen eigener Lebensstandard erträglich sein muß, sondern ganz unbedingt auch jener seiner Familie. Gerade die Ernährungslage mußte als einer der ausschlaggebendsten Leistungsfaktoren im Bergbau angesehen werden.

3. Der Altersaufbau der Belegschaft

Die im Laufe des Krieges entstandenen Menschenverluste beeinflussten entscheidend den Aufbau der Alterspyramide der deutschen Bevölkerung, denn durch den kriegsbedingten Ausfall der leistungsfähigsten Jahrgänge trat eine allgemein stark bemerkbare Überalterung ein. Diese Tatsache war in besonders auffallender Weise im Ruhrbergbau ersichtlich, wo im Jahre 1948 über die Hälfte der Bergarbeiter das Alter von 40 Jahren überschritten hatten, was im Jahre 1935 nur zu einem Viertel der Fall war.

¹² Art. „Der Dollar-Anteil der Bergarbeiter“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 11 vom 13. 3. 1948.

Altersgliederung der Untertage-Arbeiter im Ruhrbergbau¹³.

Altersjahre	in Prozent zur Jahresmitte				absol. Zahlen	
	1939	1946	1947	1948	1939	1948
14—17	3,04	1,40	1,86	2,11	6 918	5 153
18—20	4,24	5,95	7,82	8,24	9 612	20 193
21—25	4,01	8,04	9,83	12,02	9 110	29 426
14—25 zusammen	11,29	15,39	19,51	22,37	25 640	54 772
26—30	12,82	5,72	8,04	10,39	29 141	25 441
31—35	20,98	8,12	8,10	7,88	47 714	19 285
26—35 zusammen	33,80	13,84	16,14	18,27	76 855	44 726
36—40	22,27	15,69	13,76	12,45	50 645	30 513
41—45	13,83	21,69	18,99	16,72	31 439	40 976
36—45 zusammen	36,10	37,38	32,75	29,17	82 084	71 489
46—50	9,68	16,07	15,45	14,92	22 015	36 628
51—55	6,96	8,70	8,10	7,74	15 808	18 948
46—55 zusammen	16,64	24,77	23,55	22,66	37 823	55 576
über 55 Jahre . . .	2,17	8,62	8,05	7,53	4 955	18 426
Insgesamt	100	100	100	100	227 357	244 989

Während vor dem Kriege das Durchschnittsalter der Bergarbeiter bei 35 Jahren lag, erhöhte sich dasselbe bei Kriegsende bis auf etwa 43 Jahre. Dabei gilt es zu beachten, daß bei den Steinkohlenhauern, der wichtigsten Arbeitergruppe, das Höchstalter in der Regel mit 40 Jahren angenommen wird, und nur in Ausnahmefällen sind Bergleute über dieser Altersstufe unter Tage beschäftigt worden. Fast in allen Zechen begegnet man noch Bergleuten unter Tage, die das 65. Lebensjahr überschritten haben und immer noch fleißig und pflichtbewußt dort arbeiten, weil die Knappschaftsrente, die sie sonst nach der Pensionierung erhielten, nicht ihrer derzeitigen Lohnhöhe entsprechen würde. So rechnet man im Ruhrkohlenbergbau gegenwärtig immer noch mit ungefähr 6000 bis 7000 pensionsbedürftigen Bergleute, welche die Zechenverwaltungen auch aus finanziellen Gründen in absehbarer Zeit durch leistungsfähigere jüngere Arbeitskräfte zu ersetzen wünschen. Im Jahre 1948 betrugen z. B. die Zugänge im Bergbau 81 800 Mann, demgegenüber bezifferten sich die Abgänge zum Teil auch von überalterten Arbeitskräften auf 60 200. Immerhin brachte diese nicht geringe Fluktuation eine Verjüngung der Belegschaft mit sich, indem das Durchschnittsalter der Arbeiter ungefähr in der Mitte des Jahres 1949 auf 36,8 Jahre sank, während ein Jahr zuvor dasselbe bei 37,8 Jahre lag¹⁴.

¹³ Art. „Arbeiterbedarf des Bergbaus“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 48 vom 6. 11. 1948.

¹⁴ Art. „Übersicht über die Entwicklung der westdeutschen Kohlenwirtschaft im Jahre 1949“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 3/4 vom 28. 2. 1950.

Wohl erreichte nach Kriegsende auf Grund großer Werbeaktionen die Belegschaftshöhe sehr bald den Vorkriegsstand, jedoch die Fördermenge kam, wie schon erwähnt, bei weitem nicht an das Vorkriegsergebnis heran. Im Bergbau wird die Fördermenge eben nicht nur von der Erhöhung der Zechenbelegschaftsstärke bestimmt, sondern ebenso stark spielt der Altersaufbau eine entscheidende Rolle, was sich am besten in der Höhe der Schichtleistung je Mann zeigte, die trotz Punktsystem und Anreizprogramme kaum eine nennenswerte Steigerung erfahren hatte.

Aus all den erwähnten Gründen wird deshalb dem bergmännischen Nachwuchs eine entscheidende Bedeutung zugemessen, denn mit verhältnismäßig viel bergfremden Arbeitern kann sicherlich eine vorübergehend zu geringe Kohlenförderung etwas gesteigert werden, doch auf längere Sicht gesehen, kann nur eine großzügige und solide bergmännische Nachwuchsausbildung sowohl das Problem der Überalterung als auch jenes der Schichtleistungssteigerung je Mann lösen. So fiel beispielsweise im Jahre 1938 die Zahl der gelernten Bergarbeiter (Hauer und Gedingeschlepper) noch mit 55,32 Prozent im Vergleich zur gesamten Belegschaftsstärke ins Gewicht, während dies im Oktober 1946 nur noch mit 39,6 Prozent der Fall war¹⁵. Außerdem verschlechterte sich der Anteil der Untertage- und Übertagebelegschaft sehr gegenüber der Gesamtbelegschaft, was sich ebenfalls leistungsmindernd auswirkte. Eine Hauptaufgabe wird demzufolge darin liegen, eine ausreichende Anzahl junger Menschen für den Bergmannsberuf wieder zu gewinnen und in Lehrlingsheimen zu tüchtigen Bergarbeitern heranzubilden. Doch gerade an diesem Punkt setzt die Problematik des bergmännischen Nachwuchsproblems ein, weil bei der Jugend die psychologischen Widerstände gegen den Bergmannsberuf bereits sehr erheblich sich eingewurzelt haben, und nicht zuletzt raten sehr oft die Bergarbeiter selbst ihren Söhnen ab, den Bergmannsberuf zu ergreifen. Heute ist die sog. Bergmannstradition, die sich von Generation zu Generation weiter vererbt hatte, weitgehend im Schwinden begriffen. Die Begründung hierfür ist vor allem in der Schwere und Gefährlichkeit des Berufes zu suchen. Es muß infolgedessen gerade bei dem harten Bergmannsberuf dafür Sorge getragen werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch den höheren fachlichen und körperlichen Anforderungen entsprechen und keinesfalls Anlaß zur Aufgabe der Arbeitsstelle bieten, um anderswo eine leichtere, gar noch besser bezahlte Arbeitsstätte aufzusuchen.

Die so wichtige volkswirtschaftliche Stellung des Bergmannes muß wieder mit aller Bestimmtheit durch eine vortreffliche Sozialarbeit von allen Zechen bewiesen werden, die sich die Gesunderhaltung und Erholung der Bergarbeiter und die Wohlfahrt seiner Familie als höchste und schönste Aufgabe stellt. Außerdem bleibt

¹⁵ A. Heinrichsbauer, „Der Ruhrbergbau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, Essen 1948, S. 51 f.

der Werkwohnungsbau für die Zechen eine gewaltige Aufgabe, deren Lösung für einen großen Teil der Bergarbeiter eine neue Heimat und somit auch eine stetige Berufsbindung wiederbringen würde.

4. Die ungenügende Materialversorgung.

Es braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß eine Fördersteigerung weitgehend abhängig ist von der zur Verfügung stehenden Menge und Qualität des Bergbaumaterials. Da aber in den vergangenen Kriegsjahren die Ergänzungs- und Erneuerungsarbeiten in den einzelnen Zechen fast total ausblieben, doch der Verschleiß an Fördereinrichtungen, Maschinen und Geräten einen sehr großen Umfang angenommen hatte, waren Förderstörungen bei Kriegsende unausbleiblich, zumal damals nicht die Möglichkeit bestand, die vorhandene allgemeine Materialknappheit durch Bergbauzulieferfirmen in Form von neuen Maschinen und Ausrüstungsgegenständen aller Art beseitigen zu lassen.

Als ganz wesentliche Voraussetzung für die Steigerung der Kohlenförderung muß die ausreichende Versorgung des Bergbaus mit dem erforderlichen Grubenholz angesehen werden, weil der Grubenholzverbrauch rd. 25 Prozent der Gesamtmaterialkosten in Anspruch nimmt¹⁶. Bis zum Jahre 1945 erfolgte die Grubenholzversorgung in erster Linie aus der heutigen Ostzone Deutschlands, die jährlich etwa 3 Mill. fm aus den dortigen Kiefernrevieren lieferte. Ausländische Lieferungen von Grubenholz durften nur in relativ geringen Mengen von ungefähr $\frac{1}{2}$ Mill. fm aus Devisenersparnisgründen erfolgen. Aber umso intensiver wurde der Holzeinschlag in Deutschland selbst betrieben und zwar in einem solchen Ausmaß, daß jährlich nahezu 50 Prozent mehr Holz eingeschlagen wurde, als es eine verantwortungsbewußte Forstwirtschaft hätte erlauben können.

Der große Grubenholzmangel in den ersten Nachkriegsjahren ist aber nicht nur allein auf den Raubbau, sondern auch auf den Fortfall der Einfuhr und auf die Holzexportwünsche der Besatzungsmächte zurückzuführen. Eine weitere Verstärkung des Engpasses der Grubenholzversorgung trat Ende des Jahres 1947 insofern ein, als die unzureichende Zuteilung von Hausbrandkohle einen bevorrechtigten Einschlag von Brennholz erforderlich machte. Jedoch dem beschleunigten Holzeinschlag stand die ungenügende Ausstattung der Waldarbeiter mit Bekleidungsgegenständen und dem nötigen Werkzeug hindernd im Wege. Aber auch die sehr schlechte Ernährungslage fiel erschwerend und hemmend ins Gewicht, was nur einigermaßen durch Gewährung von Sachprämien an die Fuhrwerksbesitzer und Holzarbeiter behoben werden konnte. Außer-

¹⁶ „Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus“, Essen, März 1949, S. 28 f.

dem brachte das Fehlen von Kraftfahrzeugen und die knappen Futtermittel für die Gespanne große Verzögerungen mit sich. Durch den allgemeinen Leistungsrückgang der für die Grubenholzbelieferung zuständigen Arbeitskräfte und durch den Wegfall staatlicher Subventionsbeträge für den Grubenholzhandel bedingt, wurde der bis Kriegsende gültige Grubenholzpreis von 25,40 RM je fm am 30. Oktober 1946 auf 33,40 RM und einen Monat später auf 39,50 RM je fm erhöht¹⁷.

Obwohl die deutschen Holzvorräte auf die Hälfte der Vorkriegszeit gesunken waren, mußte die Bizone immer noch ungefähr zwei Drittel des gesamten Grubenholzbedarfes der Zechen liefern, damit die Höhe der Kohlenförderung nicht nur gehalten, sondern noch gesteigert werden konnte. Die Zechenvorräte sollten normalerweise 45 bis 60 Tage betragen, die jedoch im Januar des Jahres 1948 vorübergehend einen Vorratstiefstand für nur noch 13 Tage erreicht hatten.

Eine Vorstellung von dem gewaltigen Grubenholzbedarf erhält man durch die Überlegung, daß die Grubenholzmenge für die Förderung einer Tonne Steinkohle erfahrungsgemäß ca. 0,03 fm beträgt und das ergibt bei einer täglichen Förderleistung von 350 000 Tonnen bei rd. 300 Arbeitstagen einen Jahresbedarf von 3,15 Mill. fm Grubenholz.

Wie die Versorgung des Steinkohlenbergbaus mit Grubenholz im Bundesgebiet in den Jahren 1946/49 im Durchschnitt aussah, vermittelt nachstehende Zusammenstellung, die von der DKBL veröffentlicht wurde.

**Versorgung des Steinkohlenbergbaus
mit Grubenholz im Bundesgebiet¹⁸**
(in 1000 fm).

Zugang — davon:								
Monat	Ins- ge- samt	Ver- einigtes Wirt- schafts- gebiet	Fran- zösi- sche Zone	So- wjeti- sche	Ein- fuhr	Ver- brauch	Bestand am Ende des a) Monats	Vorrat fürb) Tage
Ø								
1946	142,8	142,1	—	0,7	—	133,8	254,5	.
1947	188,9	140,7	1,3	46,9	—	198,9	149,7	.
1948	277,8	244,1	9,3	24,4	—	245,3	499,1 c)	.
1949	270,1	238,5	29,1	2,8	—	247,5	701,9	.
1950								
Januar	221,9	189,9	24,9	7,1	—	250,3	670,9	69

a) Unter Abzug von 10 v. H. für minderwertiges Holz.

b) Bei durchschnittlichem Verbrauch während der entsprechenden Berichtsperiode.

c) Vorrat am Jahresende.

¹⁷ A. Heinrichsbauer, a. a. O., S. 43 f.

¹⁸ „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Heft 12, März 1950. (DKBL).

Zur Überwindung der Grubenholznot müßten wieder Lieferungen in größeren Mengen aus der Ostzone oder aus dem Auslande erfolgen und die Besatzungsmächte auf die Holzexportauflage verzichten, andererseits aber auf Grund der Fördersteigerung eine genügende Menge von Hausbrandkohle an die Stelle des für die Feuerung benützten Holzes treten.

Ein dauernder, der Kohlenfördermenge entsprechender Grubenholzvorrat stellt also eine unbedingte Voraussetzung für die Aufwärtsentwicklung der Förderziffern dar.

5. Die Demontagepolitik

So lange die alliierte Demontagepolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit sich auf die offensichtliche Kriegsindustrie in Deutschland festlegte, wurde dies von dem größten Teil der Deutschen als leicht verständlicher Akt der Sicherheit und der Wiedergutmachung aufgenommen. Als aber die Demontage immer weitere Kreise zog und auch Industrien erfaßte, die sich wirklich nicht im geringsten mit der Rüstungsproduktion befaßten, wurde solche Demontage direkt als Ausschaltung der unliebsamen Konkurrenz bezeichnet.

Auf der einen Seite sollte mit Hilfe des Marshall-Planes der deutsche Wiederaufbau wesentlich beschleunigt und verstärkt werden und andererseits verneinte die Demontage diese großzügige amerikanische Hilfe. Eine vernünftige Überlegung hierzu führt sofort zum Kernproblem, welches dahingehend formuliert werden kann, daß, wenn Westdeutschland nach Ablauf der Marshallplanhilfe im Jahre 1952 sich selbst und den vom Osten herflutenden Flüchtlingen Arbeit und Brot zu geben in der Lage sein soll, so kann nicht die Demontage und damit die Ausschaltung von den Weltmärkten das hierfür geeignete Mittel sein, sondern nur erträgliche wirtschaftliche Verhältnisse — wenigstens im westdeutschen Raume. Dazu gehört allerdings ein relativ hoher Exportsatz, um die unbedingt erforderlichen Lebensmittel dagegen eintauschen zu können. Eine Demontage, wie sie in der zweiten Phase der Entwicklung vor sich ging, verschafft niemals den Glauben an eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Nationen.

Bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen Demontage und Bergbau, bleibt zunächst festzustellen, daß der Bergbau nicht unmittelbar von der Demontage erfaßt, sondern vielmehr mit allen möglichen Mitteln eine Steigerung der Kohlenförderung zwecks Erreichung der vollen wirtschaftlichen Entfaltung sämtlicher europäischer Länder angestrebt wurde. Doch so lange im Kohlenbergbau die vorhandene allgemeine Materialknappheit, sowohl über als unter Tage anhält, werden die Zechen laufend mit Förderstörungen zu rechnen haben, was natürlich eine Herabsetzung der Förder-

menge zur Folge hat. Die Betriebseinrichtungen, welche bereits in den Kriegsjahren kaum eine Erneuerung erfahren, müssen dringend ergänzt und modernisiert werden, und dies bildete wirklich ein Problem für die Zulieferbetriebe des Bergbaus. Dabei handelte es sich vor allen Dingen um jene Betriebe, welche direkt für die Zechen Ergänzungs- und Erneuerungsmaterial liefern. Ferner sind darunter auch jene Werke zu verstehen, die beispielsweise für die Bundesbahn arbeiten, deren Demontierung für den Kohlenbergbau eine Verschärfung der Transportkrise (das heißt, die Unmöglichkeit der ständig reibungslos sich vollziehenden Abfuhr der Haldenbestände) bedeuten würde.

Da nun aber diese Zulieferindustrien auf die Demontageliste gesetzt wurden, entfiel eine wirklich nicht unwesentliche Voraussetzung der nachhaltigen Fördersteigerung. Im Frühjahr 1946 forderte eine sog. Standardisationsliste allein im Lande Nordrhein-Westfalen die Demontage von 97 anerkannten Zulieferbetrieben des Bergbaus¹⁹. Eine derartige Anordnung widersprach offensichtlich den bereits erwähnten Bestrebungen zur Erreichung einer höchstmöglichen Förderziffer. Besonders merkwürdig erschien in diesem Zusammenhang noch die Tatsache, daß außer der Reduzierung der Bergbauzulieferindustrien die verbleibende Restzahl noch in der Lage sein sollte, größere Mengen von Bergwerksmaschinen für den Export zur Verfügung zu stellen. Keineswegs wird man in all diesen Fällen wohl von einer Übereinstimmung der zu treffenden Maßnahmen sprechen können, da solche Demontagen im stärksten Gegensatz zum ursprünglichen Sinn des „European Recovery Program“ standen.

Im übrigen darf die Auswirkung der Demontagepolitik auf die Arbeiterschaft, insbesondere im Ruhrgebiet, nicht übersehen werden; denn die psychologische Wirkung auf die Bergarbeiter, die im schwersten Arbeitseinsatz eine maximale Kohlenförderung anzustreben gewillt sind, könnte eines Tages vielleicht wirtschaftlich und politisch sehr gefährlich zum Ausdruck gelangen.

Je länger der zeitliche Abstand vom Kriegsende wird, umso weniger wird der Abbau von Fabriken und Werkstätten im Rahmen des von den Alliierten festgelegten Demontageprogramms von den Deutschen verstanden werden und eine entsprechend heftige Reaktion auslösen.

Ferner muß die enorme Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge von Demontagen erwähnt werden; denn die Zahl der Arbeitslosen hat bereits durch den riesigen Zustrom von Flüchtlingen aus den Ostgebieten einen sehr beträchtlichen Umfang angenommen und die westdeutsche Bundesregierung vor ein Problem gestellt, das unbedingt so rasch wie möglich aus politischen und sozialen Gründen gelöst werden muß.

¹⁹ A. Heinrichsbauer, a. a. O., S. 39 f.

Bei den bestehenden Verflechtungen zwischen Kohlenbergbau und den Zulieferindustrien galt für die Besatzungsmächte deshalb nur die Alternative, entweder die als vordringlich betonte absolute Steigerung der Kohlenförderung durch Demontageverzicht auf die Zulieferbetriebe zu unterstützen oder durch eine gegenteilige Handlungsweise diese Absicht zu unterhöhlen und somit auch den Zweck und das Ziel des Marshall-Plans sehr in Frage zu stellen.

Die neueste Entwicklung, wie sie nun im Schuman-Plan in grossen Umrissen skizziert wurde, zeigt ziemlich eindeutig, daß man auf Seite der Alliierten die seit dem Jahre 1945 höchst veränderten politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten nunmehr doch berücksichtigen will, indem eine vernünftige politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland eingeleitet werden soll.

III. Das Transportproblem der Ruhrkohle

Die Schwierigkeiten im Verkehrswesen bildeten für die gesamte Wirtschaft ein enorm akutes Problem, sowohl hinsichtlich des Güter- als auch des Personenverkehrs, denn die Anzahl der Transportmittel erfuhr durch Kriegseinwirkungen und durch ausländische Inbesitznahme eine gewaltige Reduzierung.

	(Bizone) ²⁰		
	1936	1947	
Betriebsfähige Lokomotiven	8 945	6 821	= 76 %
Betriebsfähige Güterwagen	327 897	231 515	= 70 %
Betriebsfähige Personenwagen	26 101	15 598	= 59 %

Ebenso gilt dies für die Binnenschiffahrtsflotte des Rheins, der westdeutschen Kanäle und der Weser:

Verminderung des einsatzfähigen Kahnraums von
3 Mill. t auf 1,65 Mill. t = 46 %

Verminderung der einsatzfähigen Schleppkraft von
310 000 PS auf 155 000 PS = 50 %

Zudem entstanden große Verkehrshindernisse durch zerstörte Schienenanlagen, die vielfach Zugumleitungen erforderlich machten und demzufolge auch verlängerte Fahrzeiten verursachten. Bei der Binnenschiffahrt brachten oftmals Brückentrümmer und versenkte Schiffe einen ganz erheblichen Zeitverlust mit sich, weil sie die Durchfahrtsstellen so stark beengten, daß zusammengekoppelte Schleppzüge aufgelöst und einzeln durchmanövriert werden mußten. Auch verringerte sich der in früheren Zeiten vorhandene beträchtliche Anteil ausländischer Binnenschiffe auf den deutschen

²⁰ H. Hildenbrand, „Aktuelle Verkehrsprobleme“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 6 vom 31. 3. 1948.

Wasserwegen, wodurch die deutsche schwierige Nachkriegsverkehrslage noch mehr verschärft wurde.

Vor allem für die Ruhrkohlenbeförderung spielte dieser Verkehrsengpaß eine nicht zu unterschätzende Rolle, da die relativ geringe Fördermenge nicht einmal an die Bestimmungsorte abtransportiert werden konnte, sondern ein ständiges Anwachsen der Kohlenhalden bewirkte. Dadurch entstand die groteske Situation, daß auf der einen Seite lebenswichtige Industrien wegen Kohlenmangel ihre Produktion verringern oder gar einstellen mußten, während auf der andern Seite die Haldenbestände laufend sich erhöhten.

Haldenbestände: ²¹		Kohlen	Koks
		(Tonnen)	
1947:	Juni	551 168	601 819
	August	645 705	615 301
	Oktober	902 100	679 800
	November	1 115 000	664 000

Verglichen mit den Haldenbeständen von über 6 Mill. Tonnen bei Kriegsende, deren Zusammensetzung etwa aus 3 Mill. Tonnen Kohlen und ungefähr 3,5 Mill. Tonnen Koks bestand, kann zwar eine beträchtliche Reduzierung aus dem einfachen Grunde festgestellt werden, weil im Jahre 1946 mehr Kohlen zur Verteilung gelangten als gefördert wurden. Während dieser Periode begrüßte man begreiflicherweise derartig hohe Haldenbestände, welche als Ausgleich zu den verringerten Fördermengen dienten.

In psychologischer Hinsicht machte sich diese Entwicklung auf die Bergleute in Form vermehrter Feierschichten bemerkbar, denn das Wissen, daß die geförderte Kohle nur die bereits schon gewaltig angewachsenen Haldenbestände erhöht, steigerte keineswegs die nötige Arbeitsfreude. Somit zeigte sich, daß eine bessere Kohlenversorgung nicht nur eine größere Fördermenge erforderlich macht, sondern daß ihr auch eine erhöhte Transportleistung entsprechend gegenüber stehen muß.

Ferner gilt es zu beachten, daß durch die Verschiebung der einstigen Absatz- und Bezugsverhältnisse und durch die Zonenabtrennung die Bundesbahn vor gewaltige Aufgaben gestellt war. So mußten beispielsweise Kohlen in Gebiete transportiert werden, die bisher von Oberschlesien oder der Tschechoslowakei beliefert wurden, also vom nächstliegenden Kohlenrevier aus, um hohe Frachtkosten zu vermeiden. Darum beschränkten sich normalerweise die Kohlentransporte der Bundesbahn auf die reviernahen Gebiete und auf jene schlecht mit Binnenschiffen erreichbaren Landschaften. Nun müssen jedoch, durch diese Nachkriegssituation bedingt, viel mehr Kohlen auf dem Schienenwege in größere Entfernungen gebracht werden, als ehemals und dies bedeutete für die Bundesbahn eine erhebliche zusätzliche Belastung.

²¹ A. Heinrichsbauer, a. a. O., S. 37 f.

Zur Lösung der Verkehrskrise begann man mit den zunächst nur spärlich vorhandenen Hilfs- und Rohstoffen, Reparaturen an Lokomotiven, Güterwagen und Binnenschiffen vorzunehmen und parallel damit erfolgte die Ausbesserung der Schienenstraßen und Verkehrswege und die Beseitigung von Hindernissen in den Flüssen und Kanälen. Der Neubau von Verkehrsmitteln stieß in den ersten Nachkriegsjahren auf große Hindernisse im Hinblick auf die Materialknappheit jeglicher Art. Erst nachdem die verschiedenen Faktoren zusammengewirkt haben, die deutsche Rohstoffversorgung günstiger zu gestalten und den Arbeitswillen zu steigern, verbesserte sich die allgemeine Verkehrslage zusehends.

Es gelang auch, die Umlaufgeschwindigkeit der Transportmittel durch Verkürzung der Be- und Entladefristen zu erhöhen, wodurch wiederum letzten Endes mehr Transportraum zur Verfügung stand. Durch die bessere Ausnützung des Transportraumes konnte außerdem noch eine greifbare Reserve geschaffen werden.

Schließlich gebot die geographische Mittellage Deutschlands unter gesamteuropäischem Aspekt eine wohlwollende ausländische Unterstützung des deutschen Bestrebens nach besseren Verkehrsverhältnissen.

Heute liegen bereits die beiden wichtigsten Verkehrsträger, die Bundesbahn und die Binnenschifffahrt, wieder in scharfem gegenseitigen Wettbewerb; denn nach der Währungsumstellung achtete man bei der Kalkulation wieder auf Frachtunterschiede, auf die bis zu diesem Zeitpunkt infolge des großen Geldüberhangs kein besonderer Wert mehr gelegt wurde. Bei der Kohle, dem wichtigsten Massengut, steht nicht die Schnelligkeit des Transportes im Vordergrund, sondern es kommt darauf an, die Kohle mit möglichst geringen Transportkosten zu belasten. Eine Einigung bei der gegenseitigen Abstimmung der Tarife der Bundesbahn und der Binnenschifffahrt wird unter den heute besonders schwierig gelagerten Kostenverhältnissen nicht so einfach zu erzielen sein. Aber die beiden Hauptverkehrsmittel müssen Mittel und Wege finden, um den Transport von Rohstoffen, vor allem Kohle, so billig wie möglich durchführen zu können, wobei dennoch die wirtschaftliche Lebensfähigkeit beider Verkehrsträger nicht in Frage gestellt sein darf.

IV. Die Neuorganisation des Kohlenbergbaus

1. „Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung“ (DKBL)

Die Verantwortung für die Kohlenproduktion und -verteilung lag zunächst nach der Besetzung des nordwestdeutschen Kohlenreviers in den Händen der amerikanischen Solid Fuel Section. Dies änderte sich im Juli 1945, als die North German Coal Control (NGCC) geschaffen wurde, welche nun die Funktionen der bisherigen

verantwortlichen Stelle übernahm. Als Treuhänderin des gesamten beschlagnahmten Bergwerksvermögens und durch die Zusammenfassung der verschiedenen Stein- und Braunkohlensyndikate zu einer großen Absatzorganisation, dem North German Coal Distribution Office (NGCDO) geworden, verschaffte sich die North German Coal Control eine sehr beachtliche Schlüsselposition im westdeutschen Wirtschaftsleben.

Wie groß und vielseitig die Schwierigkeiten im westdeutschen Kohlenbergbau bei Kriegsende waren, ist bereits in den bisherigen Ausführungen eingehend behandelt worden. Trotzdem gelang unter der Führung der NGCC eine Steigerung der täglichen Kohlenfördermenge von 30 000 Tonnen auf 280 000 Tonnen (19. November 1947), woraus ersichtlich wird, daß die durchgeführten Maßnahmen zur Fördersteigerung nicht ohne Erfolg geblieben sind.

Nachdem jedoch die größten Hindernisse, welche der Fördersteigerung im Wege standen, beseitigt waren und die Entwicklung der Förderung eine erfreuliche Aufwärtstendenz anzeigte, befaßte man sich alliierterseits in mehreren Konferenzen mit der Übergabe des westdeutschen Kohlenbergbaus in deutsche Verantwortlichkeit. Die dafür maßgebenden Beschlüsse wurden im August 1947 in einer Washingtoner Konferenz gefaßt. Sie verwirklichten sich dann ein Vierteljahr später, am 19. November, durch Bekanntgabe der Anordnung Nr. 112 der britischen und Nr. 19 der amerikanischen Militärregierung, indem die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) als juristische Rechtspersönlichkeit im Sinne des deutschen Rechts gebildet wurde und damit die Verantwortung für die Kohlenförderung und -verteilung in deutsche Hände überging. Zu gleicher Zeit wurde die UK/US Coal Control Group durch den Hinzutritt Frankreichs mit der Bezeichnung „Combined Coal Control Group“ (CCCG) erweitert und sie erhielt die Aufgabe, die DKBL im Auftrage der Militärregierungen zu beraten und zu überwachen. Sowohl die alliierte Kohlenkontrollbehörde als auch die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung legten ihren dauernden Sitz nach Essen, in den Mittelpunkt des Ruhrkohlenreviers.

Über den Aufgabenkreis der DKBL äußert sich Artikel II der Anordnung Nr. 112 der britischen und Nr. 19 der amerikanischen Militärregierung dahingehend, daß dieselbe der Militärregierung für „leistungsfähigen Betrieb und Leitung des Stein- und Braunkohlenbergbaus sowie der dazugehörigen Hilfsindustrien und Interessen“ verantwortlich ist; ebenso für die „Lenkung der Produktion, der Verladung und des Absatzes gemäß solcher Richtlinien, wie sie von oder kraft Vollmacht der Militärregierung noch erlassen werden mögen“²².

Somit erhielt die DKBL die Befugnis, bindende Anweisungen an sämtliche Bergwerksgesellschaften und Bergbauverwaltungen

²² „Jahrbuch des Kohlenbergbaus“, Jahrgang 1949, bearbeitet und herausgegeben von der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, Essen 1949, S. 359 f.

innerhalb der britischen und amerikanischen Zone zu geben, und die Gesellschaften sind nunmehr der DKBL gegenüber auch für all jene Fragen der Geschäftsführung verantwortlich, welche der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung in der Gesamtverantwortung übertragen worden sind.

Organisatorisch gliedert sich die DKBL in sechs Hauptabteilungen, an deren Spitze ein Generaldirektor, derzeit Bergassessor a. D. Dr.-Ing. e. h. Heinrich Kost, steht. Die Arbeitsgebiete der Hauptabteilungen, die jeweils von einem Abteilungsdirektor geführt werden, gliedern sich folgendermaßen:

- | | |
|--|--|
| 1. Produktion | Produktionsplanung;
Kohlengewinnung und -veredlung;
Ausbildung von Bergarbeitern;
Grubensicherheit und Grubenrettungswesen;
Geologische Fragen;
Energiewirtschaft;
Verkehr. |
| 2. Verteilung
und
Verkauf | Im allgemeinen befaßt sich diese Abteilung mit den Aufgaben des ehemaligen North German Coal Distribution Office:
Überwachung von Verladung und Versand. Doch die Festlegung der Exportquote und deren Verteilung, sowie die Festsetzung der Kohlenverkaufspreise im Inland und für den Export bleiben den Militärregierungen vorbehalten.
Die Verkaufstätigkeit selbst wird von einer speziell hierfür geschaffenen Abteilung „Deutscher Kohlen-Verkauf“ (DKV) vorgenommen. |
| 3. Bergbaubedarf
und
Beschaffung | Sämtliche Material- und Zuteilungsfragen, die früher der deutschen Bergbaubeschaffungszentrale (BBZ) zugeordnet waren. |
| 4. Wohnungswesen
und soziale
Betreuung | Baumaterialbeschaffung für Wohnungszwecke;
Soziale Wohlfahrt. |
| 5. Arbeiterfragen | Arbeitseinsatz, Lohnregelung und Arbeitsrecht;
Werbung und Anreizsysteme. |
| 6. Finanzen,
Rechnungswesen
und Statistik | Überwachung der finanziellen Lage des Kohlenbergbaus.
Für finanzielle Ausgaben oder evtl. Kreditaufnahme muß zuvor die entsprechende Genehmigung bei der Kohlenkontrollgruppe eingeholt werden. Ebenso sind deren Anordnungen im Hinblick auf die Organisation der Statistik zu beachten.
Für die Eigentumsrechte an den Zechen ist die DKBL nicht zuständig. |

Für jeden untergegliederten Sektor der einzelnen Hauptabteilungen ist je ein geschäftsführender Direktor verantwortlich. Sollte evtl. der Fall eintreten, daß innerhalb des Direktoriums der DKBL ernsthafte Meinungsverschiedenheiten vorliegen, dann kann zunächst der Generaldirektor die ihm am besten erscheinende Entscheidung treffen, aber anschließend spricht hierüber die Coal Control Group das entscheidende Wort; denn diese Instanz vermag mit Hilfe des Vetorechtes gefaßte Beschlüsse, die nicht im Sinne der Militärregierung liegen, zu annullieren.

Um nun für alle Probleme, sowohl für die der Produktion, der Leistung und des Kohlenabsatzes, als auch die der Belegschaftsfragen zwecks Erhaltung des Arbeitsfriedens bestmögliche Lösungen zu finden, wurde der DKBL ein Beirat, bestehend aus je 6 Vertretern der Bergwerksleitungen und der Bergbau-Industriegewerkschaft, zur Seite gestellt. Der Beirat erhält von der DKBL zur Orientierung außer der Jahresbilanz noch die Unkostenrechnung und den Geschäftsbericht, damit entsprechende Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden können. So vermag dieser beratende Ausschuß die Arbeit der DKBL fruchtbringend zu unterstützen, aber irgendwelche Kontroll- oder Anweisungsbefugnisse stehen dem Beirat nicht zu.

Ferner wurde bei der bizonalen Wirtschaftsverwaltung (VfW) in Frankfurt a. M. ein neues sog. Kohlenamt innerhalb der Bergbehörde geschaffen, dessen Aufgabenbereich sich insbesondere auf Subventionierungsfragen des Kohlenbergbaus, auf Angelegenheiten des Arbeitseinsatzes, Grubensicherheitswesens und auf Fragen der Beschaffung von Bergbaumaterialien, sowie auf die Materialbereitstellung für den Bergmannswohnungsbau, erstreckt. Außerdem ist es Aufgabe dieser Behörde, die örtlichen Kohlenzuteilungen an die einzelnen Verbrauchergruppen vorzunehmen, wobei insbesondere auf die günstigste Brennstoffverwertung geachtet wird. Damit jedoch eine Koordinierung der zu treffenden Maßnahmen zwischen der DKBL und der Wirtschaftsverwaltung stattfinden kann, wurde in Frankfurt a. M. eine Geschäftsstelle der DKBL errichtet.

Um eine bessere organisatorische Verbindung zwischen den einzelnen Bergwerksgesellschaften und der DKBL zu ermöglichen, faßte man in der Person eines jeweils in dem betreffenden Bezirk tätigen Bergwerkdirektors die Bergbauunternehmen zusammen. Diese Regelung wurde in folgenden zehn Bezirken vorgenommen: Niederrhein, Recklinghausen, Essen, Bochum, Dortmund, Aachen, Köln, Niedersachsen, Hessen und Bayern²³. Hierdurch verlieren die einzelnen Bergwerksgesellschaften keinesfalls ihre Eigenverantwortung, doch ist auf diese Weise eine bessere, vor allem schnellere Durchführung von Anordnungen der DKBL gewährleistet.

Kurz erwähnt seien noch die verschiedenen Fachausschüsse und die mit dem Bergbau eng zusammenarbeitenden Organisationen,

²³ „Jahrbuch des Kohlenbergbaus“, Essen 1949, S. 360 f.

Verbände und Gesellschaften, die sich alle bereit erklärten, die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung beratend und helfend zu unterstützen.

Hinsichtlich der Besitzverhältnisse im Kohlenbergbau brachte die Neuorganisation keine Veränderung. Nach wie vor bleibt also bis auf weiteres auf Grund des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung das gesamte westdeutsche Bergwerksvermögen beschlagnahmt, wobei die Coal Control Group die Stellung eines Treuhänders inne hat.

Hierzu sei noch bemerkt, daß zwar durch die Errichtung der DKBL die Verantwortung für die Geschäftsführung dieser Institution anvertraut wurde; jedoch ging damit die deutscherseits angestrebte unabhängige Kohlenselbstverwaltung nicht in Erfüllung, weil man auf alliierter Seite insbesondere auf die französischen Sicherheitsbedenken Rücksicht nehmen wollte, um das Ruhrgebiet keinesfalls mehr zu einem gefährlichen Machtfaktor werden zu lassen. Allerdings betonte Mr. Collins, der britische Vorsitzende bei der alliierten Kohlenkontrollgruppe, bei dem Gründungsakt der DKBL in der Villa Hügel, daß die Coal Control Group so viel wie möglich zu helfen und so wenig wie möglich einzugreifen gewillt sei. Für die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung bedeutete diese Äußerung eine wichtige Voraussetzung für die ungeheure Arbeit, die mit der entscheidenden Mitarbeit sämtlicher Bergarbeiter zum Wohle der deutschen und der europäischen Wirtschaft im Rahmen des Nachkriegswiederaufbaus geleistet werden soll.

2. „Deutscher Kohlen-Verkauf“ (DKV)

Zur besseren Beurteilung der bei Kriegsende neu geschaffenen Absatzverhältnisse im Ruhrkohlenbergbau dient folgende kurze Darstellung der Entwicklungsgeschichte bezüglich der Absatzorganisation im westdeutschen Bergbau.

Als im Jahre 1893 das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat (RWKS) unter Führung Emil Kirdorfs gegründet wurde, wollte man hierdurch zunächst eine Regelung der Kohlenförderung erreichen; denn durch die immer wiederkehrende Überproduktion der einzelnen Zechen entstanden beachtliche Absatzkrisen, die mit starken Kohlenpreisreduzierungen verbunden waren und die Existenzfähigkeit des Bergbaus sehr in Frage stellte. Deshalb regelte das Kohlen-syndikat auch den Verkauf und die Preisfestsetzung sowohl für Kohlen als auch für Koks und Briketts. Damit wurde allerdings der freie Wettbewerb der einzelnen Bergwerksgesellschaften ausgeschaltet. Auf der anderen Seite vermied man aber erhebliche Kohlenpreisschwankungen, woran sowohl die Zechen wie auch die Konsumenten interessiert waren und was gleichzeitig eine wesentliche Voraussetzung für eine konstante Aufwärtsentwicklung der Kohlenbergwerke bildete. Bis dahin verfügten die Zechen nicht über eigene Handelsfirmen, sondern die Vermittlerrolle lag in den Händen des freien Handels, mit Ausnahme jener relativ geringen

Kohlenmenge, welche an die Verbraucher durch Direktlieferungen gelangte. Durch die Gründung des RWKS änderte sich die Position des freien Kohlenhandels sehr bald ganz gewaltig, denn das Syndikat übernahm selbst den Kohlenweiterverkauf für sämtliche angeschlossenen Bergwerksgesellschaften. In der Folgezeit blieb trotz oppositioneller Haltung dem freien Kohlenhandel nichts anderes übrig, als die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen des Syndikats zu akzeptieren und auch die Verpflichtung auf einen festbegrenzten Verkaufsbezirk auf sich zu nehmen. Durch diese Entwicklung bedingt, schlossen sich verschiedene Kohlenhandelsfirmen zu Syndikatshandelsgesellschaften (SHG) zusammen, welche vom Kohlen-syndikat mit dem Alleinverkaufsrecht in ihrem zugeteilten Absatzgebiet ausgestattet wurden. So erfolgten die ersten Gründungen in Kassel und Hannover (1896), Bremen (1897), Dortmund (1899) und Magdeburg (1901). Erst im Jahre 1904 gelang in Süddeutschland die erste Gründung in Form der Rheinischen Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft in Mannheim, die bald darauf unter der Bezeichnung Kohlenkontor Weyhenmeyer & Co. in Erscheinung trat, da diese SHG an Größe und Bedeutung alle andern übertraf²⁴. Ganz Süddeutschland fiel in den Zuständigkeitsbereich dieser Gesellschaft.

Die Syndikatshandelsgesellschaften durften aber nicht nur die einzelnen Kohlengroßhändler in ihrem Verkaufsbezirk beliefern, sondern auch unmittelbar die Kohleneinzelhändler und Industrie-verbraucher. So belieferte das Mannheimer Kohlenkontor auf direktem Wege all jene Kohlengroßverbraucher, die mehr als 2400 Tonnen jährlich benötigten. Alle übrigen Verbraucherkategorien mit niedrigerem jährlichen Bedarf erhielten jedoch ihre Kohlenlieferungen vom Kohlengroßhandel. Bei den anderen Syndikats-handelsgesellschaften war die Festlegung der Tonnengrenze hinsichtlich Direktlieferung oder Einschaltung des Kohlengroßhandels nicht genau festgelegt und infolgedessen bestand eher eine Tendenz zur Direktlieferung als zu einer weiteren Entfaltung des Kohlen-großhandels.

Nachdem im Jahre 1934 das Aachener-Revier und 1935 auch das Saargebiet dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat angeschlossen wurde, bestanden insgesamt vierzehn Syndikatshandelsgesellschaften mit den jeweils genau bestimmten Verkaufsbezirken, deren Hauptaufgabe in der Sicherung einer gleichmäßigen Zechenbeschäftigung bestand, wozu ebenfalls die Lösung des Sortenproblems, das heißt die Unterbringung auch der schlecht absetzbaren Kohlen-sorten, gehörte. Um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden, mußte das Kohlensyndikat rechtzeitig über die jeweilige Entwicklungstendenz, also über die Absatzlage, orientiert werden, was nur mit Hilfe einer genauen Marktkennntnis möglich war.

²⁴ A. Heinrichsbauer, „Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat und der Handel“, in: „Deutsche Kohlen-Zeitung“, Berlin, Nr. 3/4 vom 9. 2. 1943.

Als dann bei Kriegsende die Militärregierungen die Aufhebung sämtlicher Monopole und Kartelle forderten, gelangte auch das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat zur Auflösung, und jede einzelne Besatzungsmacht lenkte dann den Kohlenvertrieb in ihrer Zone auf sehr unterschiedliche Weise. So trat in der britischen Zone an die Stelle des Syndikats vorübergehend eine „Ruhrkohlen-Zentrale“ mit dem Sitz in Essen und eine Braunkohlenzentrale in Köln. Die Zusammenlegung dieser beiden Verkaufsorganisationen erfolgte am 1. Oktober 1946 nach Essen, und die damit verbundenen Funktionen übernahm sodann das North German Coal Distribution Office (NGCDO). Als Kontrollorgan dieser neu geschaffenen Kohlen-Vertriebsstelle wurde im Auftrage der Militärregierungen, die North German Coal Control (NGCC) zur Seite gestellt, wie dies bereits im vorhergehenden Kapitel kurz erwähnt wurde. Nachdem jedoch gegen Ende des Jahres 1947 die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL) ins Leben gerufen wurde, gelangte die NGCDO zur Auflösung, weil auch die DKBL die Verkaufsfunktion übertragen erhielt ²⁵.

Mit der Verteilung und dem Verkauf fester Brennstoffe beauftragte sodann die DKBL eine besondere hierfür geschaffene Verkaufszentrale, welche unter der Bezeichnung „Deutscher Kohlen-Verkauf“ (DKV) zwar auf der einen Seite eine selbständige Verwaltung und Abrechnung durchführt, doch andererseits Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen nur als Abteilung der DKBL vornehmen kann. Auch in finanzieller Hinsicht ist der DKV an die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung gebunden, da sowohl die Erträge als auch evtl. Zuschüsse, die aus seiner Tätigkeit entstehen, zugunsten oder zu Lasten der DKBL unterstehenden Bergbauunternehmen verrechnet werden. Die Verwaltungskosten des DKV werden hauptsächlich aus den Direktverkäufen bestritten, wobei der übliche Handelsrabatt von 3 0/0, der sonst dem Handel bei Verkäufen von dem DKV zugestanden wird, nicht bezahlt werden muß ²⁶.

Außer der lang- und kurzfristigen Planung der Absatzentwicklung und der gesamten Verkaufsabwicklung gehört zum Aufgabenkreis des DKV auch die Versand- und Verkehrsplanung und die Fragen der Kohlenverwendungsart. Ebenso wirkt der DKV bei der kurzfristigen behördlichen Zuteilungsplanung und Zuteilungskontrolle mit.

Zur Bearbeitung der genannten Aufgabengebiete hat die DKV-Leitung folgende zweckmäßige Geschäftseinteilung vorgenommen: Planung, Versand, Verkehr, Verkauf Inland, Verkauf Ausland, Wärmetechnik, Finanzen, Innenverwaltung und Sekretariat ²⁷.

²⁵ E. Hoffmann, „Die Absatz-Organisation für den westdeutschen Bergbau“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 3/4 vom 28. 2. 1948.

²⁶ „Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus“, a. a. O., S. 31 f.

²⁷ „Jahrbuch des Kohlenbergbaus“, Essen 1949, S. 364 ff.

Hinsichtlich der Form der Absatzorganisation ist also keine Änderung vorgenommen worden, lediglich daß an die Stelle des ursprünglichen Kohlensyndikats nun die Verkaufszentrale der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung getreten ist und die einzelnen Syndikatshandelsgesellschaften in Vertriebsstellen des DKV umgewandelt wurden. So findet man insgesamt nunmehr in der britischen Zone und Berlin neun Verkaufszweigstellen des DKV: Berlin, Bremen, Duisburg, Düsseldorf, Gütersloh, Hagen, Hamburg-Kiel, Köln und Hannover.

In der amerikanischen Zone hingegen wurde dem Kohlenkontor Weyhenmeyer & Co. in Mannheim durch eine Verordnung der Militärregierung vom 1. Juli 1946 bekanntgegeben, daß ihm der Kohlenhandel, also der direkte Verkauf an den Verbraucher nicht gestattet sei, sondern lediglich die Funktion zufalle, die Kohlen aus dem Ruhrgebiet zu übernehmen und an den Kohlengroßhandel nach Süddeutschland weiterzuleiten. Sämtliche Kohlenlieferungen, insbesondere auch jene an Kohlengroßverbraucher mit über 2400 Tonnen Jahresbedarf, werden seither ausschließlich vom Kohlengroßhandel ausgeführt. Auch herrscht nunmehr in der amerikanischen Zone vollkommen freier Wettbewerb unter den Kohlengroßhändlern. Außerdem wurde der sog. zementierte Handelsweg für die Kohle aufgehoben, das heißt, daß künftig die Kohlenverbraucher in der Lage sein sollen, nach ihrer freien Entschließung den Lieferanten wählen zu können. Aus all diesen Anordnungen wird ersichtlich, welches besondere Gewicht in der amerikanischen Zone der Entkartellisierung und Entmonopolisierung beigemessen wurde, während in der britischen Zone das System des Ruhrkohlen-Syndikats weitergeführt worden ist.

Ebenso wurde in der französischen Zone eine eigene Absatzorganisation geschaffen, indem die Union Charbonnière Rhénane (Unichar) und später die Oberrheinische Kohlen-Union AG. (OKU) errichtet wurde²⁸. Diese mit französischem Kapital in Form einer Aktiengesellschaft gegründete Unichar hat die Aufgabe, sämtliche Brennstofflieferungen in die französische Zone zu übernehmen, — sowohl jene der Verkaufszentrale der DKBL als auch jene der Saargruben-Verwaltung —, um dieselben an die Kohlengroßhändler erster Hand weiterzuleiten. Als dann im März 1948 die Oberrheinische Kohlen-Union von 16 französischen Gruben und der Saargruben-AG. in Ludwigshafen am Rhein gegründet wurde, übernahm dieselbe die Monopolstellung im Kohlenhandel innerhalb der französischen Zone. Die Gewinnabrechnung erfolgt jedoch über die Unichar, die als Dachorganisation in Mülhausen ihren Gesellschaftssitz errichtet hat. Im Kohlenhandel innerhalb der französischen Zone scheint demnächst eine Änderung bevorzustehen, da gegenwärtig Verhandlungen stattfinden, welche, wie bis jetzt in Erfah-

²⁸ Art. „Zur Absatzorganisation in der französischen Zone“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 1/2 vom 31. 1. 1949.

rung gebracht werden konnte, darauf abzielen, die früheren deutschen Absatzorganisationen in geänderter Form wieder einzusetzen.

Bei der Gesamtbetrachtung der neu geschaffenen Absatzorganisationen werden besonders in der britischen Zone alle jene enttäuscht gewesen sein, die mit einer Aufhebung der kartell- oder monopolähnlichen Gebilde und des gesamten Kohlensyndikatsystems rechneten. Prinzipiell hatte nur eine Namensänderung und keine Auflösung des zentralisierten Verkaufsschemas stattgefunden. Solang die Kohlenversorgung in Deutschland und Europa nicht voll gedeckt und gesichert war, konnte man es leicht begreifen, daß das System des ausgezeichnet funktionierenden westdeutschen Kohlenkartells beibehalten wurde, obwohl damit stillschweigend das abzuschaffende Kartell- und Monopolsystem unter anderer Bezeichnung geduldet wurde.

Auch vom Gesichtspunkt der alliierten Kohlenkontrollbehörde und von der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung aus bleibt zu beachten, daß die Kontrolltätigkeit bei einem zentralisierten Produktions- und Verkaufssystem vollkommener durchgeführt werden kann, als bei freiem Wettbewerb der Zechen und des Kohlenhandels. Ganz abgesehen von der evtl. bevorstehenden Sozialisierung des westdeutschen Kohlenbergbaus, die bestimmt auch keine Systemauflockerung mit sich bringen würde.

Neuerdings konnte aber immerhin eine Tendenz der Auflockerung des Kohlenhandelsweges in der britischen Zone festgestellt werden. Seit 1. Januar 1950 ist der Großhandel berechtigt, sowohl den gesamten Kohleneinzelhandel direkt zu beliefern, als auch Direktgeschäfte mit Großverbrauchern bis zu einem jährlichen Verbrauch von 6000 Tonnen abzuschließen. Die übrigen Lieferungen aber werden immer noch unmittelbar von dem DKV ausgeführt. Die Forderung einer konsequenten Funktionstrennung von Produktion und Handel scheint sich allmählich immerhin auch in der britischen Zone zu realisieren, zumal ein Memorandum der Vereinigten Kohlenkontrollgruppe in diesem Sinne abgefaßt und an die Militärgouverneure weitergeleitet wurde. Vor allem soll durch die Reorganisation eine Vereinheitlichung in der Brennstoffverteilung in allen drei Zonen verwirklicht werden. Im Hinblick auf die immer noch schwebende Neugestaltung des Kohlenbergbaus, ist die kommende Form der Verkaufsorganisation heute noch nicht vorauszu- sehen. Doch kann nach den bisherigen Beobachtungen angenommen werden, daß der Deutsche Kohlen-Verkauf (DKV) in seiner jetzigen Form und seine Zweigstellen aufgelöst werden, um eine weitgehende Dezentralisation des Kohlenverkaufs zu ermöglichen. Allerdings wird dadurch die Ertragssituation des Bergbaus ungünstig beeinflusst werden, was wohl kaum bei den bevorstehenden Verhandlungen eine untergeordnete Rolle spielen wird. So wird das Gesetz Nr. 75 auch in diesem Zusammenhang so bald wie möglich eine Entscheidung herbeiführen müssen über die künftige Struktur der Marktorgani-

sation, welche der gegenwärtigen interimistischen Lösung schließlich ein Ende bereitet.

3. „Die Bergbaubeschaffungszentrale“ (BBZ)

Als Abteilung III ist die Bergbaubeschaffungszentrale (BBZ) der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung angegliedert worden und sie übernahm jene Aufgaben, welche zuvor der Versorgungszentrale des Deutschen Kohlenbergbaus zugeordnet waren. Insbesondere liegt die zentrale Materialbeschaffung in dem Aufgabenbereich der BBZ, die auch vor der Währungsreform trotz der schwierigen Marktkonstellation in der Lage war, ihren Einkauf zu legalen Preisen vorzunehmen. Durch die Verbesserung der allgemeinen Versorgungslage beschränkte sich nunmehr die Arbeit der BBZ auf die Behandlung der immer noch vorhandenen speziellen Sonderfragen, die mit dem Bergbau und den Bergleuten im Zusammenhang stehen.

Die Deckung der durch die Errichtung der Bergbaubeschaffungszentrale entstehenden Kosten erfolgt durch Auferlegung von Zuschlägen auf all die den Zechen zur Verfügung gestellten Bergbaumaterialien²⁹. Damit erhöhten sich zwar die Materialkosten für die Bergbaubetriebe, doch im Hinblick auf die verbesserten Versorgungsverhältnisse kann wohl kaum angenommen werden, daß im Endeffekt eine Kostensenkung durch den von den einzelnen Zechen selbst getätigten Einkauf eintreten würde, weil mit der damit erforderlichen Vergrößerung der Bergwerkseinkaufsabteilungen auch höhere Kosten verbunden wären.

Infolge der verbesserten Versorgungsmöglichkeit wird in absehbarer Zeit mit der Auflösung der BBZ zu rechnen sein. Die Existenzberechtigung dieser zentralen Einkaufsstelle lag vor allem in der Zeit der Warenbewirtschaftung und der beträchtlich erschwerten Versorgung des Bergbaubedarfs.

V. Die Verteilung der geförderten Kohlenmenge

1. Der inländische Kohlenverbrauch und -absatz

Für die katastrophale deutsche Kohlenunterversorgung bei Kriegsende kann, wie bereits in anderem Zusammenhang betont wurde, nicht allein der gewaltige Förderrückgang verantwortlich gemacht werden, sondern es muß dabei auch die erfolgte Abtrennung der schlesischen und saarländischen Kohlengebiete mit ihrer beträchtlichen Förderkapazität entsprechend berücksichtigt werden. Dazu kommt, daß der Zechenselbstverbrauch erheblich jenen der Vorkriegszeit überstieg, was insbesondere auf die veralteten und in den letzten Jahren technisch stark vernachlässigten Grubenanlagen

²⁹ „Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus“, a. a. O., S. 31 f.

und auf die damals verfügbaren schlechteren Kohlenqualitäten zurückzuführen ist. Ferner verringerten die Deputate an die Bergwerksbelegschaften nicht unerheblich die für den Absatz letzten Endes verfügbare Quote. Doch diese Kohlenabgabe diente weitgehend als Lockmittel für den Bergmannsberuf, da der einzelne Bergarbeiter jährlich nicht weniger als 6 Tonnen für seinen eigenen Haushalt zugewiesen erhielt. In den meisten Fällen geriet aber ein beträchtlicher Prozentsatz hiervon auf den schwarzen Markt, um dagegen zusätzlich Lebens- und Genußmittel, Bekleidungsstücke und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs einzutauschen. Die Menge der an die Bergarbeiter zugeteilten Deputatkohle nahm begreiflicherweise laufend in dem Ausmaße zu, wie die Belegschaftsstärke der einzelnen Zechen anwuchs.

Der Vollständigkeit wegen sei noch auf das relativ kleine Kohlenimportkontingent hingewiesen, welches in der Vorkriegszeit dem Inlandsverbrauch ebenfalls zur Verfügung stand.

Wie enorm sich die Kohlenbilanz des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (VWG) gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert hatte, veranschaulicht die Gegenüberstellung der Jahre 1936 und 1947, die von der DKBL in der Darstellung „Die Kohlenwirtschaft im Jahre 1947 und gegen Ende des Winters 1947/48“ veröffentlicht wurde.

Die Kohlenbilanz des Vereinigten Wirtschaftsgebietes³⁰.

In Millionen Tonnen	Steinkohle		Braunkohle		1947 in v.H.v. 1936	
	1936	1947	1936	1947	Steinkohle	Braunkohle
Förderung	116,8	71,1	58,3	60,2	60,87	103,26
Zechenselbstverbrauch (inkl. der Mengen für abgegebene Energien)	—9,5	—13,1	—13,4	—14,5	137,89	107,46
Deputate	—1,6	— 2,3	— 0,2	— 0,2	143,75	100,00
Schwund						
a) bei Verkokung . .	—9,6	— 4,1	— 0,3	— 1,0	42,71	333,33
b) bei Brikettierung .	+0,3	+ 0,1	—14,5	—13,7	33,35	94,48
Für den Absatz verfügbar	96,4	51,7	29,9	30,8	53,63	103,01
Ausfuhr	30,4	9,3	1,0	1,5	30,59	150,00
Aus eigener Gewinnung für Inlandabsatz ver- fügbar	66,0	42,4	28,9	29,3	64,24	101,38
Einfuhr	3,4	—	0,9	0,5	—	55,56
Saldo d. innerdeutschen Abgaben zwischen den Zonen	—6,0	— 2,5	+ 2,7	— 1,1	—	—
Abgas im Zweizonen- gebiet		a)				
	63,4	39,9	32,5	28,7	62,93	88,31

a) Davon gingen 1 Mill. Tonnen auf Halde.

³⁰ Art. „Die Kohlenversorgung der Doppelzone“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 18 vom 30. 4. 1948.

Die nun folgende Zusammenstellung gibt Aufschluß über die im Zweizonengebiet zum Absatz verfügbaren Kohlenmengen, die im wesentlichen an die in der Tabelle genannten großen Verbraucher-kategorien zur Verteilung gelangten.

Kohlenverbrauch im Vereinigten Wirtschafts- gebiet ³¹.

in 1000 Tonnen	1936			1947		
	Stein- kohlen u. Koks	Braun- kohlen- brikett	Roh- braun- kohle	Stein- kohlen u. Koks	Brk. Brikett	Roh- braun- kohle
Eisenbahnen	6334	41	5	9081	348	—
Elektrizitätswerke . . .	2989	94	11 979	5617	481	13 090
Gas- und Wasserwerke . .	3149	5	1	2597	30	3
Chemie	2331	470	800	1882	718	744
Baustoffe	3151	535	271	1291	362	91
Eisen- und Metall- gewinn. u. -verarbeit.	21000	1036	1 228	6009	871	268
Papier	1316	289	952	528	301	185
Textil	1525	367	272	495	280	151

Bei der Gegenüberstellung obiger Vergleichsziffern fällt sofort die rapide Verbrauchszunahme der Eisenbahnen und Elektrizitätswerke in der Nachkriegszeit auf, deren Mehrverbrauch zunächst auf die abgewirtschafteten und überholungsbedürftigen Feuerungsanlagen und nicht auf die entsprechende höhere Leistungsfrequenz zurückzuführen ist. So verbrauchte beispielsweise die Eisenbahn in der Vorkriegszeit 14 Tonnen Kohle je 1000 Lok-km, hingegen benötigt sie heute ca. 24 bis 25 Tonnen für die gleiche Strecke; ebenso, um noch ein anderes Beispiel zu erwähnen, verhält es sich bei der Ziegelherstellung, wo im Jahre 1936 durchschnittlich 250 kg Kohle für 1000 Stück Ziegel benötigt wurden, während nunmehr der Verbrauch für dieselbe Ziegelmenge bei 360 kg Kohle liegt.

Da in den meisten Fällen das Produktionsniveau bei weitem unter jenem der Vorkriegszeit liegt, muß besonders die Tatsache hervorgehoben werden, daß für die stetige Inganghaltung der stark auf Kohlen angewiesenen Betriebe eine gewisse Standardmenge an Energie erforderlich ist und zwar unabhängig vom Produktions-
ausmaß.

Die übrigen bisher nicht genannten Kohlenverbrauchsgruppen erhielten im Jahre 1947 folgende Zuteilungen: ³²

³¹ Art. „Die Kohlenversorgung der Doppelzone“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 18 vom 30. 4. 1948.

³² Art. „Die Kohlenversorgung der Doppelzone“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 18 vom 30. 4. 1948.

	(in 1000 Tonnen)	
	Steinkohle	Braunkohle
Besatzungsgruppen	2 348	591
Seeschifffahrt	800	—
Binnenschifffahrt	542	15
Hausbrand	631	3 682

Somit gelangten im Jahre 1947 inkl. der restlichen nicht aufgeführten kleineren Verbrauchergruppen insgesamt 37,96 Mill. Tonnen Steinkohle und 11,437 Mill. Tonnen Braunkohle im Inland zur Auslieferung.

Über die sog. Kohlenverfügbarkeit, also jene geförderte Kohlenmenge, die nach Abzug des Zechenselbstverbrauchs, der Deputate und des bei Verkokung und Brikettierung eintretenden Mengenschwundes noch vorhanden ist, entscheiden die drei alliierten Militärregierungen, indem sie zunächst dem Europäischen Wirtschaftsausschuß in Genf (Coal Committee) ihren Vorschlag hinsichtlich der Kohlenexporte unterbreiten. Danach erfolgt die Festlegung der interzonalen Kohlenabgaben und erst der verbleibende Rest steht der Verwaltung für Wirtschaft zur Verfügung.

Eine besondere Entwicklung in der Kohlenversorgung nach Kriegsende durchlief die französische Zone, die erst am 1. Juli 1949 an das Bewirtschaftungssystem der Bizone angeschlossen wurde. Zuvor gelangten auf Grund eines Austauschabkommens vornehmlich Saarkohlen in die französische Zone, wofür Frankreich als Gegenleistung außer dem festgesetzten Kohlenexportkontingent zusätzlich Ruhrkohlen erhielt. Aber die Kohlenkontingente aus dem Saargebiet vermochten die Kohlenversorgung nicht ebenso zu verbessern, wie dies nach der Überwindung der schlimmsten Kohlenkrise in der Bizone der Fall war. Deswegen wurde die Kohlenbewirtschaftung auf trizonaler Basis von der Bevölkerung der französischen Zone verständlicherweise sehr gerne zur Kenntnis genommen.

Durch die steigende Tendenz der Steinkohlenförderung verbesserte sich laufend die kohlenwirtschaftliche Lage, sodaß gegen Ende des Jahres 1949 bereits in einigen Kohlensorten ein Überfluß verzeichnet werden konnte. Diese Wandlung auf dem Kohlenmarkt zeigte sich darin, daß die einzelnen Verbrauchergruppen nicht mehr jede geförderte Kohlensorte abzunehmen gewillt waren, sondern wiederum ihre Wünsche hinsichtlich Qualität bei der Bestellung bekanntgaben. Doch gerade die besten Kohlensorten, vor allem die verkokungsfähigen Kohlen, welche so dringend auf dem Inlandsmarkt gefragt werden, unterliegen dem Zwangsexport und werden namentlich nach Frankreich, Belgien und Luxemburg geliefert. Dadurch ist für die inländische Versorgung die Lösung des Sortenproblems aktuell geworden, denn es kann mit größter Wahrscheinlichkeit noch einige Zeit mit der Knappheit jener besonders vom Ausland angeforderten Kohlensorten (Kokskohlen, kleine Nußkohlen und Anthrazitnußkohlen I—III) gerechnet werden.

Was die Zuteilung an Hausbrandkohle anbelangt, so erhöhte sich dieselbe nach der Überwindung der größten Kohlennot ebenfalls stetig. Doch in der für den Hausbrand wichtigsten Kohlensorte, nämlich in den Braunkohlenbriketts, herrschte auch im ersten Quartal 1950 immer noch ein gewisser Engpaß, der nur durch Kohlen-austausch mit der Ostzone, wo sich die mitteldeutschen Braunkohlen-lager befinden, in absehbarer Zeit überwunden werden kann. Die westdeutsche Produktion an Braunkohlenbriketts reicht zur Bedarfs-deckung im Bundesgebiet nicht aus, obwohl die Vorkriegsziffer bei der Produktion nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten wurde.

**Arbeitstägliche Erzeugung von Braunkohlen-
briketts im Bundesgebiet³³.**
(1000 Tonnen)

1936		38,5
1938		43,8
1945		14,9
1946		35,2
1947		38,1
1948		42,1
1949		46,4

Ein sehr gutes Bild des inländischen Kohlenabsatzes im Jahre 1949 vermittelt die folgende Tabelle, aus der ersichtlich ist, daß die Lieferungen sogar die Zuteilungsmengen überschritten haben.

Der inländische Kohlenabsatz³⁴.
(Aus der Förderung der britischen Zone)
1949

1949	1. Quartal Lieferungen	2. Quartal Lieferungen	3. Quartal Lieferungen	4. Quartal Zu- teilungen		Liefe- rungen
	in 1000 Tonnen					
Insgesamt	23 361	22 099	24 332	24 329	24 526	
Doppelzone	16 505	14 855	16 722	} 17 403	} 18 480	
Franz. Zone	967	852	1 215			
Berlin	326	568	846			
				650	330	
	Lieferungen 1949 insgesamt	Lieferungen in Prozent der Zuteilungen				
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
	Insgesamt	94 318	103,7	101,3	101,7	101,2
Doppelzone	} 69 596	107,0	102,6	105,7	} 106,2	
Franz. Zone		103,8	99,1	97,8		
Berlin		2 070	55,7	97,1		
					50,8	

³³ „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Heft 12, März 1950.

³⁴ Art. „Der Kohlenexport ist gestiegen“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 10 vom 4. 2. 1950.

In Anbetracht dieser weitgehenden Normalisierung der Kohlenversorgung konnte gegen Ende des Jahres 1949 an eine Lockerung, jedoch immer noch nicht an eine völlige Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft gedacht werden, was in einer Anordnung des Bundeswirtschaftsministers vom 20. Dezember 1949 über die Lenkung fester Brennstoffe (Anordnung Kohle Nr. III/49) zum Ausdruck kam³⁵. Erst eine weitere Anordnung bezüglich der Lenkung fester Brennstoffe (Anordnung Kohle Nr. II/50 vom 14. 4. 1950) beseitigte die geschaffene Übergangslösung und beendigte mit Wirkung ab 1. April 1950, also mit Beginn des Kohlenwirtschaftsjahres 1950/51, die Zwangsbewirtschaftung. Dieser Anordnung zufolge kommt eine behördliche Lenkung nur noch in solchen Fällen in Frage, wo die Verbraucher die Verfügbarkeit an Brennstoffen überschreiten. Eine Ausnahme besteht weiterhin bei Braunkohlenbriketts, die immer noch der Bewirtschaftung unterstehen. So können beispielsweise die Industrieverbraucher nur über jenes Kontingent verfügen, welches sie im Jahre 1949 zugeteilt erhielten. Doch von dieser etwas beengenden Lage in der Hausbrandversorgung und von dem schon erwähnten bestehenden Sortenproblem abgesehen, kann nunmehr wieder beim Kohlengroßhandel frei bestellt werden, was begreiflicherweise von sämtlichen Verbraucherkategorien nach beinahe elfjähriger Zwangsbewirtschaftung lebhaft begrüßt wurde.

In der ersten Hälfte des Jahres 1950 konnte auf dem inländischen Kohlenmarkt die Beobachtung gemacht werden, daß sowohl die Bundesbahn und die Industrie als auch die Hausbrandverbraucher größte Zurückhaltung bei der Bevorratung ausübten, was einerseits auf die allgemeine Kapitalknappheit zurückzuführen war und andererseits auch auf die Erwartung der Verbraucher, daß evtl. erstmals wieder Sommerpreise in Kraft treten würden. Diese Hoffnung ging allerdings mit Rücksicht auf die schlechte Kosten- und Ertragslage der Zechen nicht in Erfüllung. Infolge dieser zögernden Haltung der Kohlenverbraucher machte sich dann ein dauerndes Anwachsen der Haldenbestände bemerkbar, die gegen Ende des Monats Juni auf über 1,7 Mill. Tonnen (davon 697 400 t Steinkohle und 1 075 500 t Koks) stiegen³⁶. Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, in welchem Ausmaß die Bevorratung der Verbraucher zurückging, denn wenn die jahreszeitlich üblichen Abrufe erfolgt wären, dann hätte bei Steinkohle und Koks eher ein Kohlendefizit vorhanden sein können, zumal die allgemeine Produktionsleistung, besonders der Eisen- und Stahlindustrie, eine steigende Tendenz anzeigte. Hiermit zusammenhängend hat eine Untersuchung festgestellt, daß der spezifische Kohlenverbrauch der Industrie im Verhältnis zu der gestiegenen Erzeugung zurückgegangen sei und zwar je Produktionseinheit im

³⁵ Art. „Lenkung statt Bewirtschaftung“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 23/24 vom 31. 12. 1949.

³⁶ Art. „Kohlenförderung und Kohlenabsatz“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 14 vom 31. 7. 1950 (Monatsbericht der DKBL).

Jahre 1948 ca. 18 und 1949 ca. 30 Prozent gegenüber 1947³⁷. In den ersten vier Monaten des Jahres 1950 ergab sich sogar vergleichsweise zu 1947 ein um 37 Prozent geringerer Kohlenverbrauch je Produktionseinheit, woraus das Streben nach immer größerer Wirtschaftlichkeit sehr gut ersichtlich wird. Als weiterer Grund für die Zunahme der Haldenbestände wird auch die Aufhebung der Kohlenbewirtschaftung genannt, weil die Industrie ihre Vorräte, die viel größer waren als die monatlich angegebenen Bestandsmeldungen, in den häufigsten Fällen zuerst aufbrauchen wollte.

Sicherlich wird die neu entstandene kritische internationale Lage nicht nur ein Steigen der Kohlenexportmengen für die europäischen Rüstungsindustrien verursachen, sondern auch im Inland verstärkte Abrufe zur Folge haben, sodaß die sonst im Herbst evtl. zu erwartenden Transportschwierigkeiten auf Grund großer Kohlennachfrage nicht so sehr in Erscheinung treten dürften.

2. Der Kohlenexport

Die große Bedeutung der Kohle als Rohstoff und Energieträger einerseits und als wesentliches Handelsgut zwischen den einzelnen Ländern andererseits braucht heute wohl in ihrer ganz enormen Tragweite nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden. Leicht verständlich ist deshalb die Tatsache, daß kohlenarme Länder ihren so dringend erforderlichen Kohlenbedarf unbedingt auf dem Weltkohlenmarkt zu decken wünschen, um ihre Wirtschaft in Gang zu halten und noch weiter ausbauen zu können. Innerhalb des Weltkohlenhandels spielte außer England und Polen insbesondere Deutschland in normalen Friedensjahren als Exporteur eine hervorragende Rolle, was an Hand nachstehender Zahlen klar ersichtlich wird.

Deutschlands Lage auf dem Weltkohlenmarkt³⁸.

Kohlensorte	in Mill. RM				in Prozenten des Welthandels			
	1929	1932	1936	1937	1929	1932	1936	1937
Steinkohlen . . .	530,9	236,3	267,7	227,5	19	17	24	16
Koks . . .	269,9	85,6	93,1	145,3	57	46	48	52
Preßkohlen . . .	58,8	38,6	27,7	30,5	51	57	57	52

Außer der Ausfuhr schwerindustrieller Erzeugnisse brachte gerade der Kohlenexport Deutschland jene Devisenmengen, die den Kauf von ausländischen Rohstoffen und Lebensmitteln ermöglichten. Als nun aber bei Kriegsende im Jahre 1945 die Kohlenförderung in den ehemals kohlenexportierenden Ländern nicht einmal die ge-

³⁷ Art. „Kohle wird marktbewußt“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 57 vom 18. 7. 1950.

³⁸ „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 27 vom 4. 7. 1947.

nügende Höhe erreichte, um den eigenen Landesbedarf zu decken, entstand ein ganz katastrophaler Kohlenmangel, welcher einen baldigen wirtschaftlichen Wiederaufbau in den einzelnen europäischen Staaten ernsthaft in Frage stellte.

Infolge dieser Nachkriegssituation trat immer mehr die Forderung der meisten europäischen Staaten in den Vordergrund, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Kohlenförderung Deutschlands zu steigern und damit gleichzeitig die deutschen Kohlenlieferungen an das Ausland zu erhöhen, um auf dem schnellsten Wege die schwierige europäische Kohlenversorgungslage zu bessern. Obwohl Deutschland selbst seine inländischen Kohlenlieferungen an die verschiedenen Wirtschaftszweige nur in ganz ungenügendem Ausmaß vornehmen konnte, bestimmten nunmehr die Besatzungsmächte nicht nur die Höhe und die Qualität der Exportmengen, sondern ebenso die Kohlenausfuhrpreise.

Eine genaue Festlegung der deutschen Kohlenexportmengen erfolgte sodann im April des Jahres 1947 bei der Moskauer Konferenz der vier Besatzungsmächte, indem folgender Kohlenexportplan zusammengestellt wurde.

Tagesförderung ³⁹⁾ (Ruhr-, Aachener- und Saargebiet) in 1000 Tonnen	Exportsatz in %	Voraussichtlich monatlicher Export in 1000 Tonnen
280	21,0	1187
290	21,5	1262
300	21,5	1309
310	22,0	1387
320	22,5	1467
330	22,5	1516
340	23,0	1602
350	23,5	1691
360	24,0	1782
370	25,0	1913

Wie diese sog. gleitende Kohlenexport-Skala zeigt, erhöhen sich laufend die Exportprozentsätze bei vermehrter Brutto-Tagesförderung. Nach einiger Zeit wurde dann dieser Kohlenexportplan dahingehend abgeändert, daß bei einer Tagesfördermenge von 330 000 Tonnen Steinkohle die höchste Exportquote 20,81 Prozent betragen soll, also eine größere Tagesförderung keinesfalls eine Erhöhung der Ausfuhrate zur Folge haben würde. Ergänzend wurde weiter noch hervorgehoben, daß Kohlenausfuhren über die Ziffern der gleitenden Skala hinaus den deutschen Verteilungsstellen möglich sind. Hieran konnte jedoch bei der großen Inlandsnachfrage von vornherein nicht gedacht werden.

³⁹⁾ Art. „Die Zwangshypothek des Kohlenexports“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 20 vom 16. 5. 1947.

Über die Berechnung des Soll-Exports für ein Quartal äußert sich das „Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus“:⁴⁰

„Der Umfang des Soll-Exports mit Dollar-Gegenwert errechnet sich nach der Moskauer Skala in Steinkohleneinheiten für ein Quartal bei einer Steinkohlenförderung von 333 000 t $\times$ 75 Arbeitstage = 24 975 000 t wie folgt“:

Steinkohle abzüglich Selbstverbrauch,	
Deputate, Einsatzkohle für Kokereien	
und Brikettfabriken	12 946 620 t
Steinkohlenkoks	5 331 848 t
Steinkohlenbriketts	825 000 t
Braunkohlenbriketts einschl. Braun-	
kohlenschwelkoks	2 197 302 t
Pechkohle	185 836 t
Verkokungsfaktor für Steinkohlenkoks	1 079 996 t
	22 566 602 t
Hiervon 20,81 % lt. Moskauer Skala	4 696 110 t
Abzüglich für I. Quartal 1949 festgesetzter	
Exportanteil von Braunkohlenbri-	
ketts in Steinkohleneinheiten	224 450 t
	4 471 660 t

Zwar kam in den Vereinbarungen der Besatzungsmächte zum Ausdruck, daß die festgesetzten Exportsätze sowohl mit Rücksicht auf den Bedarf an Kohlen für den Wiederaufbau der befreiten Länder Europas, die stets von der Einfuhr deutscher Kohle abhängig gewesen sind, als auch mit Rücksicht auf den wesentlichen Kohlenbedarf der deutschen Industrie festgesetzt wurden. Es zeigte sich aber sehr bald, daß die festgesetzte Exportquote den deutschen Verteilungsstellen nicht nur die besten Kohlensorten vorenthielt, sondern daß auch die dem Inland zur Verfügung stehende Menge kaum für den notwendigsten Industriebedarf oder gar noch für die Hausbrandversorgung ausreichte.

Ein anderer negativer Aspekt hinsichtlich der gleitenden Export-Skala lag in der ungewissen Reaktionsmöglichkeit der Bergarbeiter, da auf der einen Seite mit Hilfe der verschiedensten Anreizsysteme eine Fördersteigerung angestrebt wurde, deren Ertrag andererseits in steigender Menge exportiert werden mußte, — also nicht der deutschen Kohlenversorgung zugute kam. Die damit verbundene psychologische Auswirkung auf die Bergarbeiter ließ nur allzu leicht befürchten, daß sie einer weiteren Aufwärtsentwicklung der Förderziffern im Wege stehe.

⁴⁰ „Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus“, a. a. O., S. 24 ff.

In Anbetracht dieser Situation bemühte sich insbesondere der britische Vorsitzende der alliierten Kohlenkontrollgruppe, Mr. Collins, darauf hinzuweisen, daß die Kohlenexporte keine Reparationen, sondern ein normales Exportgeschäft bedeuteten, da der volle Ertrag der Kohlenexporte in der Nachkriegszeit der deutschen Wirtschaft zufließen und für die nötigsten deutschen Importe verwendet würde. Allerdings spielt in diesem Zusammenhang das Problem des Kohlenexportpreises eine entscheidende Rolle, weil die von den westlichen Alliierten festgesetzten Exportpreise beträchtlich unter jenen des Weltmarktes liegen und dadurch seit Kriegsende ein Mindererlös von einigen hundert Millionen Dollar zu verzeichnen ist, worüber in dem Kapitel „Der Kohlenexportpreis“ nähere Einzelheiten zu finden sind.

Was den Abschluß von Kohlenverkaufsverträgen anbelangt, so liegt derselbe in den Händen der JEIA (Joint Export and Import Agency) und nicht in dem Bereich der Deutschen Kohlenbergbauleitung.

Infolge der von der JEIA gesteuerten Exportentwicklung veränderte sich das Bild der Ausfuhrzusammensetzung ganz erheblich; denn das Verhältnis hat sich insofern geradezu umgekehrt, als nun nicht mehr hauptsächlich Fertigwaren, sondern Rohstoffe und Halbfabrikate ausgeführt werden müssen.

Ausfuhr der Doppelzone (1948)⁴¹.

Warenbenennung	Mengen in 1000 Tonnen	Werte in Mill. RM bzw. DM
Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel	—	49
Erzeugnisse der gewerbl. Wirtschaft	—	1 768
davon:		
Rohstoffe	—	457
darunter:		
Stein- und Braunkohlen	11 131	374
Rundholz	733	44
Halbwaren	—	543
darunter:		
Koks	6 845	334
Schnittholz	215	60
Fertigwaren	—	768

Was die obigen Zahlen wirklich besagen, kommt erst durch einen Vergleich mit Vorkriegsziffern so richtig zum Bewußtsein, da beispielsweise im Jahre 1936 der Anteil der Fertigwarenausfuhr aus dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet insgesamt dreiviertel der Gesamtausfuhr darstellte, während dieselbe trotz Anteilserhöhung im Jahre 1949 sich nur auf rd. 55 Prozent belief. Es braucht sicher-

⁴¹ „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 39 vom 14. 5. 1949.

lich nicht besonders unterstrichen zu werden, daß Deutschland auf Grund seiner leistungsfähigen Veredlungsindustrie, die mit einem hohen Lohnanteil verbunden ist, bedeutend größere Devisenerlöse durch die Ausfuhr von Fertigwaren erzielen würde, als dies bei der Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten der Fall ist. Dann würde der Importüberschuß der westdeutschen Bundesrepublik, der im Jahre 1949 nicht weniger als 1,1 Milliarden Dollar betrug, sich bestimmt wesentlich reduzieren⁴². So lange Deutschland die freie Entfaltungsmöglichkeit im Export nicht zugestanden wird, bleibt die Abhängigkeit von fremder Hilfe bestehen und belastet hierdurch vor allem das amerikanische, aber auch das britische Budget in sehr beträchtlichem Ausmaß.

Nach welchen Ländern und in welcher Höhe die Ausfuhr fester Brennstoffe aus dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet erfolgte, zeigt nachstehende von der DKBL veröffentlichte Zusammenstellung, aus der auch die von Jahr zu Jahr gestiegene Gesamtausfuhr ersichtlich wird.

**Ausfuhr fester Brennstoffe aus dem Vereinigten
Wirtschaftsgebiet⁴³.**
(in 1000 Tonnen) a)

Länder	1936	1946	1947	1948	1949
	Monatsdurchschnitt				
Osterreich	25	176	180	264	285
Belgien b)	315	135	78	104	64
Dänemark	59	124	70	52	20
Finnland	6	7	12	20	1
Frankreich einschl. Nordafrika	516	172	161	402	700
Griechenland	25	5	17	16	26
Ungarn	—	—	—	5	1
Italien	470	50	30	127	154
Luxemburg	175	113	121	201	196
Niederlande b)	520	136	103	163	169
Norwegen	9	53	38	25	11
Portugal	7	5	9	6	—
Schweden	98	13	15	59	120
Schweiz	122	5	13	33	50
Andere Länder	268	4	—	—	29
Gesamtausfuhr	2615	997	897	1477	1826

a) Stein- und Braunkohlen einschl. Koks und Briketts ohne Umrechnung.

b) Einschl. Bunkerkohle.

⁴² Art. „Der Außenhandel im Jahre 1949“, in: „Badische Zeitung“, Freiburg, Nr. 13 vom 31. 1. 1950.

⁴³ „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, Heft 2, Mai 1950.

Wenn nun am Ende des Jahres 1949 sich die Situation auf dem Weltkohlenmarkt wesentlich gebessert hat und langsam wieder die Konkurrenz der Kohlenexporteure einsetzt, so wird Deutschland höchstwahrscheinlich jene Liefermöglichkeiten, die durch die einstigen Kohlenzwangsexporte herbeigeführt wurden, beizubehalten versuchen und evtl. sogar eine Erweiterung des Kohlenausfuhrgeschäftes anstreben, zumal die erzielbaren Devisenerlöse dringend benötigt werden, um einen einigermaßen normalen Lebensstandard halten zu können. Für das Kohlenexportgeschäft würde sich die baldige Beseitigung der Monopolstellung des Deutschen Kohlenverkaufs (DKV) und die Wiedereinschaltung des privaten deutschen Kohle ein- und -ausfuhrhandels bestimmt sehr vorteilhaft auswirken, da dann auf kommerzieller Basis eine günstigere Absatzentwicklung angebahnt werden kann. Im Hinblick auf die veränderte Kohlenmarktlage würde dies einem dringenden Erfordernis gerecht werden. Gerade weil in jüngster Zeit die Situation sich so verschoben hat, daß die von Genf aus zugeteilten Kontingente von den betreffenden Ländern nicht mehr voll abgerufen wurden, wird es eine vordringliche Aufgabe des westdeutschen Kohlenhandels sein, trotz des starken Wettbewerbs auf dem europäischen Kohlenmarkte, einen ausreichenden Kohlenabsatz laufend sicher zu stellen, — vor allem auch hinsichtlich des bestehenden Sortenproblems. So wird es leicht verständlich, daß nunmehr die Pflege des Kohlenausfuhrgeschäftes fast ebenso wichtig geworden ist wie die weitere Steigerung der Fördermenge.

Inwieweit Deutschland außerdem durch die Produktion und Ausfuhr schwerindustrieller Erzeugnisse seine Handelsbilanz zu verbessern in der Lage sein wird, hängt von den Maßnahmen der westlichen Alliierten ab. Hierbei wird vielleicht doch letzten Endes die Überlegung obsiegen, daß der aus einer Beseitigung der gegenwärtigen deutschen Produktions- und Exportbeengung entstehende Nutzen nicht nur Deutschland, sondern auch den in Form von Maschinen, Eisen- und Stahlwaren usw. belieferten westeuropäischen Länder in ganz besonderer Weise bei ihrem wirtschaftlichen Wiederaufbau zugute kommt.

VI. Die Entwicklung der Kohlenpreise von 1945-1949

1. Der inländische Kohlenpreis

Bereits während des Krieges bestand im westdeutschen Steinkohlenbergbau ein ganz erhebliches Mißverhältnis zwischen der Kostenlage und der Ertragslage, da die Preisstopverordnung auch die Grundstoffe erfaßte und infolgedessen die Preise nicht den gestiegenen Kosten angepaßt werden durften. Das damalige Defizit in der Kohlenindustrie konnte aber weitgehend durch die außerordentlich hohen Gewinne der Schwerindustrie ausgeglichen wer-

den. Als dann bei Kriegsende die Produktionskosten immer weiter stiegen und die Erträge der Schwerindustrie wegfielen, entwickelte sich eine sehr lebhaft Diskussions hinsichtlich des Ausmaßes und der Rückwirkung einer evtl. Kohlenpreiserhöhung, die zweifellos kommen mußte, wenn man nicht künstlich mit Hilfe von Subventionen einen Ausgleich herbeiführen wollte, um die einzelnen Zechen auch weiterhin wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten.

Wenn bei den Ruhrzechen beispielsweise sich die durchschnittlichen Kosten je Fördertonne auf ungefähr 30.— RM beliefen, während der Erlös je Tonne im Durchschnitt nur bei etwa 15.— RM lag, so taucht bei der Betrachtung dieses enormen Ungleichgewichtes unwillkürlich die Frage nach den Ursachen einer derart starken Kostensteigerung auf. Dabei muß zunächst auf die erheblich reduzierte Arbeitsintensität und auf die abgewirtschafteten technischen Anlagen hingewiesen werden, und außerdem spielten die heraufgesetzten Materialpreise, insbesondere für Grubenholz und die später erfolgte Lohnerhöhung der Bergarbeiter eine bedeutende Rolle. Ferner traten bei Kriegsende alle jene Arbeitskosten noch hinzu, welche für die Beseitigung der im Bergbau entstandenen Sachschäden aufgewendet werden mußten.

Diese Diskrepanz der Kosten und Erlöse konnte kurzfristig nach der deutschen Kapitulation auf Grund der reichlich zur Verfügung stehenden liquiden Mittel überbrückt werden. Jedoch im Mai 1946 beantragte die britische Kohlenkontrollbehörde beim alliierten Kontrollrat, eine nunmehr notwendig gewordene Kohlenpreiserhöhung, welche aber abgelehnt wurde. Es unterstand eben nicht dem deutschen Ermessen, eine entsprechende inländische Kohlenpreiserhöhung vorzunehmen oder das vorhandene Defizit durch freie Preisgestaltung im Kohlenexport zu beseitigen, sondern die Entscheidung darüber lag in den Händen des alliierten Kontrollrates in Berlin.

Durch die ablehnende Haltung gegenüber einer Kohlenpreiserhöhung bedingt, blieb nur noch der Weg der Subventionsgewährung übrig, denn die andere Möglichkeit, nämlich eine Kostensenkung, konnte keineswegs im erforderlichen Ausmaß in absehbarer Zeit erwartet werden. Damit trat eine ungeheure Belastung des öffentlichen Haushalts ein. Im Kohlenwirtschaftsjahr 1946/47 betrugen die Subventionen an unrentable Zechen 1051 Mill. RM, welche schließlich von den Steuerzahlern aufgebracht werden mußten⁴⁴. Andererseits würden jedoch auch die Auswirkungen einer Kohlenpreiserhöhung die Steuerzahler getroffen haben, indem sie nicht nur als Verbraucher die erhöhten Kohlenpreise zu tragen hätten, sondern auch all jene Produkte, bei denen die Kohle als primärer Kostenfaktor in Erscheinung tritt, würden eine preiserhöhende Tendenz erfahren haben und daher sich gleichfalls zu Lasten der Verbraucher auswirken müssen. Doch auf lange Sicht

⁴⁴ Art. „Die Defizitwirtschaft in der Kohlenindustrie“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 61 vom 13. 12. 1947.

mußte ein Weg gefunden werden, der zur Beseitigung oder zum mindesten zur starken Reduzierung der Subventionen für den Kohlenbergbau, geeignet war. Dies konnte schließlich trotz allem nur durch die Angleichung der Preise an das Kostenniveau erfolgen. Auch von jenem Aspekt aus, daß subventionsgestützte Preise immer einen unrichtigen, das heißt nicht den eigentlichen Kosten entsprechenden Preis darstellen, wurde eine diesbezügliche Berichtigung unbedingt notwendig, zumal es sich beim Kohlenbergbau nicht um die Deckung eines vorübergehend auftauchenden Defizits handelte.

Aus diesem Grunde wurde der nochmals gestellte Antrag auf Kohlenpreiserhöhung von der Bipartite Board mit Wirkung vom 1. April 1948 genehmigt, welcher einen durchschnittlichen Preisaufschlag von 10.— RM je Tonne vorgesehen hatte. Gleichzeitig trat auch eine andere Preisfestlegung für die verschiedenen Kohlenarten in Kraft, worin Preisdifferenzierungen zwischen 5.— RM bis 34.—RM je Tonne enthalten waren. Im Durchschnitt erhöhte sich aber das Preisniveau etwa um 10 RM, sodaß die durchschnittlichen Erlöse je Tonne Steinkohle ca. 25.— RM ergaben, was allerdings immer noch nicht zur Deckung der sich auf ungefähr 30.— RM belaufenden Selbstkosten ausreichte⁴⁵. Deshalb sollten auch weiterhin Subventionen an leistungsschwache Gruben entrichtet werden und zwar in der Höhe von durchschnittlich 3 RM je Tonne. Infolge dieser Lösung konnte immerhin eine beträchtliche Reduzierung der Subventionen an den Kohlenbergbau vorgenommen werden, jedoch der Subventionsbetrag je Tonne vermochte nur teilweise die noch vorhandene Defizitlücke zu schließen. Deshalb sollten die Zechen ständig bemüht bleiben, eine stetig bessere Kapazitätsausnutzung zu erreichen und mit Hilfe erhöhter Schichtleistung je Mann die jeweilige Tagesförderung beträchtlich zu steigern, um die Selbstkosten je Tonne zu vermindern und nach einiger Zeit, wenn möglich bis 31. Dezember 1948, die Subventionsgewährung total überflüssig zu machen.

Als aber nach der deutschen Währungsreform vor allem der Bergbau in eine höchst schwierige finanzielle Notlage geriet, infolge der sofort in Deutscher Mark zu bezahlenden hohen Lohn- und Betriebskosten, erteilte mit Wirkung ab 1. August 1948 die britisch-amerikanische Militärregierung nochmals die Genehmigung zur Erhöhung der Inlandspreise für Steinkohle.

Auch diesmal war der Preisaufschlag je Tonne für die verschiedenen Kohlenarten nicht gleichmäßig, sondern hinsichtlich der Kohlenqualität entsprechend abgestuft. Durchschnittlich betrug die inländische Preiserhöhung 7,50 DM je Tonne und außerdem erhielten die deutschen Produzenten von diesem Zeitpunkt an den vollen Kohlenexporterlös auf der Wechselkursbasis von 30 Cents für eine Deutsche Mark zugewiesen, was im Endeffekt gegenüber

⁴⁵ Art. „Die Kohlenwirtschaft im Jahre 1948“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 1/2 vom 31. 1. 1949. (Bericht der DKBL).

der bisherigen Berechnung des Exporterlöses durchschnittlich 2,20 DM je Tonne bedeutete ⁴⁶.

Die erneute Preisheraufsetzung wurde aber auch deshalb für dringend notwendig erachtet, weil sich inzwischen die Nominallöhne der Bergarbeiter ab 1. Juni 1948 um 15 Prozent erhöht hatten und ebenso die Materialkosten unterdessen weiter beträchtlich gestiegen waren.

Wie sehr sich die Arbeitskosten im Vergleich zur Vorkriegszeit und speziell in den ersten Nachkriegsjahren laufend erhöht haben, vermittelt folgende Darstellung.

Schichtverdienste und Monatseinkommen im Ruhrbergbau ⁴⁷.

in RM/DM		Hauer a)	unter Tage	über Tage b)	insgesamt c)
Jahresdurchschnitt		Barverdienst d) je Mann und verfahrenre Schicht			
1932		7,97	7,39	6,05	7,05
1936		8,20	7,62	5,80	7,17
1938		8,45	7,75	5,63	7,24
1943		11,25	9,79	7,22	9,09
1946		9,42	8,30	6,41	7,64
1947		11,33	9,81	7,24	8,96
1948		12,19	10,60	7,92	9,63
1948	Juli	12,40	10,86	8,16	9,88
	September . .	12,60	11,01	8,33	10,07
1949	Januar	12,91	11,22	8,55	10,29
	April	13,01	11,32	8,81	10,45
	Juli	13,22	11,59	9,27	10,82
Jahresdurchschnitt		Monatliches Gesamteinkommen e) je Mann			
1932		161	150	135	148
1936		198	185	148	177
1938		211	194	146	184
1943		282	247	189	233
1946		203	178	156	172
1947		264	226	185	214
1948		292	251	208	236
1948	Juli	310	268	221	252
	September . .	311	269	223	255
1949	Januar	330	283	232	266
	April	316	271	229	258
	Juli	331	287	249	275

a) Ab 1943 Vollhauer. — b) Bis 1947 ohne Nebenbetriebe; einschl. Jugendliche und weibliche Arbeiter. — c) Mit Nebenbetrieben. — d) Leistungslohn einschl. Erziehungsbeihilfe, Zuschläge für Überarbeiten, Hausstands- und Kindergeld. — e) Barverdienst zuzüglich Wert der Sachbezüge, Urlaubsentschädigung, Trennungsgeld.

⁴⁶ Art. „Kohlenpreise erhöht“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 31 vom 30. 7. 1948.

⁴⁷ Stat. Monatsberichte der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 88 vom 2. 1. 1949.

Die von der Industriegewerkschaft Bergbau bei Kriegsende geforderte Lohnerhöhung im westdeutschen Steinkohlenbergbau wollte vor allem die niedrigeren Bergarbeiterlöhne den übrigen Berufskategorien so bald wie möglich angleichen, um dann in relativ kurzer Zeit die Bergarbeiterlöhne der Härte der Berufsausübung entsprechend, an die Spitze der Arbeiterlohnskala zu stellen. Gegen diese Bestrebungen sprach jedoch die außerordentlich schlechte Kosten- und Ertragssituation im Steinkohlenbergbau, sodaß die jeweils vorhergegangenen Lohnverhandlungen mit der DKBL keineswegs einfach zu führen waren.

Auf Grund der stetigen Kostensteigerung je Tonne verwertbarer Förderung befanden sich die Grenzzechen trotz der abermaligen Erhöhung der Kohlenpreise immer noch nicht in der Lage, von einer Deckung der entstehenden Selbstkosten zu sprechen, weshalb in diesen Fällen immer noch Subventionen und Kredite angefordert wurden.

Verständlicherweise wirkten sich die beiden vollzogenen Kohlenpreiserhöhungen für die gesamte Wirtschaft sehr beachtlich aus, denn die Verkaufspreise ab Zeche haben sich seit 1944 für die besten Kohlensorten geradezu verdoppelt.

Der inländische Kohlenpreis⁴⁸.
(Preis je Tonne ab Zeche)

Kohlensorte	RM Juni 1944	DM August 1948	Steigerung in %
Fett-, Gas- und Gas- flammnuß	17.—	35.—	106
Eßnuß 1—3	19 —	42.—	116
Anthrazitnuß 1—3	28.—	55.—	96
Anthrazit = Eiform	21.—	46.—	121
Breckkoks 1—3	22.—	47.—	114

Das Ausmaß dieser enormen Kohlenpreiserhöhungen verursachte zunächst eine Heraufsetzung der Strom- und Gaspreise und hatte eine einschneidende Wirkung bei jenen Produktionszweigen, wo die Kohle als wesentlicher Kostenanteil in Erscheinung tritt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten machte sich vor allem in der Verteuerung des Hausbrandes bemerkbar, hingegen bedeutend schwächer in der Preisgestaltung der Fertigwaren. Im ganzen gesehen hat die eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung auf Grund der Kohlenpreiserhöhungen keinen Anlaß zu Lohnheraufsetzungen gegeben.

Die weitere Entwicklung der inländischen Kohlenpreisgestaltung war auf Grund der vorgenommenen Preisaufschläge sehr umstritten,

⁴⁸ E. Hoffmann, „Weitere Erhöhung der Kohlenpreise“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 15 vom 15. 8. 1948.

da einerseits zahlreiche Zechen immer noch erhebliche Verluste aufwiesen und die Kosten weiterhin im Steigen begriffen waren, und andererseits auf jene Reviere hingewiesen wurde, welche durch ihre günstige geologische Lage und Wirtschaftlichkeit von der steigenden Preisentwicklung sehr erheblich profitierten.

Um nun ein klares Bild von der Kosten- und Ertragslage im westdeutschen Steinkohlenbergbau zu erhalten, beauftragte der Wirtschaftsrat einen Enquête-Ausschuß, diesbezügliche Untersuchungen vorzunehmen. Ein zu diesem Zweck ernannter Prüfungsleitstab führte dann im September 1948 bei 31 Zechen der britischen Zone Untersuchungen durch, von denen 23 im Ruhrgebiet, sechs im Aachener Revier und zwei in Niedersachsen liegen und 23 Prozent der gesamten westdeutschen Steinkohlenförderung ausmachen. Die von dieser Prüfungskommission vorgenommene Kostenanalyse ergab folgende Feststellungen.

Die Kosten der Steinkohle ⁴⁹.

(Im Durchschnitt je Tonne verwertbarer Förderung
nach Kostenarten.)

1. Arbeitskosten	DM/t	15,76	=	42,20%
davon:				
Löhne	DM/t	11,02	=	29,5 %
Gehälter	DM/t	1,74	=	4,7 %
Gesetzl. soz. Aufwendungen	DM/t	3,00	=	8,0 %
2. Sachliche Kosten				
abzügl. Betriebseinnahmen	DM/	11,15	=	29,8 %
davon:				
Zechenselbstverbrauch und Deputate	DM/t	3,84	=	10,3 %
Energie-Fremdbezug	DM/t	0,71	=	1,9 %
Holzverbrauch	DM/t	2,22	=	5,9 %
Eisenverbrauch	DM/t	2,98	=	8,0 %
Sonstiges	DM/t	1,40	=	3,7 %
3. Bergschäden	DM/t	0,68	=	1,8 %
4. Wohnungswirtschaft, Unterstützungskassen usw.	DM/t	0,96	=	2,6 %
5. Versicherungsbeiträge, Bureaumaterial usw.	DM/t	0,44	=	1,2 %
6. Steuern (ohne Ums.- u. Körp.-St.)	DM/t	0,61	=	1,6 %
7. Umsatzsteuer	DM/t	0,55	=	1,5 %

⁴⁹ „Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus“, a. a. O., S. 32 ff. Art. „Die Problematik des Kohlenpreises“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 61 vom 30. 7. 1949.

8. Abschreibungen und

Kapitaldienst

DM/t 7,20 = 19,3 %

davon:

Betriebsbedingter

Kapitaldienst

DM/t 4,44 = 11,9 %

Verbrauchsbedingte

Abschreibungen

DM/t 2,76 = 7,4 %

Aus dieser zahlenmäßigen Zusammenstellung ging hervor, daß bei den geprüften Grubenbetrieben im Durchschnitt die Selbstkosten je Tonne verwertbarer Förderung 37,35 DM betragen, während die Erlöse nur bei 33,65 DM (= 90,1 %) liegen, also ein ungedeckter Kostenbetrag von 3,70 DM je Tonne (= 9,9 %) vorhanden ist⁵⁰. Die geprüften Ruhrzechen wiesen allerdings infolge der besseren geologischen Verhältnisse einen geringeren Mindererlös (DM/t = 3,44) auf, als der Gesamtdurchschnitt ergab; hingegen lagen jene des Aachener Reviers (DM/t = 6,87) und von Niedersachsen (DM/t = 8,02) weit darüber. Bei den Prüfzechen fiel ferner insbesondere die erhebliche Ertragsstreuung auf, indem einerseits Gewinne bis zu 9,13 DM je Tonne erzielt wurden, demgegenüber aber Verluste bis 10,79 DM bei Grenzzechen in Erscheinung traten.

Sowohl die Verwaltung für Wirtschaft als auch die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung veröffentlichten eine Stellungnahme zum Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, wobei vor allem die Schwierigkeiten einer derartigen Untersuchung, die sich nur auf einen Prüfungsmonat erstreckte, hervorgehoben wurden. Den betriebsbedingten Kapitaldienst glaubte die Stellungnahme des Wirtschaftsrates mit 0,82 DM je Tonne niedriger ansetzen zu können, sodaß die Selbstkosten seiner Berechnung nach sich auf insgesamt 36,53 DM je Tonne belaufen. Aber sonst gab das Gutachten in beiden Stellungnahmen zu keinen besonders erwähnenswerten Korrekturen Anlaß.

Als nach der Abwertung des englischen Pfundes im September 1949 auch die Deutsche Mark gegenüber dem Dollar eine Abwertung erfuhr, trat eine neue Kohlenpreisbewegung ein, da die Hohe Kommission der westlichen Alliierten im Zusammenhang mit der Abwertung eine neue Kohlenpreisregelung vorzunehmen wünschten. Dies geschah in der Weise, daß der westdeutschen Bundesregierung ein diesbezüglicher Beschluß, der auf dem Petersberg von den Hohen Kommissaren ausgearbeitet worden war, übergeben wurde. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist Punkt 3 dieses Beschlusses, dessen Formulierung wörtlich wie folgt lautet⁵¹:

„In Erwartung des Ergebnisses der durch die Hohe Kommission angeordneten Untersuchungen über diskriminatorische Handels-

⁵⁰ „Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus“, a. a. O., S. 33 ff. Art. „Kohlenpreise unter der Lupe“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 41 vom 21. 5. 1949.

⁵¹ Art. „Unerfreuliches Spiel um die D-Mark“, in: „Handelsblatt“, Düsseldorf, Nr. 89 vom 30. 9. 1949.

praktiken sind binnen sieben Tagen Maßnahmen zu treffen, die gewährleisten, daß die Interessen von Ländern, die Kohle importieren, nicht durch die gegenwärtige Abwertung der Deutschen Mark geschädigt werden. Dies kann auf folgende Weise erreicht werden:

- a) Aufrechterhaltung desselben Preises in Deutscher Mark für Exportkohlen wie vor der gegenwärtigen Abwertung oder
- b) Angleichung der Export- und der internen Kohlenpreise in der Weise, daß die Differenz zwischen den beiden nicht größer ist als vor der gegenwärtigen Abwertung“.

Weiter stellte die Hohe Kommission in Punkt 2 des alliierten Kommuniqués fest, „daß alle etwa bestehenden diskriminatorischen Maßnahmen getroffen werden müssen im Hinblick auf die Beseitigung irgendwelcher direkter oder indirekter Subventionen, die zur Unterstützung derartiger diskriminatorischer Maßnahmen und zu Dumping-Zwecken gewährt werden. Dies hat bis zum 1. Januar 1950 zu geschehen. Die Hohe Kommission ordnet eine sofort vorzunehmende Untersuchung an, um die zur Durchführung dieser Richtlinien notwendigen Maßnahmen zu bestimmen“.

Zweifellos sollte durch diesen Beschluß eine Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse auf den internationalen Märkten vermieden werden, indem Deutschland entweder den Inlandskohlenpreis dem erhöhten Exportpreis angleicht, oder entsprechend den Exportpreis den bisherigen inländischen Kohlenpreisen anpaßt. Insbesondere legte Frankreich größten Wert darauf, im Hinblick auf die lothringische Stahlindustrie einen möglichst niedrigen Preis für die dringend erforderliche deutsche Kohle bezahlen zu müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Aus diesem Grunde wünschte Frankreich, um jegliche diskriminierende Maßnahme auszuschließen, einen deutschen Kohlenexportpreis, der die Inlandspreise nicht übersteigen durfte.

Die Kohlenpreisregulierung wurde dann nach Abwägung all der mitbestimmenden Faktoren derart vorgenommen, daß mit Wirkung ab 1. Januar 1950 der inländische Kohlenpreis durchschnittlich je Tonne um 30 Pfennig eine Erhöhung erfuhr, hingegen eine Preisherabsetzung für Exportkohle im Durchschnitt von 2,18 DM je Tonne festgelegt wurde⁵². Durch diese Neufestsetzung der Kohlenpreise, deren Gültigkeit vorläufig bis zum 31. März 1950 angegeben wurde, reduzierte sich zwar die Differenz zwischen Inlands- und Exportkohlenpreis auf 5,52 DM je Tonne, doch sie entsprach sicherlich nicht den französischen Erwartungen. Auch die Deutsche Kohlenbergbauleitung sprach sich über diese Lösung sehr unzufrieden aus, weil die durch die Senkung der Exportpreise verursachten Verluste keineswegs durch den inländischen Mehrerlös ausgeglichen werden konnten. Deshalb schlug die DKBL eine innerdeutsche Preiserhö-

⁵² Art. „Billigere Exportkohle“, in: „Der Volkswirt“, Frankfurt a. M., Nr. 2 vom 13. 1. 1950.

hung von durchschnittlich 60 bis 70 Pfennig je Tonne vor, womit sich aber die Bundesregierung aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht einverstanden erklärte. Infolgedessen mußten auch weiterhin Subventionen an den Kohlenbergbau entrichtet werden und zwar nun auch an jene Zechen, die infolge der Exportpreiserabsetzung ihre Rentabilität verloren haben. Allerdings bleibt durch die alliierte Forderung nach Abbau der Subventionen der Bundesregierung wahrscheinlich nichts anderes übrig, als den inländischen Kohlenpreis erneut zu erhöhen, um eine Rentabilität der Zechen ohne Subventionsgewährung zu ermöglichen. Die Höhe des evtl. nochmaligen Preisaufschlages wird allerdings weitgehend mitbestimmt von der Entwicklung der internationalen Kohlenmarktlage und deren Preisbewegungen, das heißt, der deutsche Inlandspreis wird sich mit Rücksicht auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit kaum nochmals erhöhen dürfen.

Dies wird auch die Industriegewerkschaft Bergbau zu berücksichtigen haben, die wiederum gegen Ende des Jahres 1949 mit der Forderung einer weiteren Lohnerhöhung an die DKBL herangetreten ist, weil seit September 1948 durch Anstieg der Förderungs- und Schichtleistungen eine Kostensenkung eingetreten sei und andererseits auch die Reallöhne durch Senkung der Preise keine Erhöhung erfahren hätten, wie dies erwartet worden wäre. Diesem Argument wurde entgegengehalten, daß der Abstand zur Vorkriegsleistung, welche 2 bis 2,2 Tonnen je Mann und Schicht betrug, immer noch sehr beträchtlich sei, gegenüber dem seit Monaten fast unveränderlichen Schicht- und Förderungsanteil zwischen 1,35 und 1,38 Tonnen je Untertagearbeiter. Keineswegs hat sich nach Ansicht der Zechenleitungen die Kosten- und Ertragslage seit der Wirtschafts-enquête im September 1948 geändert, da die in Form von Mehrurlaub, Erhöhung der Schichtlöhne, Erhöhung der Beiträge zur Berufsgenossenschaft und der Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung ausgelöste Mehrbelastung je Tonne, die durch Anstieg der Förder- und Schichtleistung erzielte Kostendegression bereits ausgeglichen hat. Wenn nun trotzdem mit Wirkung vom 1. Januar 1950 zwischen der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung und der Industriegewerkschaft Bergbau eine Lohnerhöhung um durchschnittlich neun Prozent vereinbart worden ist, so dürften die politischen Faktoren stärker als die wirtschaftlichen mitgesprochen haben. Ursprünglich bestand die Gewerkschaft sogar auf einer zwölfprozentigen Lohnerhöhung, welche nach längeren Verhandlungen infolge der dagegen sprechenden Argumente nicht durchgesetzt werden konnte. Sowohl die DKBL wie die Gewerkschaft erwarten in absehbarer Zeit eine stärkere Zunahme der Schichtleistung, sodaß hierdurch wieder ein Ausgleich zustande käme. Auch soll die verstärkte Rationalisierung und Mechanisierung diese Ausgleichstendenzen im Laufe der Zeit weiter fördern. Da die DKBL keine Abwälzung dieser neunprozentigen Lohnerhöhung auf die Kohlenpreise beabsichtigt, so bedeutet dies, daß die jährliche Mehrbelas-

tung etwas mehr als 100 Mill. DM beträgt, wenn man die gegenwärtig monatlich durchschnittlich zu bezahlende Lohnsumme im Steinkohlenbergbau von 110 Mill. DM zugrunde legt. Die bis dahin noch rentabel arbeitenden Gruben werden infolgedessen die geringen Erträge nun nicht mehr für Investitionszwecke zur Verfügung haben, und für die unrentablen Zechen ergibt sich eine besonders prekäre Situation, da seit Oktober 1949 keine Subventionen mehr entrichtet wurden. Um nun aber ein klares Bild der wirklich sehr unterschiedlichen Ertragslage der Zechen zu erhalten und vor allem auch die seit der letzten Enquête vom September 1948 eingetretenen Veränderungen der Kostendaten und ihre Auswirkungen feststellen zu können, hat der Bundeswirtschaftsminister eine erneute Überprüfung der Kosten- und Ertragslage für den Steinkohlenbergbau angekündigt.

Durch die immer wieder gestellten Lohnforderungen kann ferner auch die Neuordnung im Kohlenbergbau auf Grund des Gesetzes Nr. 75 sehr problematisch werden, denn bis dahin glaubte man durch die Zusammenfassung rentabler und unrentabler Zechen einen weitgehenden Kostenausgleich erreichen zu können, was aber durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften erheblich in Frage gestellt wird. Vor allem wird die Preissituation auf den internationalen Kohlenmärkten einen starken Einfluß auf die Lohnskala der Bergarbeiter ausüben, so daß es bei der momentanen Sättigung des Weltkohlenmarktes gut sein wird, keine überspitzten Lohnforderungen geltend zu machen, damit nicht eines Tages der evtl. Rückschlag allzu schwere Erschütterungen im Lohngefüge zur Folge hat.

2. Der Kohlenexportpreis

Wie bereits bei den Ausführungen über den deutschen Kohlenexport hervorgehoben wurde, liegt die Festsetzung der Kohlenexportpreise seit Kriegsende in den Händen der westlichen Alliierten. Verständlicherweise ruhte aber gerade hierin das für Deutschland so wichtige Problem der Exporterlöse, die wesentlich unter dem Weltmarktniveau festgelegt wurden. So stellte sich der durchschnittliche deutsche Kohlenexporterlös bis zum 1. Sept. 1947 auf 10,50 Dollar je Tonne, während der Weltmarktpreis sich zwischen 25 u. 30 Dollar je Tonne bewegte⁵³. Erst an diesem genannten Zeitpunkt beschloß die britisch-amerikanische Militärregierung eine 50 prozentige Erhöhung der Kohlenexportpreise vorzunehmen, was aber bei weitem noch nicht eine Anpassung an die übrigen europäischen Exportpreise bedeutete. Über die neuen Ausfuhrpreissätze der einzelnen Kohlsorten je Tonne fob deutscher Seehäfen, Rotterdam, Antwerpen oder deutscher Grenze, orientiert folgende Zusammenstellung.

⁵³ Art. „Exportpreise für Kohlen erhöht“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 47 vom 6. 9. 1947.

Kohlenexportpreise je Tonne in Dollar⁵⁴.

(Lt. Preisliste vom 1. 9. 1947.)

Förderkohle	14,50
Stückkohle	15.—
Bunkerkohle	15.—
Anthrazit (Nuß I, II u. III)	24.—
Hochofenkoks	19.—
Braunkohlenbriketts	9.—

Diese genannten Preise reduzierten sich bei Lieferungen an Frankreich, Schweiz, Belgien und Holland um 1,10 Dollar ab Duisburg und Rheinhäfen.

Als dann im Jahre 1948 die Kohlenausfuhr der Bizone sich auf 18,2 Mill. Tonnen belief und die DKBL den Gegenwert hierfür mit rd. 289 Mill. Dollar bekanntgab, errechnete sich der durchschnittliche Exportpreis je Tonne auf 15,88 Dollar. Noch etwas höher bezifferte der britische Vorsitzende der UK/US Coal Control Group, Mr. Collins, den Exporterlös, indem er denselben im Januar 1949 mit reichlich 16 Dollar je Tonne veranschlagte als Folge einer Veränderung in der Zusammensetzung der exportierten Kohlenarten⁵⁵. Wird der Exporterlös von etwas über 16 Dollar zugrunde gelegt, so ergibt die Umrechnung bei einem 30-Cents-Kurs rd. 53.— DM gegenüber dem Inlandspreis von durchschnittlich 32,50 DM je Tonne.

Obwohl der amerikanische Militärgouverneur, General Clay, für eine weitere Angleichung der Kohlenexportpreise an das Weltmarktniveau eintrat und eine Preiserhöhung für deutsche Exportkohle um durchschnittlich zwei bis drei Dollar je Tonne befürwortete (was einem jährlichen höheren Exporterlös von 40 bis 45 Mill. Dollar gleichgekommen wäre und wesentlich zur Entlastung der westdeutschen Außenhandelsbilanz beigetragen hätte), wurde diese Ankündigung von der Kohlenkontrollgruppe nicht realisiert, da die internationale Kohlenpreisentwicklung bereits eine rückläufige Tendenz anzeigte⁵⁶. Immerhin wiesen einige Steinkohlensorten der Ruhr gegenüber der gleichen britischen Kohlenqualität noch einen Preisunterschied von vier bis fünf Dollar je Tonne auf, und auch einige polnische Kohlensorten stellten sich in ähnlichem Verhältnis zur gleichen Ruhrkohlenqualität. Durch diese von den alliierten Besatzungsmächten vorgenommene deutsche Kohlenexportpreisgestaltung, die als unsichtbare Reparationsleistung angesehen

⁵⁴ Art. „Die neuen deutschen Kohlenexportpreise“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 49/50 vom 20./27. 9. 1947.

⁵⁵ Art. „Höherer Exporterlös für Kohlen“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 7 vom 22. 1. 1949.

⁵⁶ Art. „Höherer Exporterlös für Kohlen“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 7 vom 22. 1. 1949.

werden kann, wurde gegenüber den höher liegenden Weltmarktpreisen seit Kriegsende ein Mindererlös von einigen hundert Mill. Dollar errechnet, das heißt mit anderen Worten, daß nicht nur die westdeutsche Außenhandelsbilanz sich um diesen Betrag verschlechtert hatte, sondern auch die hiervon betroffenen Zechen vor schwierige finanzielle Probleme gestellt wurden, die meistens nur durch Subventionsgewährung gelöst werden konnten.

Doch trotz der im Preise niedrigeren deutschen Kohle erklärten sich die nordischen Länder auf Grund der bestehenden Dollarklausel nicht mehr in der Lage, die von der Europäischen Kohlenorganisation in Genf zugewiesenen deutsche Kohlen abzunehmen; sie waren eher bereit, die höheren Preise anderer europäischen Kohlenexportländer zu bezahlen, weil hierdurch keine Verschlechterung ihrer Dollarbilanz eintrat. Solange die Nachfrage nach deutscher Kohle bei den andern europäischen Ländern infolge der niederen Preise immer noch sehr stark anhält, kann somit von einer dadurch entstandenen Zahlungsbilanzverschlechterung nicht gesprochen werden. Auch werden jene europäischen Länder mit eigener Kohlenförderung weiterhin beträchtliche Kontingente deutscher Kohlen allein schon deshalb anfordern, weil die Ruhrkohle billiger als die eigene Inlandskohle zu erhalten ist.

Besonders von französischer Seite wurde bei der Neufestsetzung des Exportpreises im Anschluß an die Abwertung des britischen Pfundes gefordert, daß die deutschen Kohlenexporterlöse keinesfalls höher als die Inlandspreise festgelegt werden dürfen, da sonst eine diskriminierende Maßnahme vorliegen würde. Jedoch sprach man in früheren Zeiten, als auf dem internationalen Kohlenmarkte ein reger Wettbewerb unter den Kohlenexporteuren vorlag, dann von einem Dumping, wenn die Exportpreise infolge Subventionsgewährung an die Zechen oder durch Ausfuhrprämien usw. sich niedriger als die Inlandspreise stellten. Im Gegensatz zu der französischen tendiert die englische Ansicht über den deutschen Kohlenpreis eher dahin, daß die Herabsetzung des deutschen Exportkohlenpreises die immer stärker werdende britische Stellung auf dem europäischen Kohlenmarkt gefährden würde. Welchen Wert Großbritannien seinen Kohlenexportmärkten wieder zumißt, beweist die Tatsache, daß die englischen Kohlenexportpreise um den vollen 30-prozentigen Abwertungssatz gesenkt und nicht wie andere Exportgüterpreise behandelt wurden. Dadurch konnte Großbritannien erstmals seit Kriegsende billigere Kohlen als Deutschland zum Versand bringen.

Zusammenhängend mit der Abwertung des Außenkurses der Deutschen Mark verlangten die Hohen Kommissare von der westdeutschen Bundesregierung, wie im vorhergehenden Kapitel bereits kurz erwähnt wurde, entweder eine Herabsetzung der Kohlenexportpreise im Ausmaß der Abwertung oder eine entsprechende Erhöhung der Inlandspreise für Kohlen. Der erstgenannte Vorschlag, die

Senkung des Exportpreises für Ruhrkohle im Ausmaß der Abwertung — also um etwas mehr als 20 Prozent — hätte bei einem Durchschnittspreis von etwas über 16 Dollar je Tonne einen Exportpreis von nur noch rd. 12 Dollar je Tonne ergeben und letzten Endes einen jährlichen Verzicht von rd. 90 Mill. Dollar für die westdeutsche Außenhandelsbilanz bedeutet. Der Preisunterschied zu den Weltmarktpreisen wäre hierdurch nur noch größer geworden und gleichzeitig hätte diese Maßnahme die Kosten- und Ertragslage des Kohlenbergbaus ganz beträchtlich verschlechtert. Der andere von den Hochkommissaren aufgestellte Vorschlag, eine innerdeutsche Kohlenpreiserhöhung um mehr als 20 Prozent vorzunehmen, hätte hingegen zwangsläufig eine neue Preisheraufsetzung für Eisen- und Stahl erzeugnisse zur Folge gehabt und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markte sehr gefährdet. Zweifelloos hatte insbesondere Frankreich größtes Interesse daran, entweder auf dem einen oder anderen Wege gegenüber den deutschen Eisen- und Stahlerzeugnissen wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die westdeutsche Bundesregierung äußerte ihre Ansicht hierzu dahingehend, daß die Kohlenexportpreise entsprechend den einzelnen Sorten und Einfuhrländern zu variieren, also nicht generell gültige Exportpreise festzusetzen seien, wodurch jeweils eine Preis-anpassung im Verhältnis zu der in den verschiedenen Ländern vorgenommenen Abwertung erfolgt wäre.

Der deutsche Kohlenpreis wurde dann am 1. Januar 1950 in der Weise bestimmt, daß die Alliierte Kohlenkontrollgruppe eine Herabsetzung der Exportpreise um durchschnittlich 2,18 DM je Tonne festlegte und den Inlandskohlenpreis im Durchschnitt von 30 Pfennig je Tonne erhöhte. Dadurch sollte die nach alliierter Auffassung immer noch zu hohe Differenz zwischen Inlandspreis und Exporterlös wesentlich verringert werden. Allerdings bringt diese neue Preisregelung den Zechen einen beträchtlichen Mindererlös und zwar in einer Höhe von rd. 45,6 Mill. DM, wenn man einen jährlichen Kohlenexport von 20 Mill. Tonnen zugrunde legt. Nach deutscher Auffassung bewies die gleichzeitig angeordnete inländische Kohlenpreiserhöhung, wie sehr politische Momente bei der Preisfestlegung eine Rolle spielten, weshalb auch sogleich von einem politischen Kohlenpreis gesprochen wurde.

Zum Ausgleich dieses durch den neuen Kohlenexportpreis verursachten Mindererlöses, hätte der inländische Kohlenpreis dem Inlandsabsatz entsprechend auf etwa 0,70 DM und nicht 0,30 DM festgelegt werden müssen, was mit Rücksicht auf das inländische Preisniveau nicht in Frage kommen konnte. Die Preisspanne zwischen den Export- und den Inlandspreisen hat sich infolgedessen durchschnittlich von 8.— DM auf 5,46 DM je Tonne verringert⁵⁷. Zudem wurden die Frachtsätze für Kohlentransporte um 12,5 Pro-

⁵⁷ Art. „Billigere Exportkohle“, in: „Der Volkswirt“, Frankfurt a. M., Nr. 2 vom 13. 1. 1950.

zent erhöht, sodaß dadurch schließlich die Differenz eine weitere Reduzierung um etwa 1.— DM je Tonne erfuhr. Aber die Diskussion über die Exportpreise für deutsche Kohle nahm auch nach dieser erneuten Festlegung kein Ende, sondern die Verhandlungen hierüber wurden im Rat der Internationalen Ruhrbehörde fortgeführt, da besonders von amerikanischer Seite eine weitere Angleichung der Kohlenexportpreise an die Inlandspreise gefordert worden war. Nach Ansicht der westdeutschen Bundesregierung hätten dann jedoch ähnliche bestehende Doppelpreise, zum Beispiel für lothringische Minette oder schwedische Erze ebenfalls beseitigt werden müssen. Das Ergebnis der Verhandlungen bildete schließlich einen Kompromiß, demnach die Preisspanne zwischen den in der Preisliste vom 1. April 1950 festgesetzten Export- und Inlandspreisen vom 1. Juli an um 20 Prozent reduziert werden soll. Hierdurch wird die Differenz weiter um etwa 1,09 DM je Tonne Kohle verringert. Der deutsche Delegierte in der Ruhrbehörde, Vizekanzler Blücher, bezifferte den dadurch entstehenden jährlichen Mindere Erlös auf 5 Millionen Dollar, da die geforderte Angleichung der Kohlenexportpreise an die Inlandspreise insgesamt einen Ausfall von 25 Millionen Dollar pro Jahr ergeben würde⁵⁸. Der Steinkohlenbergbau wird jedoch auf die Dauer ohne staatliche Subventionen und ohne entsprechende inländische Preisveränderungen kaum solche finanziellen Einbußen ertragen können, wenn nicht sehr bald eine Kostensenkung, insbesondere durch Steigerung der Schichtleistung an die Vorkriegsziffer, ermöglicht wird.

Angesichts der veränderten Verhältnisse auf dem Kohlenmarkte muß vom Bergbau versucht werden, die Kohlenpreispolitik so elastisch wie möglich zu gestalten, damit in den Zeiten reichlichen Kohlenangebotes keine Absatzstockungen eintreten. Es bleibt jedoch zu betonen, daß Deutschland auf dem Gebiete der Kohlenverwertung nicht die freie Initiative ausüben darf und daher auch eine Verbesserung der Kohlsituation auf diesem Wege nicht realisieren kann.

Ob in absehbarer Zeit im Hinblick auf die weitgehende Sättigung des internationalen Kohlenmarktes eine enge Zusammenarbeit der europäischen Kohlenproduzenten im Sinne des großzügig gedachten Schuman-Planes zustandekommen wird, um eine zu starke evtl. eintretende Preisreduzierung auf dem internationalen Kohlenmarkte zu vermeiden, bleibt abzuwarten. Allerdings wäre eine solche Zusammenarbeit im Interesse sämtlicher europäischer Kohle fördernden Länder sehr zu begrüßen, damit nicht der internationale Wettbewerb die Weltmarktpreise für Kohle wieder unter die Selbstkosten herabdrückt. Jedoch dürfte, um auch die negative Möglichkeit hierbei zu erwähnen, eine solche europäische Kohlen-Union die Preise nicht künstlich über das Weltmarktniveau zu Lasten der Kohlenverbraucher festlegen.

⁵⁸ Art. „Kompromiß in der Ruhrbehörde“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart Nr. 57 vom 18. 7. 1950.

VII. Die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie

(Gesetz Nr. 75)

Nach der deutschen Kapitulation im Jahre 1945 wurde der Kohlenbergbau auf Grund des von der britischen Militärregierung erlassenen Gesetzes Nr. 52 beschlagnahmt. Mit Kontrollbefugnis ausgestattet, rückte an die Stelle der bisherigen Vermögenseigentümer die UK/US Coal Control Group als Treuhänder. Die alte Gliederung, wie sie bisher im Kohlenbergbau in ihrer betrieblichen Zusammensetzung bestand, blieb bis zum Erlaß des Gesetzes Nr. 75 (10. November 1948) erhalten. Doch entwickelte sich die Eisen- und Stahlindustrie vom Kohlenbergbau organisatorisch völlig abgetrennt; denn sogleich nach Kriegsende wurde durch die von der North German Iron and Steel Control eingesetzte Treuhandverwaltung eine weitgehende provisorische Entflechtung vorgenommen, die bereits eine totale Neuordnung der Montanindustrie anstrebte. Erst das Gesetz Nr. 75 gab dann ein ungefähres Bild davon, wie sich die Besatzungsmächte die einzelnen Phasen der Entflechtung und Neugruppierung der gesamten Montanindustrie vorstellten⁵⁹.

Das „Gesetz Nr. 75 der britischen und amerikanischen Militärregierung vom 10. November 1948 über die Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie“ betonte im ersten Abschnitt der Präambel, daß sich „die Militärregierung die Dezentralisation der deutschen Wirtschaft zum Ziele gesetzt hat, und zwar zu dem Zweck, die übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft zu beseitigen und das Entstehen der Fähigkeit zur Kriegführung zu verhindern“. (Anhang A zum Gesetz Nr. 75 enthält sodann die Namen von 26 Unternehmungen, „die eine übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft darstellen oder deren Fortbestand aus anderen Gründen bedenklich erscheint und welche daher einer Umgestaltung im Rahmen von Verordnung Nr. 78 der britischen Militärregierung — Verbot einer übermäßigen Konzentration der deutschen Wirtschaft — unterstehen“. Dieser Verordnung unterworfen sind u. a.: Vereinigte Stahlwerke, Friedr. Krupp, Mannesmannröhren - Werke, Klöckner - Werke, Hoesch AG., Otto Wolff, Gutehoffnungshütte Oberhausen, Ilseder Hütte, Reichswerke-Konzern, Flick - Konzern, Thyssen-Bornemisza-Gruppe, Stinnes-Konzern, Rheinisch - Westfälisches Kohlen - Syndikat, Rheinisches Braunkohlen-Syndikat, Kohlenkontor Weyhenmeyer, Kohlenwertstoff AG. usw.)

„Die Militärregierung hat beschlossen, in den genannten Zweigen der Wirtschaft die Wiederherstellung von Eigentumsverhältnissen, aus denen sich eine übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft

⁵⁹ Vgl. Anhang: Gesetz Nr. 75, S. 97 ff.

ergeben würde, nicht zuzulassen und nicht zu gestatten, daß ein Förderer der Angriffspläne der Nationalsozialistischen Partei in eine Stellung zurückkehrt, in der ihm Eigentums- und Kontrollrechte zustehen würden. Die Militärgouverneure und Oberbefehlshaber der britischen und der amerikanischen Besatzungszone sind sich über die in ihren Zonen zu diesem Behuf zu ergreifenden Maßnahmen einig geworden“.

Mit Hilfe dieses Gesetzes sollten also zunächst die alten noch bestehenden Konzernverflechtungen aufgehoben und eine vollkommene Neuordnung der ganzen Montanindustrie in die Wege geleitet werden mit dem Ziel, die ökonomische Machtstellung des Ruhrgebietes, vor allem in der Schwerindustrie, bedeutend einzuschränken und eine erneute Kartellisierung zu verhindern. Das Gesetz Nr. 75 sagte aber noch nichts darüber aus, wie die endgültige Neugruppierung aussehen und wie schließlich die Besitzfrage geregelt werden sollte. Lediglich in der Präambel dieses Gesetzes wurde bemerkt, daß „die endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie einer aus freien Wahlen hervorgegangenen, den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringenden deutschen Regierung zu überlassen“ sei.

Die neuen Gesetzesbestimmungen betrafen jedoch nicht jene Unternehmen, „deren Gesellschaftskapital vor dem 1. September 1939 sich zu mehr als der Hälfte im Eigentum von Staatsangehörigen der Vereinten Nationen befand“. So z. B. Eschweiler Bergwerksverein (Luxemburg) und Bergwerksgesellschaft Dahlbusch (Belgien).

Deutscherseits begrüßte man insbesondere Artikel II, Ziffer 5, des Gesetzes, worin die Militärregierung anordnete, daß die beschlagnahmten Vermögenswerte den „nach deutschem Recht zu gründenden Gesellschaften übertragen und zu Eigentum überlassen“ seien. „Die Gründer und Anteilseigner dieser Gesellschaften müssen Personen deutscher Staatsangehörigkeit sein, die nach Beratung mit den zuständigen deutschen Stellen von der Militärregierung oder mit deren Ermächtigung hierzu bestimmt werden. Die so bestimmten Personen führen die Bezeichnung Treuhänder und verwalten die ihnen zugeteilten Anteilsrechte an den Gesellschaften für die Eigentümer der unter diesen Artikel fallenden Kohlenbergwerke und angegliederten Betriebe nach den Ausführungsverordnungen und Anordnungen der Militärregierung“.

Etwa drei bis fünf Treuhänder sollen den einzelnen Gesellschaften zugeteilt werden, die dem Gesetzestext entsprechend die Eigentümerfunktion ausüben dürfen, aber keinesfalls sind sie berechtigt, Gewinne zu verteilen oder über die Aktien oder das Kapital zu verfügen. Sowohl die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung als auch die beiden untergeordneten Tochtergesellschaften „Deutscher Kohlenverkauf“ (DKV) und „Bergbaubeschaffungszentrale“ (BBZ) werden in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Aktien der Deutschen

Kohlenbergbau-Leitung bleiben im Besitz der Militärregierungen, während die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung jene von DKV und BBZ erhält. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der DKBL bestellt die Militärregierung aus den Reihen der Treuhänder der neuen Kohlenbergbaugesellschaften.

Bei der erwähnten Errichtung neuer Gesellschaften bestand zunächst die Absicht, im Rahmen des neuen Gesetzes eine vertikale Neugliederung von Kohle und Eisen wenn möglich zu vermeiden, also die Bergbauunternehmungen von der Eisen- und Stahlindustrie zu trennen. Nur in solchen Fällen könnten Ausnahmen gestattet werden, wo von der Eisen- und Stahlindustrie der Nachweis einer Notwendigkeit der vertikalen Gliederung erbracht werden kann⁶⁰. Aber gerade die vom technischen und finanziellen Aspekt bevorzugte Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen vermochte bis dahin der Ruhrindustrie eine sehr günstige wettbewerbsfähige Stellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Obwohl gelegentlich, je nach der konjunkturellen Lage, der Kohlenbergbau nicht für eine betriebliche Verbindung von Kohle und Eisen eingetreten ist, so überwiegen immerhin auf lange Sicht gesehen die Vorzüge der vertikalen Gliederung das Horizontalprinzip, welches nur gleichartige Betriebe vereinigen möchte, also eine Trennung von Zeche und Hüttenwerk befürwortet. Nach der Veröffentlichung des Gesetzes Nr. 75 traten die Kohlenkontrollgruppe, die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung und die Industriegewerkschaft Bergbau entschieden für dieses Horizontalprinzip ein; nur in Ausnahmefällen, wo eine unmittelbare Verbindung von Zeche und Hüttenwerk besteht, könne von einer Loslösung abgesehen werden. Die Eisen- und Stahlindustrie sollte demzufolge ihre Kohlenbezüge auf vertraglicher Basis sichern. Dieser Vorschlag stieß bei der Eisen- und Stahlindustrie auf sehr harten Widerstand, weil vor allem hüttentechnische und organisatorische Argumente sich sehr dagegen aussprachen. Die Neigung des Kohlenbergbaus, dem Horizontalprinzip den Vorzug zu geben, war vor allem auf die schlechte Kosten- und Ertragslage der Eisenindustrie zurückzuführen; denn dieselbe durfte aus politischen Gründen relativ nicht in dem Ausmaß wie der Bergbau Preiserhöhungen vornehmen. Gerade durch die Erhöhungen der Kohlenpreise verschlechterte sich die Kostensituation der Eisenindustrie zusehends. Die Eisenindustrie versucht daher durch Produktionsausdehnung so bald wie möglich eine Kostenregression zu erreichen. Einer evtl. Preisheraufsetzung der Eisenprodukte sind aber sehr enge Grenzen durch die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesetzt und deshalb bleibt die enge Verbundwirtschaft als jene Lösung anzusehen, die einerseits eine volkswirtschaftliche Höchstleistung ermöglicht und andererseits den Vorzug einer günstigen kostenmäßigen Auswirkung aufzuweisen hat. Auf längere Sicht

⁶⁰ Art. „Umstrittene Verbundwirtschaft Kohle—Eisen“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 6 vom 11. 2. 1949.

gesehen werden sich sonst die aus ihrem bisherigen Konzernzusammenhang herausgelösten Unternehmen finanziell kaum selbständig erhalten können.

Außerdem muß in diesem Zusammenhang beachtet werden, daß, wenn die allgemeine europäische Aufwärtsentwicklung der Kohlenförderung weiterhin anhält, der Ruhrbergbau sehr bald wiederum größten Wert auf eine dauernde reichliche Kohlenabnahme der inländischen Hütten- und Stahlwerke legen wird, da nicht weniger als 35 % des inländischen Ruhrkohlenverbrauchs des Jahres 1936 auf die Eisen- und Metallgewinnung und -verarbeitung entfielen⁶¹.

Wie letzten Endes der Ausgleich zwischen den Forderungen des Kohlenbergbaus und denen der Eisen- und Stahlindustrie in einer beide Seiten zufriedenstellenden Form aussehen wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Doch bleibt zu hoffen, daß schließlich der betriebstechnische und wirtschaftliche Vorzug, den die Ruhrindustrie infolge der engen Verbundwirtschaft bisher aufzuweisen hatte, im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft auch weiterhin erhalten bleibt.

Die Militärregierung wird wahrscheinlich nun das Ausmaß der vertikalen Neugliederung in der Schwerindustrie so begrenzen, daß die Wirtschaftlichkeit gerade noch gesichert und eine einigermaßen günstige Wettbewerbsgrundlage aufrecht erhalten werden kann. Dabei sollte nicht nur ein gesundes Mischungsverhältnis zwischen den mit Gewinn oder Verlust arbeitenden Zechen gefunden, sondern auch ein in diesem Sinne wirkender ausgleichender Zusammenschluß mit der Eisen- und Stahlindustrie erreicht werden.

Bei der Umgestaltung des westdeutschen Kohlenbergbaus nach dem Gesetz Nr. 75 bestellte die Vereinigte Kohlenkontrollgruppe einen Ausschuß von sieben deutschen Mitgliedern unter dem Vorsitz von Generaldirektor Dr. Vits zur Beratung in rechtlichen und finanziellen Fragen. Nachdem die Vereinigte Kohlenkontrollgruppe aber die DKBL im Juni 1949 mit der Ausarbeitung der Reorganisationspläne beauftragt hatte, wurde die Tätigkeit des Vits-Ausschusses für beendet erklärt. Herr Dr. Vits übergab der DKBL einen umfangreichen Schlußbericht, sowie sein gesamtes Arbeitsmaterial zur Auswertung der wertvollen Vorarbeiten. Der Bericht enthielt u. a. die Stellungnahmen zu den Entwürfen von Verordnungen der Militärregierung, ferner alle der Militärregierung vorgeschlagenen Anordnungsentwürfe und eingehende Untersuchungen über die stufenweise Überleitung des Bergbauvermögens an die neu zu bildenden Gesellschaften. Auch das zu den wichtigsten Fragen der gesamten Neuorganisation des Bergbaus gehörende Bewertungsproblem wurde darin behandelt. Nach Auflösung des Vits-Ausschusses teilte die Kohlenkontrollgruppe der DKBL mit, daß sie

⁶¹ Art. „Der vertikale Aufbau von Kohle und Eisen“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 7 vom 18. 2. 1949.

auch weiterhin die Mitarbeit und die Erfahrungen dieses Ausschusses in Anspruch nehmen kann.

Die DKBL soll unter Hinzuziehung ihres Beirates, der sich paritätisch aus Vertretern des Bergbaus und der Gewerkschaften zusammensetzt, in enger Verbindung mit dem Stahltruhandverband die Pläne für die Umgestaltung des Kohlenbergbaus nach den Bestimmungen und im Rahmen des Gesetzes Nr. 75 so bald wie möglich der alliierten Combined Coal Control Group (CCCCG) zur Genehmigung oder Abänderung durch die Militärregierung vorlegen. Zur Behandlung von Einzelfragen beauftragte die DKBL im Einvernehmen mit den Gewerkschaften nicht eine dem Stahltruhandverband ähnliche Kohlenorganisation, sondern ein aus sieben Sachverständigen-Ausschüssen bestehendes Gremium, in dem auch Vertreter des kurz zuvor aufgelösten Vits-Ausschusses mitwirken. Jeder dieser Ausschüsse umfaßt mit Ausnahme des größten Ausschusses für bergmännische Fragen, sechs bis acht Mitglieder; unter ihnen befinden sich je zwei Vertreter der Gewerkschaften. Für diese Ausschüsse wurde ein Sekretariat unter der gemeinsamen Leitung eines Vertreters der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung und der Gewerkschaften errichtet. Die laufenden Arbeitsergebnisse der einzelnen Ausschüsse sind unmittelbar an die DKBL zu berichten, wo über die Vorschläge mit dem Beirat zusammen abgestimmt wird, ehe eine Weiterleitung an die Kohlenkontrollgruppe erfolgt. Nach dem Willen der Militärregierung ist die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung verpflichtet, unbedingte Diskretion über die Zwischenergebnisse der Vorarbeiten zur Neuordnung des Bergbaus zu wahren. Bei den Erläuterungen der Kompetenzfragen bestimmte die alliierte Kohlenkontrollgruppe, daß dem Kohlen-Beirat aber kein Einspruchsrecht gegen die Reorganisationspläne zusteht, sondern es wurde ihm lediglich eine beratende Funktion zuerkannt. Das heißt allerdings keineswegs, daß dem Beirat jede Einflußmöglichkeit genommen ist, zumal bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der DKBL und den Gewerkschaften von beiden Seiten der Kohlenkontrollgruppe entsprechende Berichte zu gestellt werden sollen. Nur die im Auftrage der Militärregierung amtierende Vereinigte Kohlenkontrollgruppe selbst besitzt ein Vetorecht gegenüber den von der DKBL ausgearbeiteten Plänen.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß es gar nicht so einfach ist, die Ansichten der DKBL und der Industrie-Gewerkschaft Bergbau bezüglich der Neuordnung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, da gewisse Machtfragen mit ihren politischen Konsequenzen oftmals die gewünschte Zusammenarbeit sehr erschweren. Die Gewerkschaften fordern auch beim Kohlenbergbau mindestens eine gleiche Machtposition, wie sie sie beim Stahltruhandverband erreicht haben. Die Industrie-Gewerkschaft Bergbau drohte bereits mit ihrem Ausscheiden aus der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung und mit anderen Maßnahmen, die ihr zur Erreichung ihres Zieles geeignet erscheinen, falls ihr nicht einige wichtige Schlüsselstellun-

gen bei der Besetzung von Aufsichtsrats- und Vorstandsposten eingeräumt werden und eine entscheidende Mitbestimmung in sämtlichen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Angelegenheiten gewährleistet wird. Das immer stärker werdende Streben der Gewerkschaften, einen nachhaltigen Einfluß auf die Neuordnung der Montanwirtschaft zu gewinnen, könnte aber in nicht allzu ferner Zukunft eine gewaltige machtmäßige Umschichtung zur Folge haben, da die Gewerkschaftsposition mindestens ebenso stark zu werden droht wie jene der Konzerne und Kartelle, die man durch das Gesetz Nr. 75 zu entmachten versucht. Diese kurzgefaßten Ausführungen über die Stellung der Gewerkschaften zu der DKBL bzw. der Montanneuordnung zeigen ziemlich klar die Schwierigkeiten, die sich bei der Behandlung dieses ganzen Fragenkomplexes allein schon intern ergeben, ganz abgesehen von der Möglichkeit des Veto-rechtes, das sich die Militärregierung hinsichtlich der auszuarbeitenden Pläne vorbehalten hat.

Auf Grund der bis zu diesem Zeitpunkt abgehaltenen Besprechungen zwischen der Kohlenkontrollgruppe und der DKBL bestand der Plan, die 41 bestehenden Kohlengesellschaften des Ruhrgebietes in 15 neue selbständige Zechengruppen aufzuteilen⁶². Ursprünglich sah die DKBL eine größere Zahl von selbständigen Zechengruppen im Ruhrgebiet für zweckmäßig an und zwar dachte man an die Errichtung von 22 neuen Bergbauunternehmungen. Die Kohlenkontrollgruppe betonte jedoch ausdrücklich, daß der alte Reorganisationsplan für die DKBL nicht mehr verbindlich sei und daß sie also ungeachtet der früheren Vereinbarungen über die Bildung von 15 neuen Zechengruppen ihre weitere Vorbereitungstätigkeit durchführen kann.

Kaum ein Jahr nach der Veröffentlichung des Gesetzes Nr. 75 sprach man in alliierten Kreisen bereits von einer bevorstehenden Revision des Entwurfes, zumal Frankreich die bisherige Fassung nicht anerkannt hatte, aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage näher dargelegt werden. Ebenso wünschten die Vereinigten Staaten eine Abänderung des Artikels 5 des Gesetzes, dessen Inhalt dahingehend lautet, daß „beschlagnahmte und übertragene Vermögenswerte von allen auf ihnen lastenden Rechten Dritter und sonstigen Belastungen befreit“ werden. In der beantragten Abänderung sollten nun die Rechte der Gläubiger und Aktionäre berücksichtigt werden und Gläubiger und Aktionäre in irgendeiner noch zu bestimmenden Form eine Entschädigung erhalten.

Nach monatelangen Beratungen hat am 16. Mai 1950 die alliierte Hohe Kommission das Gesetz Nr. 27 veröffentlicht, welches nunmehr an die Stelle des bisherigen Gesetzes Nr. 75 der britischen und amerikanischen Militärregierung getreten ist und auch für das fran-

⁶² Art. „Neue Phase der Bergbau-Umgestaltung“, in: „Handelsblatt“, Düsseldorf, Nr. 53 vom 8. 7. 1949.

zösische Besatzungsgebiet Geltung besitzen soll. Bis dahin war die französische Zone den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 75 nicht unterworfen; dieses Gesetz fand lediglich Anwendung im britisch-amerikanischen Besatzungsbereich.

Die Präambel des Gesetzes Nr. 27 spricht wie das Gesetz Nr. 75 von der Beseitigung übermäßiger Konzentration wirtschaftlicher Macht und von der Verhinderung der Entwicklung eines Kriegspotentials. Wie bisher werden durch das neue Gesetz Nr. 27 etwa 90 bis 95 Prozent der westdeutschen Montanindustrie unter Kontrolle der alliierten Hohen Kommission gestellt. In fünf dem Gesetz beigegefügt Listen wurden die Werke namentlich genannt und zwar in verschiedene Gruppen eingeteilt⁶³. Die Liste A enthält die Namen von dreizehn Konzernen, die grundsätzlich aufgelöst und reorganisiert werden müssen. Hierher gehören u. a. die Vereinigten Stahlwerke, Friedr. Krupp, Mannesmannröhren-Werke, Klöckner-Werke, Hoesch AG., Otto Wolff, die Gutehoffnungshütte in Oberhausen, die Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter, der Flick-Komplex, das Kohlenkontor Weyhenmeyer und noch einige andere Kohlenhandelsgesellschaften. In Liste B wurden zehn Kohlensyndikate, Kohlenhandels- und Verkaufsgesellschaften aufgeführt, deren Liquidation bereits eingeleitet worden ist, so u. a. das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat und das Rheinische Braunkohlen-Syndikat. Die in der Liste C enthaltenen 42 Namen von Elektrizitätsgesellschaften, Eisenwerken, Zechen und chemischen Unternehmen werden nur unter folgenden Voraussetzungen in die Umgestaltungspläne einbezogen:

- a) Wenn es sich um Anlagen handelt, die gegenwärtig von einer Gesellschaft betrieben werden, die im Anhang D (Liste der bereits entflochtenen Eisenwerke) aufgeführt ist, oder
- b) diese Vermögenswerte bereits auf Grund anderer Rechtsvorschriften als nationalsozialistisches Vermögen eingezogen worden sind, oder
- c) die Berechtigten sich mit der Einbeziehung des Unternehmens oder der Vermögensgegenstände in einen auf Grund dieses Gesetzes aufgestellten Umgestaltungsplan einverstanden erklären, oder
- d) die Alliierte Hohe Kommission feststellt, daß sich die Einbeziehung des Unternehmens oder der Vermögensgegenstände in einem auf Grund des Gesetzes aufgestellten Umgestaltungsplan zur Erreichung der Zwecke des Gesetzes als notwendig erwiesen hat.

Auf der Liste D stehen die Namen von 24 bereits entflochtenen Hütten-, Stahl- und Eisenwerken, deren Umgestaltungspläne von dem Stahltreuhandverband ausgearbeitet und der Hohen Kommission vorgelegt werden müssen. Bei den in der Liste E genannten drei Werken, nämlich Ilseder Hütte, Thyssen-Bornemisza-Komplex und Stinnes-Komplex soll von der alliierten Hohen Kommission

⁶³ Art. „Montanreform unter neuem Gesetz“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 41 vom 24. 5. 1950.

noch nachgeprüft werden, ob sie eine übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht darstellen.

Das Gesetz Nr. 27 spricht sich auch nicht gegen eine organisch gewachsene Verbundwirtschaft aus, sodaß die neu zu bildenden „Einheitsgesellschaften“, wie sie das Gesetz bezeichnet, auf einer wettbewerbsfähigen Basis errichtet werden können.

Der Artikel 5 des Gesetzes Nr. 75 bezüglich der Ansprüche der bisherigen Eigentümer wurde gleichfalls einer Revision unterzogen; darüber sind im nächstfolgenden Kapitel Einzelheiten zu finden.

Die Durchführung der im neuen Gesetz verankerten Bestimmungen liegt in den Händen der alliierten Kohlen- und Stahlkontrollgruppe, die mit der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung und dem Stahltreuhandverband zusammenzuarbeiten hat.

Allerdings stellt sich nach der Veröffentlichung des Schuman-Planes die Frage, inwieweit das Gesetz Nr. 27 mit diesem großzügigen Projekt in Übereinstimmung gebracht werden kann, da die deutsche Montanindustrie nach diesem Plan eine gleichberechtigte Behandlung wie die französische erfahren soll. Demzufolge müßte dann die gesamte Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie in den deutschen Kompetenzbereich gelegt werden, ohne daß die alliierten Militärregierungen durch Anordnungen das deutsche Mitspracherecht begrenzen oder vollkommen ausschalten können.

Die angeordnete Entflechtung der Montanindustrie brachte bis heute sehr viele offene Fragen betriebswirtschaftlicher, technischer, finanzieller und steuerlicher Art zum Vorschein, die immer noch nicht geklärt wurden, obgleich die Organisation der neuen Betriebs-einheiten im Interesse der gesamten Montanindustrie möglichst schnell vor sich gehen sollte. Bisher fiel weder eine Entscheidung über die Größe der neu zu bildenden Betriebszusammenschlüsse noch über deren Eigentumsverhältnisse. Immer noch verfügen die alliierten Kontrollorgane und Treuhänder über Kohle und Stahl. Wie lange die Beseitigung dieses Schwebezustandes noch auf sich warten läßt, hängt von so vielen teils unberechenbaren wirtschaftlichen und politischen Faktoren ab, die alle von den verschiedenen Arbeitsausschüssen berücksichtigt werden müssen. Aus diesem Grunde sind brauchbare Ergebnisse sehr schwer zu erzielen und nehmen verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch.

VIII. Das Problem des zukünftigen Eigentumsrechtes an Ruhrbergbau und Stahlwerken

Wie schon im vorhergehenden Kapitel gezeigt wurde, legten die Alliierten bei Kriegsende in allererster Linie größten Wert auf die vollkommene Ausschaltung des im Ruhrgebiet konzentrierten deutschen Waffenarsenals, um künftig im Interesse der europäischen Sicherheit eine deutsche Wiederaufrüstung und eine erneute Aggres-

sion unmöglich zu machen. Von der Beschlagnahmung und Eigentumskontrolle ausgehend, führte der Weg zur Entflechtung der Montanindustrie und zur Einsetzung von deutschen Treuhändern, deren Kompetenzen und Funktionen, wie bereits schon erwähnt, von den Alliierten äußerst begrenzt wurden. Dies lag aber nicht allein daran, daß die Besatzungsmächte immer noch nicht bedeutende Entscheidungen in deutsche Hände legen wollten, sondern die verschiedenen alliierten Ansichten, wirtschaftlicher und politischer Art, liefen oft sehr weit auseinander und dieser Umstand trug wesentlich zur Verlängerung des Schwebezustandes bei. Besonders in der Frage des Eigentumsrechtes an den Gruben und Stahlwerken des Ruhrgebietes machte sich das deutlich erkennbar.

Zunächst drehte es sich um die Frage, ob eine internationale Kontrolle des Ruhrgebietes vorgenommen werden solle oder ob das Eigentumsrecht an der Ruhrindustrie wieder in die Hände deutscher Stellen zu legen sei. Für eine internationale Kontrolle trat mit Rücksicht auf seine Sicherheit vor allem Frankreich ein und man dachte sich dabei die Internationalisierung so, daß eine territoriale Abtrennung des Ruhrgebietes zu erfolgen habe und in diesem von Deutschland losgelösten Separatstaat eine internationale Kontrolle durchgeführt werden müsse. Demgegenüber befürworteten die Engländer lediglich eine wirtschaftliche Internationalisierung, bei der zwar die Verteilung kontrolliert, aber die Produktion unter deutscher und nicht internationaler Leitung (wie dies Frankreich wünschte) vor sich zu gehen habe. Auch die Vereinigten Staaten lehnten die Schaffung eines Separatstaates ab und gingen insofern noch einen Schritt weiter, als sie auch die internationale Leitung der Verteilung ablehnten und sich allein auf eine generelle internationale Kontrolle zu beschränken gedachten. Man wollte dadurch Deutschland eine möglichst weitgehende freie Entfaltungsmöglichkeit bieten, von der sich die Vertreter der USA mehr versprachen als von einer internationalen Instanz, die unbedingt negative Erscheinungen in der Produktionsleistung der Ruhrindustrie zur Folge haben würde. Insbesondere wich aber die amerikanische Ansicht in der Frage der künftigen Besitzregelung ganz beträchtlich von der britischen ab, da die Amerikaner für die Erhaltung des Privateigentums eintraten, während die Engländer eine Sozialisierung der Ruhrindustrie befürworteten. Schließlich konnte zwischen der amerikanischen und britischen Regierung eine Einigung erzielt werden; die endgültige Entscheidung der Eigentumsfrage von Kohle und Stahl sollte, wie dies die Präambel des Gesetzes Nr. 75 zum Ausdruck brachte, einer frei gewählten deutschen Regierung überlassen bleiben. Dagegen wandte sich ein französischer Einspruch, der es entschieden ablehnte, Deutschland allein die Entscheidung in dieser wichtigen Frage zu übertragen, da dieses Problem nur in Übereinstimmung mit den interessierten Mächten — insbesondere auch den Beneluxländern — gelöst werden könne. Wenn aber schon Deutschland die Regelung der Eigentumsverhältnisse zugestanden

werde, so hätte nach französischer Meinung mindestens ein alliiertes Vetorecht innerhalb des Gesetzes Nr. 75 die Möglichkeit offen lassen müssen, bei einer evtl. Verstaatlichung, die eine verstärkte Konzentration wirtschaftlicher Macht verursache, jederzeit eingreifen zu können. Der amerikanische und britische Hohe Kommissar beharrten jedoch auf ihrer Ansicht, weil die alliierte Kontrolle der europäischen Sicherheit weiterhin noch ausreichend durchgeführt werden würde, und das Ruhrgebiet also keinesfalls in der Lage wäre, ohne ihr Wissen Kriegsmaterial herzustellen. Nur wenn Deutschland die Kohlen- und Verhüttungsbetriebe des Ruhrgebietes besitzt und selbst leitet, so wurde von anglo-amerikanischer Seite argumentiert, kann die erhoffte Produktionsleistung erwartet werden, die Westeuropa für den wirtschaftlichen Wiederaufbau benötigt; darum müsse dem Ruhrgebiet eine großzügige Entfaltungsmöglichkeit für friedliche Produktionszwecke zugebilligt werden, wobei alliierterseits dafür gesorgt wird, daß die westeuropäischen Länder einen für Deutschland tragbaren Anteil an Ruhrkohle und Ruhrstahl erhalten.

Da somit die Entscheidung in der Frage des Eigentumsrechtes in den deutschen Kompetenzbereich gelegt worden ist, müssen die Deutsche Bundesregierung und das Bundesparlament dieses bedeutsame Problem überprüfen und zu einem Beschluß kommen, ob künftig für den Ruhrbergbau die private Unternehmungsform oder die Sozialisierung vorzuziehen ist. Bereits am 6. August 1948 nahm der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen — „vorbehaltlich einer späteren reichseinheitlichen Lösung“ — einen Gesetzesentwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus an, der festlegte, daß „die Bodenschätze an Stein- und Braunkohle Eigentum des Landes“ seien und mit Inkrafttreten dieses Gesetzes „bestehende Rechte Dritter an ihnen erlöschen“. Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredelung der Kohlen und der Absatz stehen ausschließlich einer dafür errichteten Körperschaft des öffentlichen Rechts „Selbstverwaltung Kohle“ zu, die unter der Aufsicht der Landesregierung arbeitet. Als oberstes beschließendes Organ der „Selbstverwaltung Kohle“ soll ein „Kohlenrat“, bestehend aus 30 Mitgliedern, insbesondere des Landtags und der Gewerkschaften eingesetzt werden ⁶⁴.

Der britische Militärgouverneur von Nordrhein-Westfalen lehnte jedoch diesen Gesetzesentwurf ab, weil die Entscheidung über eine Sozialisierung des deutschen Kohlenbergbaus nicht durch eines der deutschen Länder allein getroffen werden könne, auch wenn in diesem Land die meiste Kohle Deutschlands konzentriert ist. Die Kohlengruben seien „nationales Vermögen des deutschen Volkes“ und darum müsse diese Frage einer gesamtdeutschen Entscheidung vorbehalten bleiben ⁶⁵.

⁶⁴ Art. „Um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 10/11 vom 15. 6. 1948.

⁶⁵ Art. „Sozialisierung abgelehnt“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 36 vom 3. 9. 1948.

Bei diesem vom Landtag Nordrhein-Westfalen vorgelegten Sozialisierungsgesetz stand ein rein politischer Aspekt im Vordergrund; denn auf eine nähere Überprüfung der Produktivitätsverhältnisse bei eingeschränkter oder gar wegfallender Unternehmerinitiative wurde verzichtet.

Einstweilen ist das von der Militärregierung erlassene Gesetz Nr. 52 über die Beschlagnahme des Kohlenbergbaus immer noch in Kraft und so bleibt das vom Landtag Nordrhein-Westfalen entworfene Bergbausoetzialisierungsgesetz zunächst gegenstandslos. Doch dürfte es in der bisherigen Fassung höchstwahrscheinlich auch dann nicht angenommen werden, wenn evtl. zu gegebener Zeit die Sozialisierung des Kohlenbergbaus von der Deutschen Bundesregierung und dem Bundesparlament befürwortet werden sollte. Diesem Gesetzesentwurf nach würde nämlich außer den Bergbaukonzernen auch der Kohlengroßhandel sozialisiert werden, was bestimmt nicht im Sinne der im Gesetz Nr. 75 angeordneten Entflechtungsaktion liegen kann.

Die an der Sozialisierung des Ruhrbergbaus besonders interessierten Kreise hat die ablehnende Haltung des britischen Militärgouverneurs enttäuscht, da sich bekanntlich gerade England dafür eingesetzt hatte, daß die Sozialisierung des deutschen Kohlenbergbaus so bald als möglich realisiert werde.

Zu Gunsten einer Sozialisierung wird als Argument hervorgehoben, daß unter allen Umständen die Rückgabe des Eigentums an der Ruhrindustrie an solche private Kohle- und Stahlbeherrscher vermieden werden muß, welche früher die Politik des Dritten Reiches mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt haben. Gleichzeitig wiesen die deutschen Befürworter des Sozialisierungsplanes auch mit Nachdruck auf die Möglichkeit des Eindringens ausländischen Kapitals hin, falls der deutsche Kohlenbergbau dem fremden Zugriff nicht durch Sozialisierung entzogen werde. Oftmals werden für die Verstaatlichung der Kohlengruben auch rein wirtschaftliche Gründe angeführt. Man betont, daß die Konzentration eine rationellere und billigere Produktion gestatte, als dies bei den aufgesplitterten und technisch teilweise mangelhaft ausgerüsteten Gruben der Fall ist. Außerdem könne ein unter privater Leitung stehendes Kohlenbergwerk bei starker Konkurrenz nur die mächtigeren Kohlenflöze abbauen, während die schwächeren aus Kostengründen unberührt bleiben und daher volkswirtschaftlich gesehen verloren gehen. Gerade in Zeiten großen Kohlenmangels müsse aber auch auf die Ausbeutung der schwächeren Kohlenflöze größter Wert gelegt werden und keinesfalls dürfe in diesem Falle der kostenmäßig günstigere Raubbau den Vorzug erhalten. Aber auch in der Übergangssituation, von Kohlenmangel zum Überfluß, in der sich momentan der Kohlenbergbau befindet, sei eine Verstaatlichung nicht abzulehnen, weil nunmehr einerseits durch das größere Kohlenangebot eine Preistendenz nach unten sich bemerkbar macht und andererseits der Ruhrbergbau vor die technische Notwendigkeit ge-

stellt ist, die Kohlenschächte in immer größere Tiefen zu verlegen, wodurch die Kohलगewinnung immer größere Kosten verursacht. Der Staat vermag eher, so wird weiter argumentiert, diese Verluste auf sich zu nehmen und mit Hilfe von Subventionen den Ausgleich weitgehend wiederherzustellen.

Die Anhänger der privaten Unternehmungsform wollen gerade an diesem Punkt auf die erfahrungsgemäße Tatsache hinweisen, daß sozialisierte Betriebe größere Verluste zu verzeichnen haben als die privaten und daß diese Verluste schließlich von den Steuerzahlern abgedeckt werden müssen. Der selbständige, erfahrene und qualifizierte Unternehmer dagegen werde den Bergbau und die gesamte hochentwickelte Industriewirtschaft mit Erfolg über auftretende finanzielle Schwierigkeiten hinwegführen, ohne daß auf die Dauer wie beim Staatsbetrieb solch enorme Subventionssummen erforderlich seien. Vor allem aber werden die freie Initiative der Unternehmer, die schnelle Entschlußfähigkeit und die Verantwortungsbereitschaft als die entscheidendsten Argumente gegen eine Verstaatlichung vorgebracht. Man bezeichnet den Staatsbetrieb geradezu als unbeweglich und erklärt, daß er dank seiner Schwerfälligkeit und Umständlichkeit den jeweiligen wirtschaftlichen Erfordernissen nicht gerecht werden könne. Dabei wird auf die verstaatlichte Kohlenindustrie in Großbritannien hingewiesen, wo innerhalb der einzelnen Verwaltungsstufen nicht rasch und entscheidend gehandelt werden kann, weil die Kompetenzen hierzu fehlen. Oftmals müssen dort Fragen, die vor der Verstaatlichung ohne weiteres von den leitenden Direktoren der Gesellschaft entschieden werden konnten, den Kommissionen zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Zweifellos treten dadurch erhebliche Verzögerungen ein, die unter Umständen in der Praxis zu sehr unliebsamen Konsequenzen führen können. Die Ergebnisse des britischen Kohlenbergbaus seit der Verstaatlichung sind nach Ansicht der Sozialisierungsgegner nicht gerade dazu angetan, Deutschland zu einer Sozialisierung des Ruhrbergbaus zu ermutigen⁶⁶. Offensichtlich geben aber auch die Leistungsfähigkeit und die sozialen Einrichtungen des Ruhrbergbaus nicht den gleichen Anlaß zur Befürwortung der Verstaatlichungspläne wie seinerzeit in England.

Nicht zuletzt sind hier auch noch die französischen Bedenken bezüglich einer Verstaatlichung der Kohlenindustrie zu erwähnen. Die Gefahr einer neuen Machtzusammenballung, welche die alliierte Politik bisher mit allen Mitteln zu verhindern suchte, würde der französischen Meinung nach dadurch in unmittelbare Nähe rücken. Außerdem würden die Sozialisierungspläne auf ausländische Kapitalgeber nicht gerade eine besondere Anziehungskraft ausüben, und man wird deshalb auch von diesem Gesichtspunkt aus die Sozialisierungsfrage zu überprüfen haben, zumal man im Ruhrgebiet beson-

⁶⁶ Art. „Schattenseiten der Verstaatlichung“ — Erfahrungen im englischen Kohlenbergbau —, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 1 vom 1. 1. 1949.

ders mit der amerikanischen Geldquelle für die Zukunft rechnen können möchte.

Sollte sich aber über das Bundesparlament der Sozialisierungsgedanke in Deutschland schließlich doch durchsetzen, dann gilt es zu entscheiden, ob die Sozialisierung zu Gunsten des Staates oder zu Gunsten einer Genossenschaft vorgenommen werden soll. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich Deutschland nach den bitteren Erfahrungen mit der Macht des modernen Staates, die es hinter sich hat, für eine Verstaatlichung des Ruhrkohlenbergbaus entscheidet. Eher dürfte evtl. eine Vergenossenschaftlichung Anklang finden, bei der Produzenten und Konsumenten eine Gesamtheit bilden und die Verwaltung der betreffenden Unternehmen in Händen haben. Die Gewerkschaften betonten bereits, daß ihnen dann bei dem Verwaltungsaufbau ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht einzuräumen sei.

Aus der Fülle der Publikationen zu dieser sehr bedeutsamen Frage sei nun die Schrift Alfred Webers „Sozialisierung zugleich als Friedenssicherung“ erwähnt⁶⁷, worin er eine „freikorporative Sozialisierung“ vorschlug, „die in sehr vielen verschiedenen Formen denkbar ist, die aber in jeder ihrer Formen — das sei das Entscheidende — den Alliierten eine leicht und ohne Druck ausführbare ganz sichere Kontrolle, so weitgehend wie sie nur wollen, und so dauernd, wie sie es wünschen, gestattet und die auf der anderen Seite den Massen nicht Staatsver knechtung, sondern jede praktisch mögliche sozialistische Befreiung bietet“. Wie Alfred Weber sich die Form dieser „freikorporativen Sozialisierung“ vorstellt, zeigen in großen Umrissen seine folgenden Ausführungen:

„Die Syndizierungen und Kartellierungen werden selbstverständlich aufgelöst, auch die Konzerne, soweit sie nicht der Verbilligung der Produktion dienen. Das Kapital der herausgelösten Einzelunternehmen wird dann in einen Treuhandfonds verwandelt, der durch die zu schaffenden Wirtschaftssenate hoher Gerichte, vielleicht des Verwaltungsgerichts, des Staatsgerichtshofes oder Oberlandesgerichtes, verwaltet werden könnte. Ein von dort ernannter Stiftungs- oder Sozialkommissar, am besten ein wirtschaftlich geschulter hoher Richter oder Wirtschaftsprüfer, stellt die Verbindung zu dem Sachunternehmen her, das in mehrere sich ergänzende Betriebe gegliedert sein kann. Er, mit richterlicher Unabhängigkeit ausgestattet, kontrolliert die Geschäftsführung, die nach den Genehmigungsbedingungen soweit irgend möglich sozialistisch ist. Grundsätzlich soll aber die Leitung eines jeden Betriebes aus der Geschäftsführung und dem Produktionsausschuß der Arbeiter und Angestellten bestehen. Kapital und Sachunternehmung arbeiten sozialistisch, das heißt: nicht für einen hohen Reinertrag, sondern für einen möglichst hohen Gesamtertrag, der nach einem bestimmten Schlüssel zwischen dem Reparations-, Erhaltungs- und Neuinvestierungs-

⁶⁷ Alfred Weber, „Sozialisierung zugleich als Friedenssicherung“, Heidelberg, 1947, S. 8 ff.

bedarf und der Bezahlung der Schaffenden der Unternehmung, ihrer Arbeiter und Angestellten zu teilen ist. — Entscheidend wäre: das gesamte Sach- und (heute) das sozialistische Geschäftsgebaren wird durch die Trennung des Kapitals von der Sachunternehmung durch den Stiftungs- oder Sozialkommissar, der dem Gericht verantwortlich ist, bis in alle Einzelheiten hinein überwacht. In diese Kontrolle und Mitbestimmung könnten sich die künftigen über- und außerdeutschen, die „Internationalisierungs“-Instanzen ohne weiteres und mit einer bis zur letzten Klarheit schaffenden Wirkung einschalten“.

In dieser Sozialisierungsform liegt nach Alfred Weber „die Lösung für das Problem der politischen und sachlichen Kontrolle und der wirklichen Sicherheit, ohne daß die Deutschen entmündigt oder enteignet werden“.

Diese kurzgefaßten Ausführungen zur Sozialisierungsfrage bergen bereits so viele offene Probleme und Möglichkeiten von größter wirtschaftlicher und politischer Tragweite in sich, die alle zuerst noch einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssen.

Hinsichtlich der Ansprüche der früheren Wertpapierbesitzer bleibt zu erwähnen, daß sie bei jeder Eigentumsform, welche später für die Montanindustrie auch gewählt werden sollte, eine Entschädigung verlangen; denn die Methode, die bei der alliierten Beschlagnahmung und der anschließenden Umbildung der westdeutschen Montanwirtschaft angewandt wurde, bezeichnete die „Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitzer“ als eine Zwangsenteignung, die jedem Rechtsgrundsatz widerspricht. Mit Ausnahme der Kriegsverbrecher und Aktivisten der NSDAP, die entschädigungslos enteignet werden sollen, verlangt der übrige Kreis der betroffenen Gläubiger und Aktionäre eine loyale und gerechte Bewertung der enteigneten Objekte und eine angemessene Entschädigung. Der Hauptanteil am Aktienbesitz bei den großen Kohlenunternehmungen liegt nämlich nicht in den Händen einiger weniger Industrieunternehmen, wie man sehr oft angenommen hatte, sondern der Aktienbesitz ist aufgeteilt in mehrere hunderttausend Kleinaktionäre ⁶⁸.

Der Inhalt des Artikels 5 des Gesetzes Nr. 75, welcher die Ansprüche und Rechte der bisherigen Eigentümer behandelt, wurde auf Grund einer amerikanischen Intervention im Einverständnis mit dem britischen und französischen Hohen Kommissar revidiert, sodaß im neuen Gesetz Nr. 27, das im Mai 1950 an die Stelle des bisherigen Gesetzes Nr. 75 getreten ist, eine Entschädigungsmöglichkeit eingebaut wurde. Über Form und Umfang der „angemessenen Entschädigung“ entscheidet lt. Gesetz die alliierte Hohe Kommission und somit bleibt abzuwarten, ob ein Aktienumtausch oder eine Barentschädigung vorgenommen wird. Zur Behandlung von Beschwerden der Aktionäre und Gläubiger schlägt das neue Gesetz die Bil-

⁶⁸ Art. „Die Aktionäre melden sich“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 53 vom 18. 10. 1947.

dung eines Prüfungsausschusses vor, dessen Mitglieder, bestehend aus Volljuristen und sachverständigen Vertretern, von den Hohen Kommissaren ernannt werden. Immerhin kam die Neufassung des Gesetzes Nr. 27 den erhobenen Forderungen der „Arbeitsgemeinschaft der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitzer“ etwas entgegen, indem zunächst wenigstens eine Anerkennung der rechtlichen Ansprüche der Aktionäre und Gläubiger ausgesprochen wurde.

Obwohl der französische Hohe Kommissar bereits sein Veto gegen die Präambel des alten Gesetzes bei den beiden andern Hohen Kommissaren eingelegt hatte, wurde dennoch die Formulierung der Präambel des neuen alliierten Gesetzes Nr. 27 bezüglich der endgültigen Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse nicht abgeändert. Infolgedessen bleibt die Übertragung dieser Regelung der Deutschen Bundesregierung vorbehalten. Das Inkrafttreten des Gesetzes verschob sich jedoch um einen Monat, weil erst dann die Einspruchsfrist abgelaufen war und der britische und amerikanische Hohe Kommissar inzwischen ihre Ansicht hierüber nicht geändert hatten.

An Hand dieser Darlegungen kann man sehr gut ermessen, wie schwierig es sein wird, das Problem der künftigen Besitzregelung in der westdeutschen Montanindustrie nach allen Seiten zufriedenstellend zu lösen, da nicht nur sehr erhebliche Divergenzen innerhalb des Deutschen Bundesparlamentes darüber vorhanden sein werden, sondern noch außerdeutsche Wünsche und Forderungen dazu gebührend berücksichtigt werden müssen.

Kurz sei noch bemerkt, daß auch der im Mai 1950 bekanntgegebene Schuman-Plan nicht beabsichtigt, irgendwie mittels der gemeinsamen Oberbehörde eine Änderung der Eigentumsverhältnisse der beteiligten Unternehmen vorzunehmen.

IX. Das Ruhrstatut

Am 28. Dezember 1948, also kurz nach der Veröffentlichung des Gesetzes Nr. 75, kam in London eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten, England, Frankreich und den Benelux-Staaten über die Form der „Internationalen Kontrolle der Ruhr“ zustande, und der Entwurf des Übereinkommens wurde durch das 35. Artikel umfassende Ruhrstatut bekanntgegeben⁶⁹.

Der Zweck des Ruhrstatuts wird in der Präambel so formuliert, daß „die Bodenschätze der Ruhr in Zukunft nicht für Aggressionszwecke, sondern nur im Interesse des Friedens genutzt werden“ sollen. Ferner soll „der Zugang zu der Kohle, dem Koks und dem Stahl der Ruhr, der in der Vergangenheit ausschließlich der Kontrolle Deutschlands unterstand, in Zukunft den Ländern, die zu

⁶⁹ Vgl. Anhang: Das Ruhrstatut, S. 106 ff.

ihrem gemeinsamen wirtschaftlichen Wohl zusammenarbeiten, auf gleicher Grundlage offenstehen“. Darum soll ein neues alliiertes Kontrollorgan, die Internationale Ruhrbehörde, konstituiert werden mit der Aufgabe, insbesondere dafür zu sorgen, daß die Erzeugung des Ruhrgebietes an Kohle, Koks und Stahl zum wirtschaftlichen Wohle ganz Europas verteilt wird, unter entsprechender Berücksichtigung des innerdeutschen Verbrauchs. Auch erhält diese Behörde die Vollmacht, Qualitäten oder Typen dieser Güter zu bestimmen. Weiter steht ihr das Recht zu, „Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und wirtschaftliche Anordnungen zu überprüfen“, die Kohle, Koks oder Stahl der Ruhr betreffen. Außerdem kann die Behörde „Untersuchungen bei Einzelpersonen, einschließlich öffentlicher Beamten, öffentlicher oder privater Organisationen, Unternehmen und Firmen vornehmen und Akten und Einrichtungen überprüfen“, wenn dies gegebenenfalls erforderlich ist. Ein sorgfältig ausgearbeitetes Abstimmungsverfahren legt fest, daß innerhalb der Ruhrbehörde die Vertreter der Signatarmächte und später auch die deutsche Regierung über je drei Stimmen verfügen, während die drei Benelux-Länder nur mit je einer Stimme vertreten sein können. Bis zur Bildung einer deutschen Regierung wird Deutschland von den Besatzungsmächten vertreten sein, danach jedoch wird Deutschland die Möglichkeit eingeräumt, dem Abkommen beizutreten. Hierdurch wird es ebenfalls mit dem vollen Stimmrecht ausgestattet sein, ausgenommen in solchen Fragen, welche die Sicherheit und die Vertragsverletzung zum Gegenstand haben. Mit Ausnahme einiger im Entwurf erwähnten Fälle genügt für Entscheidungen der Behörde eine Mehrheit von acht Stimmen.

Was das Problem der endgültigen Eigentumsregelung über die westdeutsche Montanindustrie anbelangt, so wird diese Frage durch das Ruhrstatut nicht präjudiziert.

Außerdem kündete das Schluß-Kommuniqué der Londoner Ruhrkonferenz zwecks Überwachung der Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands die Gründung eines militärischen Sicherheitsamtes an, das mit der Ruhrbehörde eng zusammenarbeiten soll. Bis zum Inkrafttreten einer Friedensregelung für Deutschland und danach in Einklang mit den Bestimmungen dieser Friedensregelung soll das vorliegende Abkommen in Kraft bleiben ⁷⁰.

Wenn man nun rückblickend die Tätigkeit der Internationalen Ruhrbehörde, die in Düsseldorf im „Atlantic House“ untergebracht ist, beurteilen soll, so kann man wohl sagen, daß in Wirklichkeit diese Behörde bisher kaum in Erscheinung getreten ist, was vor allem auf die gesamteuropäische wirtschaftliche und politische Entwicklung zurückgeführt werden muß. Seit der Bekanntgabe des Ruhrstatuts bis gegen Mitte des Jahres 1950 hat sich die europäische Marktsituation der Kohle so stark verändert, daß bei dem reich-

⁷⁰ Herbert Krüger, „Das Ruhrstatut“ („Gesetz und Recht“, Hamburg, 1949, Heft 66, S. 2081 ff. und Heft 67, S. 2113 ff.).

lichen Angebot nunmehr Deutschland selbst größtes Interesse besitzt, eine möglichst beträchtliche Menge dieses wichtigen Grundstoffes zu exportieren, weswegen also die Ruhrbehörde nicht zwangsweise die Verteilung zu übernehmen braucht. Zudem beschränkt die übergeordnete Hohe Kommission als erste Kontrollinstanz oftmals den Funktionskreis der Ruhrbehörde durch direkte Entscheidungen oder Anordnungen. Allein schon aus diesen soeben erwähnten Gründen wird ersichtlich, zu welcher Bedeutungslosigkeit die Ruhrbehörde seit ihrem Bestehen verurteilt worden ist, und es braucht kaum erwähnt zu werden, daß diese Tatsache insbesondere Frankreich stark enttäuscht hat, da es wesentlich mehr von der Kontrollmacht dieser Behörde erwartete.

Kurz sei noch darauf hingewiesen, daß Rußland an den Besprechungen über das Ruhrstatut nicht teilgenommen hat, weil die westlichen Alliierten Rußland nur dann die Beteiligung an der Ruhrkontrolle gestatten wollen, wenn von Rußland aus ebenso die Möglichkeit geboten wird, in der Ostzone Deutschlands, insbesondere in Schlesien und Sachsen, eine gemeinsame Produktionskontrolle durchzuführen.

Die deutsche Reaktion auf das Ruhrstatut kann nach den Äußerungen der Politiker und Publizisten als sehr verschiedenartig bezeichnet werden. Während die einen mit scharfen Worten das Statut als Diktat und als vollen Sieg der nationalistischen Forderungen Frankreichs kritisierten, vertraten andere die Meinung, es sei erst abzuwarten, wie künftig in der Praxis das Statut gehandhabt werde. Relativ nur wenige Äußerungen empfahlen eine gewisse Zurückhaltung bei der Beurteilung des Statuts und zwar deshalb, weil die gegenwärtige Situation Deutschlands es nicht erlaube, so heftig sich gegen das Statut zu empören. Bundeskanzler Dr. Adenauer beispielsweise sprach sich in dem Sinne darüber aus, daß alles entscheidend davon abhängt, was aus dem Statut gemacht werden wird. Schließlich äußerte sich der Vorsitzende des Direktoriums der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung in Essen, Generaldirektor Kost, in seiner ersten Stellungnahme zu dem Statut, u. a. wie folgt: „Das Statut ist zu kompliziert, um in allen seinen Folgerungen schon jetzt übersehen werden zu können. — Für ein wachsendes Europabewußtsein wäre es fördernder gewesen, wenn auch die Ruhrkohle eine freie Eingliederung in den internationalen Handel erfahren hätte. — Der Versuch einer positiven Wertung des Statuts knüpfe sich an die Hoffnung, daß die politische Einsicht und die wirtschaftlichen Realitäten sich als stärker erweisen als die Paragraphen des Ruhrstatuts, das den Charakter eines starren Direktionsprinzips trägt“ ⁷¹. Außerdem unterstrich Generaldirektor Kost die außerordentliche Wichtigkeit der psychologischen Rückwirkungen, „denn es geht nicht nur um die Kohle, sondern auch um die Menschen an der Ruhr“. Gerade

⁷¹ Art. „Generaldirektor Kost über das Ruhrstatut“, in: „Westfälische Rundschau“, Dortmund, Nr. 14 vom 4. 1. 1949.

auf diesen Punkt wiesen die Gewerkschaftsfunktionäre als Vertreter der im Bergbau und in der Stahlindustrie arbeitenden Menschen hin, weil die Alliierten im Ruhrstatut die hunderttausende von organisierten Arbeitskräften ihrer Ansicht nach vergessen haben, obwohl von deren Leistungswillen die Produktion von Kohle und Stahl im Ruhrgebiet entscheidend abhängig ist.

Von den zahlreichen übrigen Meinungsäußerungen zum Ruhrstatut sei nun nur noch der viel beachtete Gegenvorschlag des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, erwähnt, in dem darauf hingewiesen wird, daß die bisherige „einseitige und diskriminierende“ Ruhrkontrolle durch eine westeuropäische Industriegemeinschaft abgelöst werden soll. Diesem Vorschlag entsprechend müßte das Ruhrgebiet, die Erzvorkommen Lothringens, das Saargebiet, die Schwerindustrie Belgiens und Luxemburgs in einem „völkerrechtlichen Zweckverband auf genossenschaftlicher Grundlage“ zusammengefaßt werden⁷². Der von Ministerpräsident Arnold vorgetragene Plan mit seiner wahrhaft europäischen Gesinnung vermochte Anfang Januar 1949 in Frankreich noch kein günstiges Echo auszulösen, da damals die Zeit zu einem derartigen Zusammenschluß noch nicht reif war. Zu jener Zeit zog man französischerseits wegen den mit Deutschland gemachten Erfahrungen die zahlreichen Sicherheitsparagrafen einer Wiederaussöhnung und gegenseitiger Zusammenarbeit noch vor.

Die teilweise laut werdende deutsche Kritik am Ruhrstatut konnte im Ausland kaum verstanden werden und wurde als übertriebener deutscher Nationalismus zurückgewiesen, weil das Statut im Vergleich zu den früher genannten Möglichkeiten wie dem Morgenthau-Plan oder der Abtrennung des Ruhrgebietes als Separatstaat oder der Internationalisierung des Eigentums an Bergwerken und Fabriken durchaus als höchst milde Lösung bezeichnet werden müsse. Allerdings wird zugegeben, daß das Abkommen nur durch mehrere Konzessionen an Frankreich habe erreicht werden können. Doch das französische Sicherheitsbedürfnis, welches unbedingt auf eine weit ausgedehnte Kontrolle des im Ruhrgebiet konzentrierten Industriepotentials pochte, stand in Widerspruch zu der von den Vereinigten Staaten gewünschten engen europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einschließlich Deutschlands, sodaß das Ruhrstatut in seiner jetzigen Fassung nur als vorübergehende Kompromißlösung angesehen werden kann.

Nachdem die westdeutsche Bundesregierung gebildet war, erklärte sie sich im November des Jahres 1949 in einem mit den Hohen Kommissaren unterzeichneten Abkommen bereit, der Ruhrbehörde beizutreten, in welcher sie bis dahin treuhänderisch von den Besatzungsmächten vertreten worden war.

⁷² Art. „Zwiespältiges Echo“, in: „Badische Zeitung“, Freiburg i. Br., Nr. 1 vom 4. 1. 1949.

X. Der Schuman-Plan

Die weitere Entwicklung brachte eine höchst bemerkenswerte Wendung in der Einstellung Frankreichs zu Deutschland. Dies kam deutlich zum Ausdruck durch einen am 9. Mai des Jahres 1950 überraschend vorgebrachten französischen Vorschlag, der die Errichtung einer übernationalen Kohlen- und Stahlunion der beiden großen kontinentalen Industrieländer bezweckt und beabsichtigt, die französische und die deutsche Produktion von Kohle und Stahl einer gemeinsamen „Hohen Behörde“ zu unterstellen, die zu gleichen Teilen aus französischen und deutschen Wirtschaftsexperten bestehen soll.

Als eigentlicher Urheber dieses Vorschlags wurde Planungsminister Jean Monnet genannt, während der derzeitige französische Außenminister Robert Schuman als der politische Verfechter dieses Planes gilt.

Wörtlich führte Robert Schuman bei der Verkündigung dieses Planes aus: „Die französische Regierung schlägt vor, die gesamte deutsch-französische Stahl- und Kohlenerzeugung einer gemeinsamen obersten Behörde zu unterstellen, und zwar innerhalb einer Organisation, zu der allen anderen europäischen Ländern der Beitritt offen stehen wird“. Weiter führte der französische Außenminister aus: „Die Zusammenlegung der Stahl- und Kohleproduktion wird die Grundlage zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung legen als einer ersten Etappe zu einer europäischen Föderation. Die gemeinsame Erzeugung wird dazu führen, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich wird“. Ferner erklärte Schuman: „Die neue oberste Behörde muß so schnell wie möglich dafür sorgen, daß die Stahl- und Kohlenerzeugung in beiden Ländern modernisiert und verbessert wird, daß Kohle und Stahl auf dem deutschen und auf dem französischen Markt wie auf den Märkten der sich anschließenden Ländern zu gleichen Bedingungen verkauft, der Export gemeinsam geregelt und ebenso gemeinsam auf eine Gleichstellung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft hingearbeitet wird“⁷³.

Nach den Vorschlägen von Monnet soll der Hohen Behörde folgender Aufgabenbereich zufallen: Steuerung und Überwachung von Produktion und Absatz, Kontrolle und Aufteilung der Märkte, Regelung der Inlands- und Auslandspreise, wobei möglichst beide Preissarten in Übereinstimmung gebracht werden sollen, ferner Kontrolle und Beeinflussung von Arbeiterlöhnen und Lebensstandard, Aufstellung und Durchführung von Produktions-, Modernisierungs- und Rationalisierungsprogrammen⁷⁴.

⁷³ Art. „Ein kühner Plan Schumans“, in: „Badische Zeitung“, Freiburg i. Br., Nr. 56 vom 11. 5. 1950.

⁷⁴ Art. „Der Pariser Vertragsentwurf“, in: „Der Volkswirt“, Frankfurt a. M., Nr. 27 vom 7. 7. 1950.

Wenn dieser vom französischen Außenminister vorgetragene, weltpolitisch bedeutungsvolle Plan sich in absehbarer Zeit praktisch verwirklichen lassen sollte, dann wäre wahrscheinlich die so wünschenswerte französisch-deutsche Zusammenarbeit nicht nur auf ökonomischem, sondern gleichfalls auf politischem Gebiet gut denkbar und beide Länder würden letzten Endes eine Hebung des Lebensstandards ihrer Völker ermöglichen können. Sicherlich wird diesem Plan eines Zusammenschlusses der französisch-deutschen Kohlen-, Stahl- und Eisenindustrie eine gründliche Abwägung der wirtschaftlichen und politischen Vor- und Nachteile vorausgegangen sein, wobei das Ergebnis dieser Untersuchung dann weithin auch im eigenen Interesse für den Zusammenschluß sprach und dieser neue Weg auf die Dauer als der bessere und vorteilhaftere erkannt wurde.

Bei der näheren Erläuterung des Schuman-Planes wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich dabei nicht um eine neue Art von internationalem Kartell zwecks Aufteilung und Ausbeutung der Märkte unter Aufrechterhaltung hoher Preise handelt, sondern im Gegenteil sollen durch die Realisierung dieses Planes Frankreich und Deutschland in die Lage versetzt werden, die Stahlpreise beachtlich senken zu können. Bisher lag die Situation doch so, daß Frankreich von Deutschland einen beträchtlichen Teil der benötigten Kokereikohle erhielt und zwar zu einem bedeutend höheren Preis, als die deutschen Stahlwerke dafür bezahlen mußten. Andererseits lieferte Frankreich an Deutschland eine große Menge Eisenerz, dessen Exportpreis wesentlich über dem Inlandspreis liegt. Würden nunmehr Frankreich und Deutschland sich bereit erklären, den genannten Exportpreisaufschlag zu streichen, dann könnten beide Länder eine Stahlpreisherabsetzung vornehmen und dadurch auf den Weltmärkten eine sehr günstige Verkaufsmöglichkeit herbeiführen. Außerdem würde nach der vorgeschlagenen Vereinbarung die gegenseitige Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet. Nicht zuletzt aber soll mit Hilfe dieser Wirtschafts-Union die Erschließung des reich mit Bodenschätzen versehenen afrikanischen Kontinents ermöglicht werden.

Es wird damit gerechnet, daß die Benelux-Staaten und Italien sich unmittelbar dieser französisch-deutschen Montan-Union anschließen werden. Hingegen ist bei Großbritannien die Mitwirkung an dem geplanten Pool noch ungewiß, denn in englischen Kreisen will man zuerst die erforderlichen Vorarbeiten und Verhandlungen bis zur Verwirklichung dieses Planes eingehend verfolgen und gleichzeitig auch prüfen, ob und inwieweit die britische Montanindustrie sich diesem französisch-deutschen Kombinat anschließen kann. In den Vereinigten Staaten begrüßte man die französische Initiative lebhaft, weil sie geeignet erscheint, nicht nur wesentlich zur Verbesserung der französisch-deutschen Beziehungen beizutragen, sondern weil sie auch im Sinne der Zusammenarbeit aller westeuropäischen Länder zu wirken vermag.

Wahrscheinlich werden bei den Vorarbeiten mancherlei wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten auftauchen, die vielleicht nicht von vornherein in Rechnung gestellt wurden. Doch würde es sich im gesamteuropäischen Interesse lohnen, trotz der größeren und kleineren Risiken und Hindernisse, welche sich vor allem bei der teilweisen Aufgabe staatlicher Souveränitätsrechte zu Gunsten der neu zu bildenden supranationalen Hohen Behörde ergeben werden, die Verhandlungen möglichst bald mit einem positiven Ergebnis abzuschließen.

Sollte das übernationale europäische Denken sich durchsetzen und die Bemühungen um die Verwirklichung des Schuman-Planes erfolgreich verlaufen, dann werden das Ruhrstatut, die Ruhrbehörde und die bisherige Begrenzung der westdeutschen Stahlproduktion auf jährlich 11,1 Mill. Tonnen zwangsläufig einer Revision unterzogen werden müssen; denn die neue Stellung Deutschlands als selbständiger und gleichberechtigter Partner innerhalb der Montan-Union schafft eine ganz veränderte Situation, der der Wortlaut des Statuts keineswegs mehr entspricht.

So lag ein relativ kurzer Zeitabschnitt zwischen der im Statut verankerten einseitigen Kontrolle der Ruhr und der Veröffentlichung des Schuman-Planes, der nun das Ruhrproblem auf der Basis gleicher Rechte und Pflichten zu lösen versucht.

XI. Die europäische Kohlenorganisation (ECO)

Als bei Kriegsende das enorme europäische Kohlendefizit den gesamten Wiederaufbau sehr fragwürdig erscheinen ließ, sah man sich vor die Notwendigkeit gestellt, eine Institution zu schaffen, die laufend über den Stand der europäischen Kohlenproduktion informiert war und auch den jeweiligen Bedarf der Länder festzustellen hatte, um nach einem gerechten Maßstab die vorhandene Kohlenmenge zu verteilen und im gesamteuropäischen Interesse einzusetzen.

Darum erfolgte im Januar 1946 in London die Gründung der European Coal Organisation (ECO) deren Mitglieder außer Rußland und Spanien sämtliche übrigen europäischen Staaten erfaßte⁷⁵. Am 1. Januar 1948 übernahm sodann eine Einrichtung der UNO, die Europäische Wirtschaftskommission (Economic Commission for Europe) in Genf, die Funktionen der ECO und ein ständiges Sekretariat, das den Namen „Coal Committee“ trägt, bildet nunmehr die neue zentrale Planungsstelle für die europäische Kohlenproduktion und deren Verteilung. Außerdem führt das Committee eine internationale Kohlenstatistik und befaßt sich mit Klassifizierung, Verwendung und Verwertung der Kohle.

⁷⁵ Vgl. Anhang: Das Abkommen über die Errichtung der Europäischen Kohlenorganisation, S. 94 ff.

Ein klares Bild über die europäische Kohlenlage erhielt die ECO durch eine internationale Kohlenkonferenz, die im Mai des Jahres 1946 in Paris abgehalten wurde, wobei Delegierte von insgesamt 21 Nationen ihre Wünsche und Anträge vortrugen. Zunächst unterstrichen die Produktionsländer ihre Bemühungen um eine rasch-mögliche Fördersteigerung, damit auch für den Export wieder ausreichende Kohlenmengen zur Verfügung gestellt werden könnten, was umso eher der Fall sein werde, je mehr geeignete Arbeitskräfte aus den verschiedenen Ländern für den Bergbau bereit stünden. Aber nicht zuletzt könnten die Kohlenempfangsländer durch Lieferung von neuem Grubenmaterial dazu beitragen, das Förderergebnis beträchtlich zu verbessern. Demgegenüber berichteten die Kohlenimportländer von bedeutenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch den Kohlenmangel verursacht wurden und gaben ihren minimalsten Kohlenbedarf für die nächsten 12 Monate bekannt. Bei der Gegenüberstellung von Produktion und Bedarf stellte sich dann heraus, daß für die genannte Periode den europäischen Ländern ungefähr 46 Mill. Tonnen Kohle fehlten. Das Defizit mußte entweder durch größere Lieferungen oder durch noch stärkere Drosselung des Kohlenverbrauches ausgeglichen werden, wobei als Folge in dem zuletzt genannten Falle eine Arbeitslosigkeit größeren Umfanges eingetreten wäre.

Der am 22. September 1947 veröffentlichte Bericht der an der Pariser Wirtschaftskonferenz beteiligten europäischen Staaten enthielt eine Kohlenbilanz der bedeutendsten europäischen Produktionsländer mit Vergleichszahlen zur Vorkriegszeit und zeigte, wie dieselbe im Jahre 1951 aussehen solle.

Stein- und Braunkohlenförderung⁷⁶ (in Mill. Tonnen)

Länder	1938	1947	1948	1951
England	231	199	214	249
Westdeutschland				
Bizone	206	133	149	193
Saar	14	10	14	17
Belgien	30	24	26	31
Frankreich	48	51	51	63
Andere Länder	23	22	24	31
Insgesamt	552	439	478	584

Zur Beseitigung der vorhandenen Fehlmenge von 113 Mill. Tonnen (1938 : 1947) müßte nach diesem Bericht zunächst die Kapazität des Bergbaus in den betreffenden Förderländern beträchtlich gehoben werden, was insbesondere durch eine Verbesserung der technischen Hilfsmittel erreicht werden soll. Die hierfür aufzuwendenden Mittel wurden wie folgt angegeben:

⁷⁶ Art. „Aus dem Bericht der Pariser Wirtschaftskonferenz“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 52 vom 11. 10. 1947.

Einfuhrbedarf an Bergwerksmaschinen und Ausrüstung ⁷⁶

	Mill. Dollar
Westdeutschland	1414
England	1042
Frankreich	656
Italien	50
Belgien	142
Übrige Länder	259
Insgesamt:	3563

Bis aber die Kohlenförderung den erforderlichen quantitativen und qualitativen europäischen Bedarf zu decken in der Lage ist, sollen Kohlenimporte vor allem aus den Vereinigten Staaten, aber auch aus Polen erfolgen.

Geplante Kohleneinfuhr ⁷⁷ (in Mill. Tonnen)

	1948	1951
Aus den Vereinigten Staaten	41	6
Aus Polen	17	31
	58	37

So katastrophal stellte sich also in den ersten Nachkriegsjahren die europäische Kohlenversorgung dar, daß Europa, welches zuvor am Weltkohlenhandel mit 81 Prozent und an den gesamten Kohlenimporten mit 70 Prozent beteiligt war, nun nicht einmal den eigenen kontinentalen Bedarf mehr zu decken vermochte. Das kohlenreiche Europa sah sich vor die dringende Notwendigkeit gestellt, aus 3000 Meilen Entfernung Kohlen über den Atlantik heranzuschaffen, um das gesamte europäische Wirtschaftsleben überhaupt noch in Gang zu halten. Bis dahin spielte die amerikanische Kohle auf dem Weltmarkt infolge der großen Entfernungen und der damit verbundenen hohen Frachtkosten keine bedeutende Rolle. Doch die USA, das kohlenreichste Land der Erde, vollbrachte zwischen den Jahren 1938 und 1947 eine ungeheure Kohlenfördersteigerung, sodaß dieses Land ohne weiteres Kohlen nach Europa abgeben und an die Stelle der beiden wichtigsten europäischen Kohlenexporteure, Großbritannien und Deutschland, treten konnte.

⁷⁷ Art. „Aus dem Bericht der Pariser Wirtschaftskonferenz“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 52 vom 11. 10. 1947.

Die Kohlenversorgung der Vereinigten Staaten von Amerika ⁷⁸

(in Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten)

	Förderung	Einfuhr	Ausfuhr	Verbrauch
1938	350	1	13	338
1947	610	—	45 ^{a)}	565

a) Ohne Bunkerkohle.

Diese enorme Aufwärtsentwicklung verdankt der amerikanische Bergbau seiner erstrangigen Stellung bezüglich des Förderanteils je Mann und Schicht, der sich im Jahre 1939 auf 5,0 Tonnen gegenüber 2,0 Tonnen der besten europäischen Revierleistung in Oberschlesien belief.

In welchem Ausmaß die europäischen Zuschußländer nunmehr von den Vereinigten Staaten mit Kohlen beliefert wurden, vermittelt nachstehende Darstellung ⁷⁹:

	1938		(in %)		1947	
	West-deutsl.	Groß-britann.	Sonst. Länder	West-deutsl.	USA	Sonst. Länder
Frankreich	31,0	29,3	39,7	18,6	72,7	8,7
Belgien-Lux.	61,6	10,9	27,5	33,2	53,7	13,1
Niederlande	72,7	12,9	14,4	31,4	61,2	7,4
Italien	58,8	18,5	22,7	10,8	79,2	10,0
Schweiz	53,5	8,0	38,5	10,3	10,3	79,4
Schweden	16,3	37,1	46,6	14,4	40,8	44,8

Mit Hilfe dieser amerikanischen Kohlenimporte konnte das europäische Kohlendefizit zwar nicht ganz ausgeglichen, aber immerhin erheblich verbessert und somit Anschluß an das stetig sich steigernde europäische Förderergebnis gefunden werden. In der ersten Hälfte des Jahres 1948 wurde bereits mehr amerikanische Kohle angeboten, als die nachfragenden Länder abzunehmen bereit waren. Vor allem trug der Dollarmangel der europäischen Länder ganz erheblich dazu bei, eine Reduzierung der bisherigen Lieferungen vorzunehmen; denn insgesamt kosteten Europa die amerikanischen Kohlenimporte jährlich etwa 350 bis 400 Mill. Dollar, die durch die Leistungssteigerung der europäischen Produktionsländer im Laufe der Zeit gespart und für andere Einkaufszwecke verwendet werden konnten. Während im Jahre 1947 die Kohlenimporte aus den Vereinigten Staaten noch 35 Mill. Tonnen betrugen, sanken dieselben auf Grund europäischer Produktionsanstrengungen im Jahre 1949 auf 10 Mill. Tonnen und sie werden unter der Voraussetzung einer

⁷⁸ „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 9 vom 29. 1. 1949.

⁷⁹ G. Holthaus, „Kohlenlieferant Westdeutschland“ — Veränderungen in der europäischen Kohlenversorgung —, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 51. vom 17. 11. 1948.

weiterhin günstigen Förderentwicklung in absehbarer Zeit fast total überflüssig sein⁸⁰.

Gegen Ende des Jahres 1948 zeigte sich dann auf dem europäischen Kohlenmarkte die eigenartige Erscheinung, daß Produktionsländer wie Polen, Großbritannien und auch Belgien, teilweise die geförderten Kohlenmengen nicht absetzen konnten, weil entweder die Käufer andere Qualitäten wünschten oder sich nicht in der Lage befanden, die hierfür nötigen Devisen aufzubringen. Bei der polnischen Kohle spielte außerdem die Transportmöglichkeit noch eine bedeutende Rolle. Auf der anderen Seite müssen trotz des erwähnten europäischen Kohlenüberangebotes aus den Vereinigten Staaten bis auf weiteres immer noch Kohlen importiert werden, um die einzelnen Länder mit der für ihre Industrie geeigneten Kohlenqualität zu versorgen. Eine vordringliche Aufgabe liegt deshalb für die Europäische Wirtschaftskommission in Genf in der Behebung der unausgeglichene europäischen Kohlenversorgung, damit Europa nach Ablauf des Marshall-Planes in der Kohlenversorgung nicht mehr auf Importe von Übersee angewiesen ist. Der Kohlenproduktionsplan für die ERP-Länder lautet, wie die Tabelle zeigte, dahingehend, daß bis zum Jahre 1951 die europäische Kohlenförderung bei 584 Mill. Tonnen angelangt sein soll, was dem abgeschätzten Verbrauch entsprechen würde. Mit anderen Worten würde dies gegenüber dem Jahre 1947 eine Fördersteigerung von 145 Mill. Tonnen und gegenüber 1938 eine solche von 32 Mill. Tonnen bedeuten.

Bezüglich der europäischen Kohlenverteilung äußerte sich das Coal Committee of the United Nations Economic Commission for Europe (ECE) in Genf in dem Sinne, daß nicht der Kohlenbedarf eines Landes an sich für die Zuteilungsmenge ausschlaggebend sei, sondern jene Länder in erster Linie bei der Verteilung berücksichtigt würden, welche die Kohle für die Produktion von europäischen Mangelgütern verwenden. Dementsprechend versuchte das Coal-Committee die Bedarfsansprüche der europäischen Zuschußländer zu befriedigen. Welche Probleme das Coal-Committee dabei zu überwinden hat, kommt am besten durch die Tatsache zum Ausdruck, daß beispielsweise im zweiten Quartal des Jahres 1949 etwa zwei Mill. Tonnen Kohle und Koks in Europa keinen Absatz fanden, während immer noch ein europäisches Kohlendefizit von über fünf Mill. Tonnen vorhanden war und größtenteils von den USA ausgeglichen werden mußte⁸¹. Daraus wird ganz eindeutig die unausgeglichene europäische Kohlenversorgung ersichtlich, deren Ursachen, wie schon erwähnt, in der Qualitäts- und Finanzierungsfrage

⁸⁰ Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Herausgegeben vom Bundesministerium für den Marshallplan. Bonn, April 1950, S. 30 f.

⁸¹ Art. „Unausgeglichene Kohlenversorgung der europäischen Länder“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 18 vom 30. 9. 1949.

zu suchen sind. Die Lösung dieses Problems bildet für das Coal-Committee eine wirklich sehr schwierige Aufgabe.

Bei den Beratungen der ECE in Genf hinsichtlich der europäischen Kohlenversorgung wird Westdeutschland gegenwärtig von der Combined Coal Control Group (CCCG) vertreten. Wohl steht auch ein deutscher Sachverständiger den Alliierten beratend zur Seite, doch ist seine Funktion von ganz untergeordneter Bedeutung. Nicht einmal der später errichteten Internationalen Ruhrbehörde wurde es gestattet, an Stelle der alliierten Kohlenkontrollgruppe den Sitzungen der ECE beizuwohnen, da die dort anwesenden ost-europäischen Staaten die Ruhrbehörde nicht anerkennen.

Seit der verbesserten europäischen Kohlenmarktlage steht dem Coal Committee hauptsächlich nur noch die von der Ruhrbehörde festgesetzte westdeutsche Kohlenexportmenge zur Verfügung, weil die übrigen europäischen Bergbauländer ihre Exportverfügbarkeit auf Grund von Handelsverträgen verkaufen und höchstens noch geringe, gewöhnlich kaum absetzbare Mengen und Sorten der ECE zur Verteilung anbieten. Die Ursache hierfür kann darin gesucht werden, daß die Kohlenzuschußländer nicht verpflichtet sind, die vom Coal-Committee zugeteilten Mengen und Sorten abzunehmen, während sonst meistens in Handelsabkommen die Abnahmeverpflichtung enthalten und dadurch der Absatz gesichert ist. Zudem besteht in einem freien Handelsvertrag die Möglichkeit, die nachgefragten besten und rarsten Kohlenarten von der Abnahme auch geringerer Sorten abhängig zu machen oder die erstgenannten mit höheren Preisen zu belegen oder sonstwie handelspolitisch günstig auszuwerten. Demgegenüber wurde Westdeutschland der Kohlenexportanteil, die Qualitätszusammensetzung und die Preise hierfür von den Alliierten vorgeschrieben und der freie Kohlenhandel untersagt. Die der Combined Coal Control Group (CCCG) untergeordnete Institution, der Deutsche Kohlen-Verkauf (DKV), muß immer noch zentral die mit dem deutschen Kohlenexport verbundenen Arbeiten verrichten, während die beiden großen Konkurrenzländer, England und Polen, in voller Bewegungsfreiheit ihre Handelsverträge abschließen und den privaten Kohlenhandel mit all seinen Vorteilen einsetzen können. Auf Grund eines amerikanischen Neuordnungsplanes soll die Kohlenzwangsverteilung für Westdeutschland nunmehr etwas aufgelockert werden und zwar sowohl hinsichtlich der über das Exportsoll noch möglichen Kohlenausfuhr, als auch über die von der ECE festgesetzten Kontingente hinaus, welche von den Empfängerländern nicht abgerufen werden⁸². Dadurch würden die Wünsche der westdeutschen Kohlenwirtschaft aber nur zu einem kleinen Teil in Erfüllung gehen, da von dieser Seite aus eine möglichst gleiche Behandlung sämtlicher europäischer Bergbauländer hinsichtlich der Verteilung und der Preisbildung erwartet

⁸² Art. „Die Kohlenausfuhr wird gelockert“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 33 vom 26. 4. 1950.

wird. Westdeutschland wünscht ebenfalls die Freizügigkeit zu erhalten, den Kohlenabsatz durch Handelsverträge zu sichern und die privaten deutschen Kohlenausfuhrfirmen wieder in ihren Funktionen einsetzen zu dürfen.

Schließlich stellt sich generell die Frage, ob im Hinblick auf die gegenwärtig günstige europäische Kohlenmarktlage das bisherige Verteilungssystem des ECE-Coal-Committee nicht besser beseitigt und das Kohlenexportgeschäft den freien Handelsverträgen vorbehalten werden soll. Diese Frage wird man jetzt wohl bejahen dürfen, nachdem in Europa infolge der stetig steigenden Fördermengen der Kohlenmangel weitgehend beseitigt wurde und die Kohle deshalb nicht mehr als internationales Bewirtschaftungsobjekt angesehen werden kann.

XII. Die Förderentwicklung in den wichtigsten europäischen Kohlenproduktionsländern von 1945 bis 1949

1. Großbritannien

Die bedeutende britische Vorrangstellung auf dem Weltkohlenmarkte, wie sie bis zum Jahre 1939 mit über einem Drittel der gesamten Weltkohlenexporte in Erscheinung trat, war bereits vor Kriegsende durch den Umstand gemindert, daß viele europäische Märkte durch die eingetretenen Kriegsereignisse nicht mehr beliefert werden konnten. Welches Ausmaß der Rückgang des britischen Kohlenexports in den ersten beiden Kriegsjahren von 1939 bis 1941 angenommen hatte, beweisen folgende Ausfuhrziffern.

Britischer Kohlenexport ⁸³
(in Mill. Tonnen)

1939	1940	1941
46,5	26,6	9,1

Der Kohlenexporttiefstand erreichte im Jahre 1944 mit nur 5,1 Mill. Tonnen seine geringste Exportziffer, die relativ unwesentlich 1945 auf 6,4 Mill. Tonnen anstieg. Solche Ausfuhrmengen fielen für die früheren britischen Kohlenabnehmer bei dem gewaltigen Bedarf kaum ins Gewicht und auch für Großbritannien selbst bedeuteten solch geringe Ausfuhrmengen eine beträchtliche Verschlechterung der Handelsbilanz. Da die Kohle neben den Textilien eine der Haupteinnahmequellen für die britische Wirtschaft darstellt,

⁸³ Art. „Der Zustand des englischen Bergbaus“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 31 vom 1. 8. 1947.

mußte Großbritannien mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, den Kohlenexport so bald wie möglich zu steigern. Eine Kohlenexportsteigerung setzt aber voraus, daß außer der Deckung des Inlandbedarfs noch Kohlen zur Ausfuhr bereitgestellt werden können, was jedoch die britische Kohlenförderung in den letzten Jahren nicht zu realisieren vermochte. Es mußten sogar noch Kohlen importiert werden, wodurch der bereits knappe Kohlenexporterlös wieder aufgebraucht wurde. Verständlich wird die britische Exportlage vor allem bei der Betrachtung der Förderziffern, die seit Kriegsbeginn im Jahre 1939 eine stark sinkende Tendenz aufwiesen.

Die britische Kohlenförderung⁸⁴

Jahr	(in Mill. tons) a)
1939	231,3
1940	224,3
1941	206,3
1942	204,9
1943	198,9
1944	192,7
1945	182,7

Seit dem Jahre 1946 erfuhr die jährliche Fördermenge wieder eine allmähliche Steigerung, wie nachstehende Ziffern zeigen.

1946	190,0
1947	208,6
1948	211,9
1949	218,5

a) einschließlich der seit 1942 auch im Tagebau geförderten Kohle.

Erst als im Jahre 1948 über die genannte wiederum relativ beachtliche Fördermenge disponiert werden konnte, erhöhte sich der jährliche Kohlenexport auf 16,3 Mill. Tonnen.

Eine Untersuchung des Förderrückganges führt zu ähnlichen Feststellungen, wie sie bereits beim Ruhrkohlenbergbau im Vordergrund standen: Mangel an Arbeitskräften, Rückgang der Schichtleistung je Mann, Anstieg der Fehlschichten und veraltete Produktionsanlagen.

Die Zahl der Bergarbeiter belief sich im Jahre 1938 auf 781 700. Sie reduzierte sich aber in den Kriegsjahren stetig und hatte schließlich 1946 mit 635 000 ihren Tiefstand erreicht⁸⁵. Inzwischen stieg

⁸⁴ Art. „Großbritanniens Wirtschaft in Zahlen“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 16 vom 17. 4. 1948. „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 48 vom 15. 6. 1949. Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), a. a. O., S. 174 f.

⁸⁵ Art. „Kohlennöte Großbritanniens“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 16 vom 23. 8. 1946.

zwar die Belegschaftsstärke bereits gegen Ende 1947 auf nahezu 730 000 an, doch die Schichtförderleistung je Mann sank im Durchschnitt von 1,14 Tonnen (1938) auf 1,06 Tonnen (1947). Um dem Rückgang der Schichtleistung je Mann, der hauptsächlich auf die Überalterung zurückzuführen war, wirksam entgegen treten zu können, galt es auch hier, dem bergmännischen Nachwuchsproblem besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Um einen größeren Anreiz für den Bergmannsberuf zu erreichen, verlangte die Gewerkschaft eine bessere Entlohnung der Bergarbeiter, die Einführung der Fünf-Tage-Woche und die Herstellung allgemein besserer Arbeitsbedingungen. Mit der am 1. Mai 1947 eingeführten Fünf-Tage-Woche im britischen Bergbau trat dann insofern eine Verbesserung ein, als die jeweils am Samstag ausgefallene sechste Schicht als „Bonus“ trotzdem bezahlt wurde unter der Bedingung, daß die Bergleute innerhalb der betreffenden Woche keine Schicht, auch nicht mit einer Krankheitsbegründung versäumen, also die ganzen vollen fünf Schichten gearbeitet haben. Der Förderausfall an den Samstagen wird, wie die ersten Erfahrungen gezeigt haben, ausgeglichen durch die größere Quote der Schichtanwesenheit und die größere Belegschaftsstärke, welche mit Hilfe der Einführung der Fünf-Tage-Woche leichter zum Bergbau angeworben werden konnte. Doch das wirkliche Ziel lag schließlich in der Steigerung der Einzelleistung jedes Bergmannes, denn es sollte nicht nur die um die ausgefallene Schicht reduzierte Fördermenge ausgeglichen, sondern weit darüber hinaus gesteigert werden.

Was die Erneuerung und Modernisierung der technischen Ausrüstung des gesamten Bergbaus anbelangt, so muß dieser Faktor als besonders wichtig für Großbritannien angesehen werden, weil sich dort bereits vor dem Kriege die Technisierung des Bergbaus als enorm rückständig erwiesen hatte, indem die Schichtleistung je Mann in Großbritannien bei nur 1,14 Tonnen (1938) gegenüber 1,52 Tonnen im Ruhrgebiet und 1,78 Tonnen in Polen lag.

Sowohl die Leistungssteigerung der Bergleute und deren Nachwuchsfrage einerseits, als auch die Modernisierung und Rationalisierung im britischen Bergbau andererseits, bilden für die seit dem 1. Januar 1947 verstaatlichte Leitung des britischen Kohlenbergbaus sehr schwierig zu lösende Aufgaben. Seit jenem Zeitpunkt ist das National Coal Board (NCB) als Besitzer sämtlicher britischer Kohlenbergbaubetriebe für die Produktion und Verteilung verantwortlich und nicht mehr die privaten Bergbauunternehmungen. Die Labour Party und ihre Regierung erwarten von der Verstaatlichung der Kohlenwirtschaft eine weitgehende Besserung der britischen Kohlsituation, weil die einheitliche Produktionsplanung und die stärkere staatliche Finanzkraft ihrer Ansicht nach einen Ausweg aus der die Wirtschaft lähmenden Kohlenkrise, wie sie bei Kriegsende eintrat, bilde.

Infolge der Abwertung des Pfundes im Oktober 1949 konnte die britische Exportkohle auf dem europäischen Kohlenmarkte eine außerordentlich günstige Position beziehen, da der im Vergleich zu anderen europäischen Währungen unterschiedliche Abwertungssatz die Exportpreise sehr vorteilhaft in Erscheinung treten ließ, zumal die alten Pfundpreise keiner Änderung unterzogen wurden. Die britischen Kohlenexportpreise stellten sich danach billiger als die polnischen oder deutschen Exportpreise gleicher Qualität. Allerdings steht die englische Kohle nur in relativ geringen Mengen dem Export zur Verfügung, weil die Förderung in erster Linie für die Inlandsversorgung bereitgestellt wird und eine weitere beträchtliche Fördersteigerung zu Gunsten des Exports scheinbar nicht realisiert werden kann.

Auch in England besteht für Kohle eine Spanne zwischen Inlands- und Exportpreisen. So wurde beispielsweise nach einem Bericht des National Coal Board im Jahre 1948 ein Mehrerlös für Exportkohle von durchschnittlich etwa 10,80 DM je Tonne absetzbarer Förderung festgestellt⁸⁶, wodurch die staatliche Kohlenzentrale nicht nur in der Lage war, die durch die wesentlich niedrigeren Inlandspreise verursachten Mindereinnahmen auszugleichen, sondern sogar einen Überschuß in den Jahren 1948/49 zu erzielen.

2. Frankreich

In Frankreich vollzog sich sofort nach der Räumung des Landes von deutschen Truppen, der wirtschaftliche Wiederaufbau verhältnismäßig rasch. Bereits im Mai 1946 hatte die Industrieproduktion wieder 86 Prozent der Produktion des Jahres 1938 erreicht und im Kohlenbergbau mit 104 Prozent die monatsdurchschnittliche Fördermenge von 1938 sogar überschritten. Um eine derartige Fördersteigerung in Gang zu bringen, erfolgte die Anwerbung einer großen Anzahl neuer Bergarbeiter (Monatsdurchschnitt 1938: 161 000; März 1947: 221 000)⁸⁷, wodurch die Kohlenförderung im Jahre 1949 wieder auf 51 Mill. Tonnen anstieg. Jedoch der größere Arbeitskostaufwand je Tonne verursachte wie auch in den anderen europäischen Bergbauländern eine beträchtliche Kohlenpreiserhöhung. Im französischen Kohlenbergbau begegnete man denselben hemmenden Faktoren, die hier an anderer Stelle bereits ausführlich behandelt wurden. Um eine ständig wachsende Fördermenge zu gewährleisten, beschloß man auch in Frankreich, die Bergwerke und deren Nebenbetriebe zu verstaatlichen (Conseil d'administration des Charbonnages en France).

⁸⁶ Art. „Westdeutsche und englische Kohlenpreise“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 1 vom 4. 1. 1950.

⁸⁷ Art. „Das französische Kohlenproblem“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 24 vom 13. 7. 1947.

Frankreichs Kohlenförderung⁸⁸ (in Mill. Tonnen)

1938	47,5
1945	35,1
1946	47,2
1947	45,2
1948	45,3 ^{a)}
1949	51,3

a) Die Produktion im vierten Quartal 1948 wurde durch Streiks beeinträchtigt.

Da Frankreich bereits in normalen Zeiten etwa ein Drittel seines Kohlenbedarfes aus dem Auslande importieren mußte, war bei Kriegsende die französische Industrie zur Erfüllung des Wiederaufbauprogramms natürlich erst recht auf die importierte Kohle angewiesen. Die nachstehende Zusammenstellung zeigt, daß die Kohlenimportmenge kaum eine Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit erfuhr.

Der französische Kohlenimport⁸⁹ (in 1000 Tonnen — monatlich)

	1938	Februar	1948
Großbritannien	529		39
Ruhr und Saar	460		205
Belgien	296		16
Niederlande	100		—
Vereinigte Staaten	1		1072
Polen	131		63
Andere Länder	40		6
Gesamt-Einfuhr:	1557		1401

Als sich bei Kriegsende sowohl Deutschland als auch Großbritannien nicht in der Lage befanden, Kohlenexporte vorzunehmen, traten an die Spitze der Herkunftsländer im Jahre 1947 die USA, welche die sehr beträchtliche Menge von ca. 12 Mill. Tonnen lieferten. Jedoch bedeutete die amerikanische Importkohle eine ungeheure Belastung für die französische Devisenbilanz hinsichtlich des geringen Dollarfonds und überdies stellten sich die Kosten für die amerikanische Kohle um 30 Prozent höher als deutsche oder englische Einfuhren, weil die sehr teuren Seefrachten einen enormen Preisunterschied verursachten.

⁸⁸ Art. „Frankreichs Kohlenmangel“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 27 vom 19. 4. 1947. Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), a. a. O., S. 174 f.

⁸⁹ Art. „Frankreichs Industrie im Wiederaufbau“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 19 vom 8. 5. 1948.

Deshalb ist es auch leicht begreiflich, daß gerade Frankreich bei der ECO sehr stark auf die Lieferung von Ruhrkohle drängte. Ausserdem spielte dabei eine entscheidende Rolle, daß das lothringische Minette-Gebiet von jeher geradezu auf Ruhrkoks angewiesen war, weil sich dieser am besten zur Verhüttung der Minette eignet. Die Bestrebungen Frankreichs, recht viel Ruhrkoks in das lothringische Minette-Gebiet zu schaffen, um dort der Eisenindustrie einen starken Auftrieb zu geben, bezwecken wohl eine weitgehende Verdrängung des Ruhrstahls in Westeuropa. Damit wäre nach französischer Meinung das Ruhrgebiet seiner bisher bedeutenden Position enthoben und dem französischen Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen. In normalen Zeiten gelangte durch Pendelverkehr Ruhrkoks nach dem lothringischen Eisenrevier und die Rückfracht bestand aus Minette, die im Ruhrgebiet der Verhüttung zugeführt wurde. Eine solche Transport-Verflechtung verband Lothringen genau so mit dem nordfranzösischen und belgischen Kohlengebiet, wobei insbesondere vom wirtschaftlichen Standpunkte aus die Senkung der Frachtkosten und die Vermeidung von unnötigem Laderaumleerlauf entscheidend ins Gewicht fielen. Wenn nun statt dessen dem Ruhrgebiet die Aufgabe zufallen sollte, wie ursprünglich geplant war⁹⁰, lediglich Ruhrkoks nach den die Minette verhüttenden Ländern zu liefern ohne die bisherige Rückfracht zu erhalten, dann hätte zwar auf Kosten der deutschen Eisenproduktion in den mit Ruhrkoks belieferten Ländern eine Produktionserhöhung eintreten können, jedoch nicht in demselben Ausmaße, als wenn gleichzeitig Minette auch im Ruhrgebiet verhüttet worden wäre. Dieser ursprünglich gefaßte Plan ist vom rein nationalistischen Standpunkt aus und im Hinblick auf die damit angestrebte wirtschaftliche Niederhaltung des Ruhrgebietes in gewissem zu verstehen. Mit dem Ziele des Marshall-Planes war er jedoch kaum mehr vereinbar, zumal der europäische wirtschaftliche Wiederaufbau größte Mengen an Eisen benötigte.

Als gegen Ende des Jahres 1946 der Monnet-Plan bekanntgegeben wurde, erachtete man für Frankreich ohne das Saargebiet ein jährliches Förderungssoll von 70 Mill. Tonnen Kohle als unbedingt notwendig, um den damals bestehenden Kohlenmangel beseitigen zu können⁹¹. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die gegenwärtig Frankreich zur Verfügung stehende Kohlenmenge der inländischen Förderung, zusammen mit jener der Saargruben, bei weitem die Nachfrage zu befriedigen imstande ist, obwohl die Förderung im Jahre 1949 erst rd. 55 Mill. Tonnen erreicht hat. Da die Industrie größtenteils bessere Kohlenqualitäten, als die im eigenen Lande geförderten benötigt, müssen einerseits laufend Kohlen-

⁹⁰ Art. „Lothringen und das Ruhrrevier“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 51 vom 4. 10. 1947.

⁹¹ Art. „Kohlenüberschuß in Frankreich“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart Nr. 24 vom 25. 3. 1950.

importe ihren großen Bedarf sicherstellen, während andererseits ein bedenklicher Kohlenüberschuß der eigenen Förderung der geringen Qualität wegen vorhanden ist und kaum abgesetzt werden kann.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang noch das heutige wirtschaftliche Verhältnis Frankreichs zum Saargebiet im Hinblick auf die im März 1950 abgeschlossenen Pariser Saarverträge. Seit Kriegsende waren die in eine Aktiengesellschaft zusammengefaßten Saargruben unter Sequester der Alliierten gestellt. Französische Ansicht nach sollte jedoch das Saargebiet so bald wie möglich wirtschaftlich und auch politisch von Deutschland losgelöst und wenigstens wirtschaftlich weitgehend an Frankreich angegliedert werden. Frankreich lockte vor allem die Produktionskraft des Saargebietes, in deren Mittelpunkt die Kohlenförderung und die Eisen- und Stahlgewinnung steht. Im Jahre 1948 konnte mit einer Förderung von 12,5 Mill. Tonnen Kohle die Produktionsziffer fast an dieselbe des Jahres 1938 herankommen und die Eisen- und Stahlgewinnung entspricht ungefähr zwei Fünfteln der gesamten französischen Stahlerzeugung. Der Nachteil der saarländischen Kohle lag bisher darin, daß nur in Verbindung mit einer Ruhrkohlenmischung dieselbe im Hochofenprozeß gebraucht werden konnte. Doch soll dieser Fehler nunmehr durch ein spezielles Verfahren behoben worden sein und somit könnte auch Saarkohle allein im Hochofen verwendet werden. Das Verfügungsrecht über die Saarkohle wurde durch eine Vereinbarung zwischen Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten so geregelt, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1948 schrittweise innerhalb eines Zeitraumes von 15 Monaten, das heißt bis zum 1. April 1949 die Saarkohle nicht mehr Deutschland, sondern Frankreich zugesprochen erhielt. Dabei wurde eine saarländische Kohlenexportmenge von 5 Mill. Tonnen jährlich zugrunde gelegt, zu deren Verteilung ab 1. Januar 1948 ein entsprechender Plan in Kraft trat.

Monatslieferungen von Saarkohle⁹²

	an Deutschland ^{a)}	an Frankreich
1. Vierteljahr 1948	412 000 t	nichts
2. Vierteljahr 1948	275 000 t	137 000 t
3. Vierteljahr 1948	192 000 t	220 000 t
4. Vierteljahr 1948	110 000 t	330 000 t
1. Vierteljahr 1949	27 500 t	384 000 t
2. Vierteljahr 1949	nichts	412 000 t

a) Bezw. zur Verfügung der ECO.

Bis zu diesem Zeitpunkt standen der ECO 40 Prozent der Saarförderung zur Verfügung, was nun auf Grund des Beschlusses der

⁹² Art. „Frankreich und die Saarkohle“, in: „Neue Zürcher Zeitung“, Zürich, Nr. 521 vom 11. 3. 1948.

drei genannten Regierungen nicht mehr der Fall war. Die Kohlenverteilung im westeuropäischen Raume mußte daher der neuen Situation angepaßt werden. Da die deutsche Exportkohle nur in Dollar zahlbar ist, bedeutete die Herausnahme des Saargebietes und damit der Saarkohle aus dem deutschen Wirtschaftskörper für Frankreich devisenmäßig eine beträchtliche Entlastung; denn durch die Neuregelung konnte nunmehr die Bezahlung in eigener Landeswährung erfolgen. Obwohl die Saarkohle aus dem deutschen Bereich herausgenommen und nicht der Exportquote angerechnet wurde, dachte Frankreich keineswegs an eine Reduzierung der von Deutschland zu liefernden Kohlenmenge, weil von vornherein angenommen wurde, daß die Steigerung der Ruhrkohlenförderung weiterhin anhalten und sich somit der Quotenanteil wieder entsprechend erhöhen werde.

Die in Paris getroffenen Konventionen zwischen der französischen Regierung und der Saarregierung legten sodann im März 1950 fest, daß die Kohlengruben des Saarlandes zwar nicht in französisches Eigentum übergehen, sondern für die Dauer von fünfzig Jahren von der französischen Régie des Mines de la Sarre gepachtet werden sollten⁹³. Wahrscheinlich stellen aber diese Verträge nur ein Provisorium bis zur endgültigen Entscheidung durch einen Friedensvertrag mit Deutschland dar; denn das Saargebiet bildet an und für sich lediglich einen Teil der französischen Besatzungszone und die Saargruben, die ehemaliges Reichseigentum darstellen, gehören nach dem Grundgesetz rechtmäßig zur Bundesrepublik. Deshalb haben auch die Pariser Saarverträge deutscherseits größte Entüstung ausgelöst.

Sollte aber das Saargebiet künftig immer mehr der französischen Wirtschaft angegliedert werden, dann stellt sich unter Umständen recht bald die Frage, ob der französische Markt ausreichend Absatz sowohl für die Kohle als auch für die Eisen- und Stahlproduktion des Saargebietes bieten kann. Möglicherweise könnte eines Tages die französische Schwerindustrie die Konkurrenz des Saargebietes als nicht gerade wünschenswert betrachten. Darum wird die endgültige Lösung dieses Problems wohl kaum in einer solch einseitigen wirtschaftlichen Ausrichtung zu suchen sein, zumal die allgemeine Tendenz im Zeichen des Marshall-Planes viel eher den Gedanken der großen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in die Wirklichkeit umzusetzen versucht und daher konsequenterweise nicht nationalistische Sonderinteressen zu verteidigen gewillt ist.

Gerade bezüglich des Ruhrgebietes wurde von französischer Seite immer wieder hervorgehoben, daß das enorme Industriepotential und die dortigen Kohlenschätze ganz Europa und nicht allein Deutschland dienen sollten. Dementsprechend müßten eigentlich unter gesamteuropäischem Aspekt auch alle anderen Industrie-

⁹³ Art. „Bis zum Jahre 2000“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 19 vom 8. 3. 1950.

zentren und Mineralien unseres Kontinents, nicht zuletzt auch jene des Saargebietes, gesamteuropäischen Interessen dienen, wenn man wirklich aufrichtig und ernsthaft bestrebt ist, eine europäische Völker- und Wirtschaftsgemeinschaft herbeizuführen.

Diese Überlegung führte ja auch zu dem Vorschlag des französischen Außenministers Schuman, eine Zusammenfassung der französischen und deutschen Kohlen- und Eisenindustrie vorzunehmen, wodurch auch die Saarfrage eine ganz andere Beurteilung erfahren und bedeutend leichter zu lösen sein würde. Allerdings bleibt abzuwarten, ob die Montan-Union in der Lage ist, die einzelnen nationalwirtschaftlichen Interessen weitgehend auszuschalten und ob nicht die immer noch vorhandenen politischen Ressentiments das ganze Projekt sehr in Frage stellen.

3. Belgien

Normalerweise deckte die belgische Kohlenförderung vor dem Kriege den gesamten inländischen Kohlenbedarf und die ausgeführten Mengen dienten in der Regel nur zum Sortenaustausch. Als sich jedoch bei Kriegsende im Jahre 1946 die Förderung um über 6 Mill. Tonnen im Vergleich zum Jahre 1938 verringert hatte, stand die belgische Kohlenwirtschaft genau vor denselben Produktionsproblemen wie ihre Nachbarstaaten und war stark auf Kohlenimporte hauptsächlich aus USA angewiesen. Die Hauptursache des belgischen Förderrückganges ist zunächst in dem starken Rückgang der Belegschaftsstärke zu suchen, die von 125 000 im Jahre 1939 auf 85 000 im Januar 1945 herabsank⁹⁴. Bis Ende Dezember 1946 erhöhte sich jedoch die Zahl der Bergleute gewaltig bis 165 000, da Kriegsgefangene und ausländische Arbeitskräfte zur Grubenarbeit herangezogen wurden. Aber durch den Einsatz von Nichtfachkräften entsprach die Förderleistung je Mann bei weitem nicht der Vorkriegsziffer.

Durchschnittliche Tagesleistung je Kopf der Gesamtbelegschaft im belgischen Kohlenbergbau⁹⁵. (in kg)

1938	758
1945 (Januar)	485
1946 (Dezember)	570
1948 (Dezember)	620

⁹⁴ Art. „Mehr Kohle in Belgien“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 23 vom 6. 6. 1947.

⁹⁵ „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 23 vom 6. 6. 1947. „Monthly Bulletin of Coal Statistics“, Genf 1948, Nr. 9.

Die geringe Arbeitsproduktivität brachte in Belgien gleichfalls eine starke Verschlechterung der finanziellen Situation der Zechen mit sich, die nur mit Hilfe von Subventionen einigermaßen im Gleichgewicht gehalten werden konnte. Man erwartet jedoch sowohl durch die Einarbeitung der nicht bergmännischen Arbeitskräfte, als auch durch die Einschaltung des geschulten Nachwuchses und die stärkere Technisierung eine Verbesserung der Kostenlage. Im Jahre 1949 betrug das gesamte Defizit im belgischen Bergbau 1 368 000.— bfrs, was einem Mindererlös von etwa 73,66 bfrs je Tonne entspricht, gegenüber 100.— bfrs im Jahre 1948 ⁹⁶.

Immerhin konnte das nächstliegende Ziel einer absoluten und baldigen Fördersteigerung mit Hilfe der erheblich gestiegenen Belegschaftshöhe erreicht werden wie folgende Zahlen zum Ausdruck bringen.

Die belgische Kohlenförderung ⁹⁷.
(in Mill. Tonnen)

1938	29,6
1945	16,7
1946	22,8
1947	24,4
1948	26,9
1949	27,6

Eine derartige Aufwärtsentwicklung läßt darauf schließen, daß im Jahre 1950 die Fördermenge des Jahres 1938 annähernd erreicht werden wird. Schon im April des Jahres 1948 konnte auf Grund der Produktionssteigerung auf den Import der viel teureren Kohle aus USA verzichtet werden, zumal in der Zwischenzeit nun auch wieder Kohle — vor allem aus dem Ruhrgebiet — zur Verfügung stehen. Deshalb konnte die Bewirtschaftung der Kohle in Belgien bereits am 1. April 1949 aufgehoben werden. Durch die wachsenden Schwierigkeiten auf den Exportmärkten wuchsen dann die Haldenbestände in der zweiten Hälfte des Jahres 1949 auf über 2,5 Mill. Tonnen an und infolgedessen reduzierte Belgien seine Importe aus Deutschland. Auch die Wirtschaft Belgiens hat an den niederen deutschen Kohlenexportpreisen lange Zeit sehr erheblich profitiert, doch seit der Wettbewerb auf dem Kohlenmarkte immer schärfere Formen angenommen hat, empfinden die belgischen Zechen begreiflicherweise die billigeren deutschen Kohlenexportpreise, die von den Alliierten immer noch unter den Weltmarktpreisen gehalten werden, als sehr unangenehm.

⁹⁶ Art. „Die Lage im belgischen Bergbau“, in: „Kohlenwirtschaftszeitung“, Mannheim, Nr. 14 vom 31. 7. 1950. „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 48 vom 15. 6. 1949.

⁹⁷ Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), a. a. O., S. 174 f.

4. Polen

Die große Bedeutung der polnischen Kohlenproduktion für Europa kommt klar durch den Hinweis zum Ausdruck, daß Polen im Jahre 1948 als Kohlenexporteur die erste Stelle auf unserem Kontinent einnahm, indem nicht weniger als 26 Mill. Tonnen — (1947: 19 Mill. Tonnen) — nach den verschiedensten europäischen Ländern zur Ausfuhr gelangten⁹⁸. Zwar wurde insbesondere in den ersten Nachkriegsjahren die Sowjetunion am stärksten mit polnischer Kohle versorgt, doch dies änderte sich im Jahre 1948, indem die nordischen Länder an deren Stelle mit etwa 8,4 Mill. Tonnen rückten und die Sowjetunion auf Grund der eigenen gestiegenen Kohlenförderung nur 7,5 Mill. Tonnen polnische Kohle importierte. Die restliche Kohlenexportmenge von ungefähr 10 Mill. Tonnen wurden im wesentlichen außer von der deutschen Ostzone, von Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz eingeführt. Bereits vor dem Kriege, als Polen noch nicht im Besitze der deutschen oberschlesischen Kohlenreviere war, nahm es als Kohlenexporteur mit etwa 12 Mill. Tonnen die dritte Stelle in Europa ein. Umso mehr konnte die Stellung Polens auf den Auslandsmärkten gefestigt werden, als bei Kriegsende auch die oberschlesische Kohle in den polnischen Exportplan eingeschaltet werden konnte.

Die große europäische Kohlennot und die damit verbundene dringende Notwendigkeit von Kohlenimporten trotz stark erhöhter Preise, versetzte Polen in die günstige Lage, seinen Kohlenüberschuß ab polnischer Landesgrenze zwischen 12 bis 15 Dollar je Tonne im Jahre 1947 gegenüber ungefähr 4 Dollar⁹⁹ vor dem Kriege verkaufen zu können; denn dieser Preis lag immerhin noch niedriger als jener der USA-Kohle. Eine solche Preisentwicklung auf den europäischen Kohlenmärkten war nur deshalb möglich, weil die Exporte der früheren Hauptkonkurrenten Großbritannien und Deutschland infolge der ungenügenden Produktionskapazität noch nicht entscheidend ins Gewicht fielen. Es ist deshalb sehr leicht begreiflich, daß Polen nicht allzu freudig die stetige Fördersteigerung im Ruhrgebiet begrüßte, denn die westeuropäischen Kohlenimportländer decken seit einiger Zeit wieder im verstärkten Ausmaß ihren Bedarf aus dem Ruhrgebiet, allein schon aus Frachtersparnisgründen. Um der künftigen Ruhrkohlenkonkurrenz zu begegnen, versucht Polen mit langfristigen Handelsabkommen seinen Kohlenexport auch weiterhin zu sichern, was wiederum vom polnischen Standpunkte aus höchst verständlich erscheint, weil der Kohlenexport zur Zeit fast zwei Drittel der gesamten Ausfuhrwerte darstellt.

⁹⁸ Art. „Polens Kohlenexport“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 28 vom 6. 4. 1949.

⁹⁹ Art. „Polen fürchtet Ruhr-Wettbewerb“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 43 vom 24. 10. 1947.

Nachdem sich auf dem europäischen Kohlenmarkte eine bedeutende Wandlung vollzogen hatte, sah sich Polen gezwungen, die hohen Kohlenexportpreise herabzusetzen, um weiterhin in Wettbewerb mit der britischen Kohle und der Ruhrkohle bleiben zu können. Vor allem seit der Abwertung der meisten europäischen Länder im Oktober 1949 liegt Polen im stärksten Wettbewerb mit der noch etwas billigeren englischen Kohle. Darum versucht nun Polen mit einer ganzen Reihe europäischer Länder Handelsabkommen abzuschließen, wodurch der polnische Kohlenexport auch künftighin gesichert werden soll. Vor allem an Schweden, das eines der wichtigsten europäischen Kohlen-Importländer darstellt, liefert Polen beträchtliche Mengen Kohle und Koks, weil die schwedische Exportindustrie größere polnische Aufträge erhalten und sich infolgedessen bereit erklärt hat, den im Vergleich zur englischen Kohle etwas höheren polnischen Kohlenpreis zu bezahlen.

Der relativ geringe eigene Kohlenbedarf im Hinblick auf die verfügbare Kohlenmenge bildet die wesentliche Voraussetzung für die Höhe des polnischen Kohlenexports. Wie unterschiedlich der Kohlenverbrauch je Kopf der Bevölkerung beispielsweise zwischen Polen und anderen europäischen Staaten sich gestaltete, zeigt folgende Darstellung.

**Jährlicher Steinkohlenverbrauch
je Kopf der Bevölkerung¹⁰⁰.
(in kg)**

1937

Belgien	4106
Großbritannien	3982
Deutschland	2650
Tschechoslowakei	1598
Polen	736

Im polnischen Kohlenbergbau wird zwar auch die volle Ausnutzung der Kapazität gehemmt durch Bergarbeitermangel und Rückständigkeit der technischen Grubenausrüstung, jedoch nicht in dem Ausmaß, wie dies allgemein in den übrigen europäischen Produktionsländern der Fall ist.

Wie die polnische Kohlenförderentwicklung sich vollzog, vermittelt nun die nachstehende Übersicht.

¹⁰⁰ Art. „Europäische Kohlenversorgung auf weitere Sicht“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 45 vom 7. 11. 1947.

Die polnische Kohlenförderung ¹⁰¹.
(in Mill. Tonnen)

1938	39,0
1945	27,4
1946	47,7
1947	59,1
1948	70,3

Dieser rapide Mengenzuwachs ist in der Hauptsache auf die Annektion der ehemals deutschen oberschlesischen Kohlenbezirke zurückzuführen, deren Förderung allein im Jahre 1935 19 Mill. Tonnen betrug. Der Förderplan, welcher von der seit 1947 verstaatlichten Bergbauleitung aufgestellt wurde, rechnet zwar auch weiterhin mit einer Fördersteigerung, vor allem durch Erhöhung der Schichtleistung, doch soll die Erhöhung der Kohlenförderung nicht mehr so stark vorangetrieben werden, da die Hochkonjunktur des Kohlenexports sich bereits durch die Konkurrenz britischer und deutscher Lieferungen im Abstieg befindet und künftig eher mit Absatzschwierigkeiten gerechnet wird. Auf Grund dieser Erwägung soll vielmehr das Schwergewicht der Produktion auf andere Industriezweige verlagert werden, welche die Ausweitung und Intensivierung der Wirtschaftskapazität des Landes rasch voranzutreiben imstande sind. Man erwartet von einer derartigen Schwergewichtsverlagerung auf die Produktionsmittelindustrie mehr, als wenn weiterhin an einer absoluten Steigerung der Kohlenförderung festgehalten wird, was dann wiederum nur zu Dumping-Kohlenexporten führen würde.

So soll insbesondere das oberschlesische Industrieviertel zu einem höchst bedeutsamen Wirtschaftszentrum unter sowjetischer Führung ausgebaut werden und man spricht bereits davon, daß dieses Revier die Stellung eines östlichen Ruhrgebietes zu übernehmen habe. Dieses Ziel soll in sehr enger Zusammenarbeit zwischen Polen und der Tschechoslowakei erreicht werden, wobei das schwedische Erz eine hervorragende Rolle spielen soll; denn sämtliche Länder des sog. Ostblocks beziehen nicht weniger als nahezu ein Drittel des gesamten schwedischen Exportes, woran die Tschechoslowakei mit ungefähr einer Million Tonnen besonders stark beteiligt ist ¹⁰². Dieser Plan zur Schaffung eines östlichen Ruhrgebietes muß im Hinblick auf den Wiederaufbau der westdeutschen Industrie als östlicher Gegenpol angesehen werden, der, wenn realisiert, für die westeuropäische Bergbau- und Hüttenindustrie keineswegs von geringer Bedeutung sein wird, da die osteuropäischen Märkte so gut wie sicher dann in Zukunft von diesem östlichen Ruhrgebiet beliefert werden.

¹⁰¹ Art. „Polens Kohlenwirtschaft heute“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 24 vom 13. 6. 1947. Art. „Polens Kohlenexport“, in: „Wirtschaftszeitung“, Stuttgart, Nr. 28 vom 6. 4. 1949.

¹⁰² Art. „Ein tschechisch-polnischer Überplan“, in: „Wirtschaftsrevue“, Konstanz, Nr. 31 vom 30. 7. 1948.

XIII. Schlußbetrachtungen

Bei der zusammenfassenden Beurteilung des der Untersuchung zugrunde gelegten Zeitabschnittes von fünf Jahren kann zweifellos festgestellt werden, daß es den Kohle fördernden europäischen Staaten organisatorisch und leistungsmäßig gelungen ist, den europäischen Kohlenmangel der ersten Nachkriegsjahre vollkommen zu beseitigen und in manchen Kohlsorten sogar ein überreiches Angebot zu erzeugen. Welche Arten von Schwierigkeiten infolge der außerordentlichen Kompliziertheit der Nachkriegssituation auf diesem Wege überwunden werden mußten, zeigte ganz drastisch die Entwicklung des Ruhrreviers, wo im Gegensatz zu den anderen europäischen Kohlenbezirken noch politische Faktoren von enormer Tragweite eine höchst bedeutsame Rolle spielten.

Erfreulicherweise konnte sich auf Grund der von Jahr zu Jahr gesteigerten europäischen Kohlenförderung der wirtschaftliche Wiederaufbau in sämtlichen westeuropäischen Staaten relativ schnell vollziehen und wesentlich zur Normalisierung der Verhältnisse beitragen. Die günstige europäische Kohlenbilanz stellt vom Gesichtspunkt des Marshall-Planes aus einen nicht zu unterschätzenden Aktivposten dar; denn die schnelle und wirksame Steigerung der europäischen Kohlenproduktion nahm bekanntlich eine erstrangige Schlüsselstellung innerhalb dieses Planes ein. Von vornherein war es bei der Planung des Wiederaufbauprogramms klar, daß nur dann die Marshall-Hilfe ihre volle Wirkung erreichen kann, wenn gleichzeitig die westeuropäische Wirtschaft sämtliche zur Verfügung stehenden Kräfte aktiviert. Darum wurde im Rahmen des Marshall-Planes gerade die westdeutsche Wirtschaft mit Lieferungen aller Art sehr gut bedacht, um dort vor allem die Ruhrproduktion so rasch wie möglich zu steigern. Doch geschah dies wohl kaum, weil Deutschland daran besonders stark interessiert war, sondern aus gesamt-europäischen wirtschaftlichen Gründen.

An dieser Stelle muß aber auch hervorgehoben werden, daß in allererster Linie ein besonderer Dank jenen Menschen gebührt, die unermüdlich diese „schwarzen Diamanten“, wie die Kohle so oft mit Recht genannt wird, zu Tage fördern und damit der Wirtschaft jene Heiz- und Energiewerte zuführen, die so dringend für die Inangenhaltung der Produktion benötigt werden.

Bei dem heutigen Stand der Technik verschiebt sich die außerordentliche Bedeutung der Kohle immer mehr auf die Gewinnung und Verarbeitung der zahlreichen wertvollen Nebenprodukte, wodurch der Kohle immer größere Wichtigkeit in der wirtschaftlichen Entfaltung eines Landes zufällt. Darum wird es auch leicht begreiflich, daß sogleich bei Kriegsende die Ruhrkohlenfrage in den Mittelpunkt der internationalen Diskussion gerückt ist und seither bei den europäischen Besprechungen bezüglich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus das Kernproblem darstellte.

Die politische Weltlage erfuhre nun in jüngster Zeit wiederum eine sehr bedenkliche Verschlechterung durch die Spaltung der Welt in zwei riesige Machtkomplexe, wobei einerseits die Vereinigten Staaten und andererseits Rußland jeweils die Führung übernommen haben. Zweifellos wird unter diesem Aspekt die Ruhrfrage in ein ganz anderes Licht gerückt; denn das Wirtschaftspotential dieses Gebietes wird man infolgedessen wohl nicht mehr zu verkleinern wünschen und die gesamte Neugestaltung der Ruhrindustrie wird dadurch künftig höchstwahrscheinlich von den westlichen Alliierten eine wesentlich andere Beurteilung erfahren. Gerade weil immer deutlicher klar geworden ist, daß sämtliche in der westlichen Sphäre liegenden europäischen Staaten schicksalsverbunden wirtschaftlich und politisch zusammenhalten müssen, um den inneren und äußeren Gefahren jeglicher Art standhalten zu können, wird man Deutschland sehr bald, trotz der teilweise noch vorhandenen politischen Ressentiments, als gleichberechtigten Partner in die europäische Völkerfamilie wieder aufzunehmen gewillt sein.

Das Abkommen über die Errichtung der Europäischen Kohlenorganisation

Die Regierungen Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, der Türkei, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben in der Überzeugung, daß während der gegenwärtigen Zeit allgemeiner Knappheit an Kohle und gewisser Arten von Bergbaumaterial und -ausrüstung eine wirksame Koordinierung des Bedarfes und des Angebotes dieser Güter weiterhin erforderlich ist, das folgende Abkommen geschlossen.

Artikel 1

Errichtung einer Europäischen Kohlenorganisation

Die Europäische Kohlenorganisation, im folgenden als „Organisation“ bezeichnet, wird hiermit formell errichtet.

Artikel 2

Mitgliedschaft in der Organisation

Mitglieder der Organisation sind die Regierungen, in deren Namen dieses Abkommen unterzeichnet wurde und die Regierungen, die auf die in Artikel 3 vorgesehene Einladung durch den Rat hin dem Abkommen beitreten.

Artikel 3

Aufbau der Organisation

1. Die Organisation besteht aus einem Rat und einem hauptberuflichen Stabe.
2. Der Rat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsregierungen zusammen. Jede Regierung ernennt einen Vertreter und kann einen Ersatzvertreter und technische Berater ernennen.
3. Der Rat bestimmt seine Verfahrensregeln selbst und kann, falls erforderlich, Ausschüsse oder andere ihm untergeordnete Körperschaften errichten.
4. Der hauptberufliche Stab besteht aus einem Vorsitzenden, der den Vorsitz im Rat führt, einem Generalsekretär, der wie der Vorsitzende durch den Rat ernannt wird, und sonstigem erforderlichen Personal, das durch den Vorsitzenden mit Genehmigung des Rates und in Übereinstimmung mit den vom Rat vorzuschreibenden Bedingungen ernannt wird.

Artikel 4

Zweck der Organisation

1. Zweck der Organisation ist, die Beschaffung und gerechte Verteilung von Kohle und knappen Gegenständen des Bergbaumaterials und der Berg-

bauausführung zu fördern und dabei nach Möglichkeit die Interessen sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher zu wahren. In Verfolgung dieses Zweckes unterrichtet der Rat sich laufend über die Lage bezüglich derartiger Beschaffung und Verteilung, führt erforderlichenfalls Besprechungen hierüber, erteilt diesbezügliche Auskünfte und unterbreitet den betreffenden Regierungen oder sonstigen zuständigen Stellen entsprechende Empfehlungen.

2. Zu diesem Zwecke werden die beteiligten Regierungen:

a) der Organisation auf deren Ersuchen alle diesbezüglichen Informationen, insbesondere Auskünfte bezüglich der Produktion, der Einfuhren, der Ausfuhren, des Verbrauchs, der Vorräte und des Bedarfs an Kohle und Bergbaumaterial und -ausrüstung zur Verfügung stellen und

b) der Organisation ihre volle Mitarbeit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gewähren.

Artikel 5

Sitz der Organisation

Sitz der Organisation ist London oder ein anderer, durch den Rat zu bestimmender Ort.

Artikel 6

Verbindungen zu anderen Organisationen, Behörden und Agenturen

1. Die Organisation kann Verbindungen zu nationalen oder internationalen Organisationen, Behörden und Agenturen aufnehmen.

2. Nach Errichtung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen tritt die Organisation mit diesem Rat in Verbindung, um zu entscheiden, welches Verhältnis zwischen ihr und dem Rat zu schaffen ist und insbesondere, ob ihre Funktionen von dem Rat übernommen werden können und sollen.

Artikel 7

Verwaltungsausgaben

Der Rat erörtert und genehmigt ein Budget zur Deckung der erforderlichen Verwaltungsausgaben der Organisation. Die Verwaltungsausgaben werden in einer vom Rat zu bestimmenden Weise auf die Mitgliederregierungen umgelegt und von ihnen getragen. Jede Mitgliedsregierung verpflichtet sich, im Rahmen ihres verfassungsmäßigen Verfahrens, ihren auf diese Weise festgelegten Beitrag zu den Verwaltungsausgaben pünktlich an die Organisation abzuführen.

Artikel 8

Rechte und Immunität

1. Die Organisation hat auf den Gebieten der Mitgliedsregierungen diejenigen Rechte und Immunitäten, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich sind.

2. Vertretern der Mitgliedsregierungen und Beamten der Organisation stehen auf diesen Gebieten ebenfalls die Rechte und Immunitäten zu, die zur unabhängigen Ausübung ihrer Funktionen nötig sind.

Artikel 9

Begriffsbestimmungen.

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten:

Das Wort „Kohle“: alle Kohle (Anthrazit, Braunkohle oder sonstige Sorten), Koks (aus Gaswerken oder Kokereien), Briquets oder sonst hergestellter fester Brennstoff sowie Pech, das zur Fabrikation fester Brennstoffe verwendet wird.

Artikel 10

Inkrafttreten und Gültigkeitsdauer des Abkommens

Dieses Abkommen, abgefaßt in französischer und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen maßgeblich sind, tritt am 1. Januar 1946 für eine Anfangsdauer von einem Jahr in Kraft. Die Mitgliedsregierungen (oder einige davon) können seine Wirkungskdauer um eine durch sie zu bestimmende Zeit verlängern. Vom 1. Oktober 1946 ab kann jede Mitgliedsregierung der Regierung des Vereinigten Königreiches schriftlich ihren Austritt aus der Organisation erklären. Für jede Regierung, die eine derartige Erklärung abgegeben hat, endet das Abkommen drei Monate nach dem Tage, an dem die Erklärung bei der Regierung des Vereinigten Königreiches eingegangen ist.

Zur Beurkundung dieser Vereinbarung haben die Unterzeichneten mit ordnungsmäßiger Ermächtigung ihrer zuständigen Regierungen das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in London am 4. Januar 1946 in einem einzigen Exemplar, das bei der Regierung des Vereinigten Königreiches hinterlegt wird und von dem alle unterzeichnenden Regierungen oder dem Abkommen beitretende Regierungen beglaubigte Abschriften erhalten.

Gesetz Nr. 75

Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie

Militärregierung — Deutschland (Britisches Kontrollgebiet)

Die Militärregierung hat sich die Dezentralisation der deutschen Wirtschaft zum Ziele gesetzt, und zwar zu dem Zwecke, die übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft zu beseitigen und das Entstehen der Fähigkeit zur Kriegsführung zu verhindern.

Die Militärregierung hat beschlossen, die endgültige Entscheidung über die Eigentumsverhältnisse im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie einer aus freien Wahlen hervorgegangenen, den politischen Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringenden deutschen Regierung zu überlassen.

Die Militärregierung hat beschlossen, in den genannten Zweigen der Wirtschaft die Wiederherstellung von Eigentumsverhältnissen, aus denen sich eine übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft ergeben würde, nicht zuzulassen und nicht zu gestatten, daß jemand, von dem bekannt ist oder bekannt wird, daß er die Angriffspläne der nationalsozialistischen Partei gefördert hat, in eine Stellung zurückkehrt, in der ihm Eigentums- und Kontrollrechte zustehen würden.

Die Militärgouverneure und Oberbefehlshaber der britischen und der amerikanischen Besatzungszone sind sich über die in ihren Zonen zu diesem Behufe zu ergreifenden Maßnahmen einig geworden. Der Militärgouverneur und Oberbefehlshaber der amerikanischen Zone wird dieses Übereinkommen durch Verkündung des Gesetzes Nr. 75 ausführen.

Es wird daher angeordnet:

Artikel I

Entflechtung

1. Die im Anhang A zu diesem Gesetz aufgeführten Unternehmen stellen, wie hiermit ausdrücklich festgestellt wird, übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft dar oder gehören zu solchen, deren Fortbestand aus anderen Gründen bedenklich erscheint. Sie unterliegen daher der Umgestaltung im Rahmen der Verordnung Nr. 78 der Militärregierung (Verbot der übermäßigen Konzentration deutscher Wirtschaftskraft). Alle diese Unternehmen kontrollierenden Gesellschaften müssen unter Bestellung eines Liquidators sofort in Liquidation treten, beziehungsweise muß ein bereits schwebendes Liquidationsverfahren bestätigt werden.

2. Vermögenswerte, die im Eigentum oder unter der Kontrolle der in Anhang B aufgeführten Betriebe stehen, werden hiermit der Beschlagnahme durch die Militärregierung unterworfen. Bis zum Ergehen einer Entscheidung über die Frage ihrer Beschlagnahme werden sie hiermit der Kontrolle nach Maßgabe des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung unterstellt, sofern sie einer solchen nicht bereits unterliegen.

3. Vorbehaltlich der Bestimmungen der nachstehenden Artikel II und III findet die Ausführungsverordnung Nr. 1 zur Verordnung Nr. 78 der Militärregierung auf die in den Anhängen A und B nicht aufgeführten Unternehmen des Kohlenbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie Anwendung.

Artikel II

Umgestaltung des Kohlenbergbaus

4. Die gemäß Allgemeiner Verfügung Nr. 5 zum Gesetz Nr. 52 der Militärregierung von dieser übernommenen Kontrollbefugnisse über den Kohlenbergbau im britischen Kontrollgebiet werden in Zukunft von der UK/US Coal Control Group ausgeübt. Die UK/US Coal Control Group übt gleichfalls die von der Militärregierung gemäß obigen Artikel I Ziffer 2 übernommenen Befugnisse aus.

5. Die von der Militärregierung zu bestimmenden Vermögenswerte im Kohlenbergbau sind zu beschlagnahmen und auf zu diesem Behufe zu gründende Gesellschaften deutschen Rechts zu übertragen, sowie diesen zu Eigentum zu überlassen. Gründer und Anteilseigner dieser Gesellschaften müssen Personen deutscher Staatsangehörigkeit sein, die nach Beratung mit den zuständigen deutschen Stellen von der Militärregierung oder mit deren Ermächtigung hierzu bestimmt werden. Die so bestimmten Personen führen die Bezeichnung Treuhänder und verwalten die ihnen zugeteilten Anteilsrechte an den Gesellschaften für die Eigentümer der unter diesen Artikel fallenden Kohlenbergwerke und angegliederten Betriebe nach den Ausführungsverordnungen und Anordnungen der Militärregierung.

6. Nach einer gemäß Ziffer 5 dieses Gesetzes erfolgten Übertragung von Vermögenswerten im Kohlenbergbau auf eine neue Gesellschaft sind auf diese Vermögenswerte die Vorschriften des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung und der dazu erlassenen Allgemeinen Verfügung Nr. 5 nicht mehr anwendbar; bei den im Anhang A genannten Unternehmen sind sie auf den in Artikel I dieses Gesetzes erwähnten Liquidator zu übertragen, der über sie nach Anordnung der Militärregierung verfügt.

7. Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren Tochtergesellschaften die Firmen Deutscher Kohlenverkauf und Bergbaubedarf-Beschaffungszentrale werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der umgewandelten Deutschen Kohlenbergbau-Leitung werden aus der Reihe der in Ziffer 5 erwähnten Treuhänder und gemäß den Vorschriften des Artikels IV ausgewählt.

8. Die Militärregierung bestimmt durch Ausführungsverordnung:

a) die Grundsätze für die Errichtung der nach Ziffer 5 zu gründenden Gesellschaften, die Zuteilung von Vermögenswerten an diese Gesellschaften, die Zahl der Treuhänder, deren Befugnisse und Pflichten und ihre Stellung gegenüber der Militärregierung, gegenüber deutschen Stellen, gegenüber den in Ziffer 7 dieses Gesetzes genannten Gesellschaften und gegenüber den früheren Eigentümern der betroffenen Betriebe;

b) den Aufbau und den Tätigkeitsbereich der in Ziffer 7 genannten Gesellschaften, ihre Stellung gegenüber der Militärregierung, gegenüber

deutschen Stellen und gegenüber Gesellschaften, die gemäß Ziffer 5 zu bilden sind.

Artikel III

Umgestaltung der Eisen- und Stahlindustrie

(In Ziffer 9—15 sind hier die Vorschriften über die Neugestaltung der Eisen- und Stahlindustrie enthalten.)

Artikel IV

Interessen der Vereinten Nationen

16. Abgesehen von den in Anhang A aufgeführten, einer Umgestaltung im Rahmen der Verordnung Nr. 78 der Militärregierung unterliegenden Unternehmen, fallen Unternehmen, deren Gesellschaftskapital vor dem 1. September 1939 sich zu mehr als der Hälfte im Eigentum von Staatsangehörigen der Vereinten Nationen befand, nicht unter die Vorschriften der Artikel II und III dieses Gesetzes. Das Vermögen dieser Unternehmen im Aufsichtsrat der umgestellten Deutschen Kohlenbergbau-Leitung ist jedoch im Wege einer Ausführungsverordnung sicherzustellen.

17. Vor dem 1. September 1939 von Angehörigen der Vereinten Nationen erworbene Interessen im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie können durch Bevollmächtigte der Eigentümer wahrgenommen werden.

18. Die Befugnisse der UK/US Coal Control Group der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung — in ihrer gegenwärtigen oder künftigen Gestalt — auf dem Gebiete der Produktion und Verteilung werden durch die Vorschriften dieses Artikels in keiner Weise eingeschränkt oder anderweitig berührt.

Artikel V

Verbindlichkeiten

19. Auf Grund der Vorschriften der Artikel II und III dieses Gesetzes beschlagnahmte und übertragene Vermögenswerte werden hiermit von allen auf ihnen lastenden Rechten Dritter und sonstigen Belastungen befreit.

20. Die Erlöse, die sich gegebenenfalls aus dem Verkaufe von Anteilsrechten an den auf Grund von Artikel II und III gegründeten Gesellschaften ergeben, sind im Verhältnis zu dem Werte der übertragenen Vermögenswerte denjenigen Betrieben zu übergeben, deren Vermögenswerte übertragen worden sind, oder ihren Rechtsnachfolgern oder Liquidatoren, und stehen zur Befriedigung von Gläubigern nach Maßgabe ihrer ursprünglichen Rechte gemäß Deutschem Recht zur Verfügung; jedoch kann die Militärregierung die bevorzugte Erfüllung von solchen Verbindlichkeiten anordnen, die während der Ausübung der Kontrolle durch die Militärregierung entstehen.

Artikel VI

Interessen des früheren Reiches und des früheren preußischen Staates

21. Unternehmungen und Beteiligungen des früheren Reiches und des früheren preußischen Staates unterliegen den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Interessen des früheren Reiches und des früheren preußischen Staates an den nach diesem Gesetz gebildeten Gesellschaften werden von den in Artikel II und III genannten Treuhändern wahrgenommen; dabei ist gemäß den nach Artikel XI dieses Gesetzes oder anderen einschlägigen Bestimmungen erlassenen Ausführungsverordnungen und Anordnungen zu verfahren.

Artikel VII

Abänderung und Aufhebung von Bestimmungen

22. Ziffer II „Befreiung“ Absatz B der Ausführungsverordnung Nr. 1 Verordnung Nr. 78 der Militärregierung wird wie folgt abgeändert:

„B. Entsprechende Befreiung wird ferner folgenden Unternehmen gewährt, unbeschadet der Befugnis der Militärregierung oder der von ihr bezeichneten Stelle, von der Kontrollbehörde die Vorlage von Rechenschaftsberichten und die Erteilung anderer sachdienlicher Auskünfte zu verlangen:

I. G. Farbenindustrie

Unter Kontrolle gestellt durch

Allgemeine Verordnung Nr. 2 gemäß
Gesetz Nr. 52“

23. Soweit die Vorschriften der Verordnung Nr. 78 oder des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung mit den Vorschriften dieses Gesetzes im Widerspruch stehen, gehen die Vorschriften dieses Gesetzes vor.

24. Die Vorschriften dieses Gesetzes und der zu seiner Ausführung erlassenen Verordnungen und Anordnungen gehen den ihnen widersprechenden Bestimmungen des deutschen Rechtes vor.

25. Die Allgemeinen Verfügungen Nr. 5 und 7 zum Gesetz Nr. 52 der Militärregierung finden auf die in Artikel IV Ziffer 6 genannten Unternehmen nicht mehr Anwendung.

Artikel VIII

Öffentliche Abgaben

26. Übertragungshandlungen nach Artikel II und III dieses Gesetzes bleiben von Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei; das gleiche gilt für die nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgende Neubildung von Gesellschaften.

27. Die Errechnung steuerlicher Verbindlichkeiten der nach Artikel II und III dieses Gesetzes gebildeten Gesellschaften wird durch die Übertragung der Eigentumsrechte an diesen Gesellschaften auf die Treuhänder nicht berührt. Alle Steuerveranlagungen dieser Gesellschaften erfolgen nach denjenigen Grundsätzen des deutschen Steuerrechts, welche ohne die Bestellung von Treuhändern Anwendung finden würden.

Artikel IX

Beurkundung

28. Bei Vorlage einer beglaubigten Liste der zu übertragenden Vermögenswerte seitens der Militärregierung trägt die zuständige deutsche Behörde den nach diesem Gesetz erfolgten Rechtsübergang in das von ihr geführte Register ein, ohne daß es der Beurkundung der Übertragung bedarf.

*Artikel X**Strafbestimmungen*

29. Wer gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder einer dazu erlassenen Ausführungsverordnung oder Anordnung verstößt oder sie umgeht, oder wer versucht, gegen sie zu verstoßen oder sie zu umgehen, oder wer einem solchen Versuch Vorschub leistet, wird, wenn schuldig befunden, mit einer Geldstrafe bis zu 200 000 DM oder mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder mit beiden Strafen bestraft.

*Artikel XI**Ausführungsbestimmungen*

30. Die Militärregierung kann jeweils Verordnungen und Anordnungen zur Ausführung und Ergänzung dieses Gesetzes erlassen.

*Artikel XII**Begriffsbestimmungen*

31. Im Sinne dieses Gesetzes und der dazu erlassenen Verordnungen und Anordnungen bedeuten:

I. „Vermögenswerte im Kohlenbergbau“: alle Vermögenswerte, die innerhalb des Bereiches eines Kohlenbergwerkes liegen oder mit diesem körperlich verbunden oder für seinen Betrieb wirtschaftlich erforderlich sind, einschließlich folgender Anlagen und Interessen im Kohlenbergbau:

a) Kohlenbergwerke und nicht abgebaute Kohle.

„Kohle“ umfaßt Steinkohle, Pechkohle und Braunkohle sowie alle sonstigen Bodenschätze, welche üblicherweise im Zusammenhang damit von Betrieben des Kohlenbergbaus gewonnen werden.

„Bergwerk“ umfaßt Steinbruch, Tagebau, Stollen- und anderen Untertagebergbau sowie die damit verbundenen Bohrungen.

b) Eingebaute und nicht eingebaute Anlagen, die im Kohlenbergbau und in den folgenden Nebenbetrieben Verwendung finden: Verkokung, Kohlen-erzeugnisse, mit dem Kohlenbergbau verbundene Destillationsverfahren und mit Brikettierungsanlagen verbundene Verfahren, hergestellte Brennstoffe, Hydrierungsanlagen, Anlagen zur Herstellung von synthetischen Erzeugnissen, von Stickstoff und von Ammoniak, Anlagen zur Versorgung von Gasverteilungsstellen, Ziegeleien, Dachziegel- und ähnliche Werke mit Gas und Anlagen zur Wasserbelieferung durch oder an ein Kohlenbergwerk.

c) Anlagen zur Erzeugung und Leitung von elektrischem Strom zum ausschließlichen oder überwiegenden Verbrauch im Kohlenbergwerk oder einem seiner Nebenbetriebe.

d) Eisenbahnen, Seilschwebbahnen, Kanäle und sonstige eingebaute und nicht eingebaute Anlagen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken der Beförderung zu Lande oder zu Wasser oder Zwecken des Verladens, Ausladens, der Behandlung oder der Lagerung von Erzeugnissen des Kohlenbergbaus und seiner Nebenbetriebe dienen, und Gegenstände zum Gebrauch im Kohlenbergbau, in elektrischen Anlagen und in Nebenbetrieben, falls sie ausschließlich Zwecken der Beförderung innerhalb des Kohlenbergwerkes gewidmet sind.

e) Eingebaute und nichteingebaute Anlagen des Kohlenbergwerksbetriebes, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken des Verkaufes, der Lieferung von Erzeugnissen des Kohlenbergbaus und seiner Nebenbetriebe durch Kohlenbergbaukonzerne dienen.

f) Eingebaute und nichteingebaute Anlagen des Kohlenbergwerksbetriebes, die Wohlfahrtszwecken gewidmet sind, z. B. Krankenhäuser, Bäder, Kantinen oder sonst dem Personal des Bergwerkes und seiner Nebenbetriebe dienen.

g) Patente auf Erfindungen, die sich auf das Verfahren und Produktion im Kohlenbergbau und in seinen Nebenbetrieben beziehen, sowie Warenzeichen, die für die bezeichnete Produktion Verwendung finden oder finden sollen.

h) Vorräte an Erzeugnissen des Kohlenbergbaus und seiner Nebenbetriebe.

i) Vorräte an Verbrauchsgütern und Ersatzteilen für die Zwecke des Kohlenbergbaus und seiner Nebenbetriebe.

j) Rechte von Betrieben des Kohlenbergbaus an Wohnhäusern und an Grundstücken, die den Arbeitern und Angestellten des Kohlenbergwerkes und seiner Nebenbetriebe als Wohnstätten dienen.

k) Rechte von Betrieben des Kohlenbergbaus an Wäldern, landwirtschaftlichen Betrieben, Viehbeständen und anderen landwirtschaftlichen Vermögenswerten, sowie aller Grundbesitz der Kohlenbergbaubetriebe einschließlich desjenigen, der für die Erweiterung von Anlagen über Tage und für ähnliche Zwecke bestimmt ist.

l) Interessen von Betrieben des Kohlenbergbaus an Organisationen technischer Art, an Instituten für Forschungszwecke auf dem Gebiete des Kohlenbergbaus und seiner Nebenbetriebe, in Versuchsanstalten für Sicherheitseinrichtungen im Bergbau und in seinen Nebenbetrieben, an Schulen und Lehranstalten für die Ausbildung im Bergbau und in seinen Nebenbetrieben.

m) Umlaufvermögen, einschließlich der Außenstände und des Kassenbestandes, die aus den hier angeführten Betätigungen herrühren.

II. „Verkokung und Verfahren zur Destillation von Kohlenerzeugnissen“ schließt jedes Verfahren zur Destillation von Kohle ein, sowie die Bearbeitung, Verarbeitung und Destillation verkaufsfähiger Erzeugnisse, die aus der Destillation von Kohle gewonnen werden.

III. „Elektrische Anlagen“ umfassen Kraftstationen, Transformatoren, Kraftleitungen und andere eingebaute und nicht eingebaute Anlagen, die bei der Erzeugung und Leitung elektrischer Energie Verwendung finden.

IV. „Eingebaute Anlagen“ umfassen Gebäude, Werksanlagen, eingebaute Einrichtungsgegenstände und eingebaute Maschinen und Werksvorrichtungen sowie den dazugehörigen Grund und Boden.

V. „Nicht eingebaute Anlagen“ umfassen nicht eingebaute Maschinen und Werksvorrichtungen, Güterwagen und andere Fahrzeuge, Motoren, Traktoren, Wasserfahrzeuge, Tiere und bewegliche Werkzeugausrüstungsgegenstände jeder Art.

VI. „Betriebe“ umfassen Unternehmen jedweder Art.

*Artikel XIII**Inkrafttreten*

32. Dieses Gesetz tritt am 10. November 1948 in Kraft.

Im Auftrage der Militärregierung

*Anhang A**Zum Gesetz Nr. 75 der Britischen Militärregierung*

Unternehmen, die eine übermäßige Konzentration von Wirtschaftskraft darstellen oder deren Fortbestand aus anderen Gründen bedenklich erscheint, und welche daher einer Umgestaltung im Rahmen von Verordnung Nr. 78 der britischen Militärregierung (Verbot einer übermäßigen Konzentration der deutschen Wirtschaft) unterstehen.

1. Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft.
2. Friedrich Krupp.
3. Mannesmannröhren-Werke.
4. Klöckner-Werke Aktiengesellschaft Klöckner & Co.
5. Hoesch Aktiengesellschaft.
6. Otto Wolff.
7. Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb.
Gutehoffnungshütte Oberhausen Aktiengesellschaft.
8. Ilseder Hütte.
9. Reichswerke Konzern.
10. Flick Konzern.
11. Thyssen Bornemisza Gruppe.
12. Stinnes Konzern.
13. Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat.
14. Niedersächsisches Kohlensyndikat Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
15. Rheinisches Braunkohlen-Syndikat Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
16. Westfälische Kohlenhandelsgesellschaft Gastrock & Co.
17. Kohlenhandelsgesellschaft „Hansa“. Kallmeier & Co.
18. Kohlenhandelsgesellschaft „Mark“. Siepmann, Schrader & Co.
19. Westfälisches Kohlenkontor Naht, Emschermann & Co.
20. Kohlenhandelsgesellschaft „Niederrhein“. Meyer, Franke & Co.
21. Kohlenhandelsgesellschaft „Westfalia“. Wiesebrock, Schulte & Co.
22. Kohlenhandelsgesellschaft „Glückauf“ Abt. Beck & Co.
23. Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft Lüders, Meentzen & Co.
24. Kohlenkontor Weyhenmeyer & Co.
25. Westfälische Kohlenverkaufsgesellschaft Vollrath, Weck & Co.
26. Kohlenwertstoff A.G.

*Anhang B**Zum Gesetz Nr.75 der Britischen Militärregierung*

Unternehmen, die der Beschlagnahme durch die Militärregierung unterworfen sind und deren Vermögenswerte der Kontrolle nach Maßgabe des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung unterstellt sind.

1. Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerke AG.
2. Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG.
3. Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG.
4. Vereinigte Industrieunternehmungen AG.

*Anhang C**Zum Gesetz Nr.75 der Britischen Militärregierung*

Verzeichnis der Vermögenswerte, welche der Beschlagnahme nach dem Gesetz Nr. 75 der Militärregierung unterliegen.

Anlagen im Betrieb der in Spalte I genannten Gesellschaften, und zwar auf Grund eines in Spalte II aufgeführten Werkbenutzungsvertrages, welche im Eigentum der in Spalte III genannten Gesellschaften oder ihrer Tochtergesellschaften stehen.

Name der die Anlagen betreibenden Gesellschaft	Datum des Werkbenutzungsvertrages	Name der Gesellschaft, die Eigentümerin der Anlagen ist bzw. deren Tochtergesellschaften es sind
1. Hüttenwerk Oberhausen AG.	5. Mai 1948	Gutehoffnungshütte Oberhausen AG.
2. Hüttenwerk Hörde AG. Dortmund-Hörde	5. Mai 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
3. Stahlwerke Bochum AG. Bochum	12. März 1948	Otto Wolff
4. Hüttenwerk Haspe AG. Hagen-Westf.	12. März 1948	Klöckner-Werke AG.
5. Gußstahlwerk Witten AG. Witten	5. Mai 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
6. Gußstahlwerk Gelsenkirchen AG. Gelsenkirchen	12. März 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
7. Gußstahlwerk Oberkassel AG. Düsseldorf	12. März 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
8. Georgsmarienhütte AG. Georgsmarienhütte	12. März 1948	Klöckner-Werke AG.
9. Hüttenwerke Ruhrort-Meiderich AG. Duisburg-Ruhrort	12. März 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
10. Hüttenwerk Geisweid AG. Geisweid	2. April 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
11. Stahlwerk Hagen AG. Hagen/Westf.	1. April 1948	Hoesch AG.
12. Stahl- und Röhrenwerk Reisholz AG. Düsseldorf-Reisholz	12. März 1948	Preß- und Walzwerk AG. und Aktienges. Oberbilker Stahlwerk (Thyssen-Bornemisza)
13. Hüttenwerke Ilsede-Peine AG.	15. Juni 1948	Ilseder Hütte, Peine
14. Eisenerzbergbau Ilsede AG.	15. Juni 1948	Ilseder Hütte
15. Hüttenwerk / Großbülten Hükingen	11. Mai 1948	Mannesmannröhrenwerke

Name der die Anlagen betreibenden Gesellschaft	Datum des Werkbenutzungsvertrages	Name der Gesellschaft, die Eigentümerin der Anlagen ist bzw. deren Tochtergesellschaften es sind
16. Hüttenwerk Rheinhausen	17. April 1948	Friedr. Krupp
17. Westfalenhütte Dortmund AG.	17. April 1948	Hoesch AG.
18. Stahl- und Walzwerke Grossenbaum AG. Duisburg-Grossenbaum	1. April 1948	Mannesmannröhren-Werke
19. Stahlwerk Osnabrück AG.	12. März 1948	Klöckner-Werke AG.
20. Eisenwerke Gelsenkirchen AG.	12. März 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
21. Eisenwerke Mülheim/Meiderich AG. Mülheim/Ruhr	17. April 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
22. Rheinische Röhrenwerke AG. Mülheim/Ruhr	4. Mai 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.
23. Westdeutsche Mannesmannröhren AG. Düsseldorf	4. Mai 1948	Mannesmannröhren-Werke
24. Hüttenwerk Niederrhein AG. Duisburg	19. Mai 1948	Vereinigte Stahlwerke AG.

Anhang D

Zum Gesetz Nr. 75 der Britischen Militärregierung

Verzeichnis der Gesellschaften, deren Anteilsrechte nach Artikel III, Ziffer 11, des Gesetzes Nr. 75 der Militärregierung auf den Stahltreuhandverband zu übertragen und ihm zu Eigentum zu überlassen sind.

Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft
1	Hüttenwerk Oberhausen AG.	Oberhausen
2	Hüttenwerk Hoerde AG.	Dortmund
3	Stahlwerke Bochum AG.	Bochum
4	Hüttenwerk Haspe AG.	Hagen
5	Gußstahlwerk Witten AG.	Witten
6	Gußstahlwerk Gelsenkirchen AG.	Gelsenkirchen
7	Gußstahlwerk Oberkassel AG.	Düsseldorf
8	Georgsmarienhütte	Georgsmarienhütte
9	Hüttenwerke Ruhrort-Meiderich AG.	Duisburg
10	Hüttenwerk Geisweid AG.	Geisweid
11	Stahlwerk Hagen AG.	Hagen
12	Stahl- und Röhrenwerk Reisholz AG.	Düsseldorf
13	Hüttenwerk Ilsede-Peine AG.	Peine
14	Eisenerzbergbau Ilsede AG.	Groß-Bülten
15	Hüttenwerk Hückingen AG.	Duisburg
16	Hüttenwerk Rheinhausen AG.	Rheinhausen
17	Westfalenhütte Dortmund AG.	Dortmund
18	Stahl- und Walzwerke Grossenbaum AG.	Duisburg
19	Stahlwerk Osnabrück AG.	Osnabrück
20	Eisenwerke Gelsenkirchen AG.	Gelsenkirchen
21	Eisenwerke Mülheim/Meiderich AG.	Mülheim/Ruhr
22	Rheinische Röhrenwerke AG.	Mülheim/Ruhr
23	Westdeutsche Mannesmannröhren AG.	Düsseldorf
24	Hüttenwerk Niederrhein AG.	Duisburg
25	Hüttenwerk Union AG.	Dortmund

Das Ruhrstatut

Internationale Kontrolle der Ruhr

Entwurf des Übereinkommens

Da die internationale Sicherheit und der allgemeine wirtschaftliche Wiederaufbau verlangen, daß die Bodenschätze der Ruhr in der Zukunft nicht für Aggressionszwecke, sondern nur im Interesse des Friedens genutzt werden, daß der Zugang zu der Kohle, dem Koks und dem Stahl der Ruhr, der in der Vergangenheit ausschließlich der Kontrolle Deutschlands unterstand, in Zukunft den Ländern, die zu ihrem gemeinsamen wirtschaftlichen Wohl zusammenarbeiten, auf gleicher Grundlage offensteht; da es für den politischen und wirtschaftlichen Wohlstand der europäischen Staaten, die einschließlich eines demokratischen Deutschlands zu ihrem gemeinsamen wirtschaftlichen Wohl zusammenarbeiten, wünschenswert ist, daß es zu einer engen Vereinigung ihrer wirtschaftlichen Systeme kommt; da es bedeutsam ist, daß der Handel zwischen den in dem vorhergehenden Absatz erwähnten Ländern durch die Beseitigung von Handelsbeschränkungen und durch andere Mittel erleichtert wird; haben sich die Regierungen von Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Großbritannien und der USA zur Förderung der aufgezählten Ziele und um in Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Erklärung, die im Anhang des am 1. Juni 1948 nach Abschluß der Sechsmächtebesprechungen über Deutschland in London unterzeichneten Bericht enthalten ist, eine nationale Kontrolle im Ruhrgebiet zu schaffen, wie folgt geeinigt:

Artikel 1

Hiermit wird eine internationale Behörde für die Ruhr errichtet, im folgenden kurz als „Behörde“ bezeichnet, deren Zusammensetzung, Vollmachten und Funktionen im folgenden festgelegt sind.

Artikel 2

Mitglieder der Behörde sind die Signatarmächte und Deutschland.

Artikel 3

Die Behörde besteht aus einem Rat, der sich aus Vertretern der Signatarmächte und — gemäß den Bestimmungen des Artikels 4 — Deutschland zusammensetzt. Der Rat wird in seiner Tätigkeit von einem Sekretariat unterstützt, das von einem Exekutivsekretär geleitet wird. Die Mitglieder ernennen auch Stellvertreter.

Artikel 4

a) Sobald eine deutsche Regierung errichtet ist, kann sie einen Delegierten bei der Behörde ernennen, der zur Teilnahme an den Sitzungen des Rates berechtigt ist. Zu dem Zeitpunkt, an dem die deutsche Regierung nach Artikel 9 c das Recht erhält, das Deutschland zugestandene Stimmrecht

auszuüben, kann sie einen Vertreter im Rat und einen Stellvertreter ernennen.

b) Die betreffenden Besatzungsmächte werden durch einen von ihnen gemeinsam zu ernennenden Angehörigen ihrer Länder im Rat vertreten, bis das Deutschland zugestandene Stimmrecht von dem deutschen Vertreter ausgeübt wird.

Artikel 5

Sitz der Behörde ist ein im Lande Nordrhein-Westfalen vom Rat zu bestimmender Ort.

Artikel 6

a) Jedes Mitglied trägt die aus seiner eigenen Vertretung entstehenden Unkosten. Die Kosten für Dienstreisen der Behörde sollen jedoch von der Behörde selbst getragen werden.

b) Die Unkosten der Behörde werden von den Mitgliedern im Verhältnis der ihnen zugestandenen Stimmen bestritten.

c) Bis die Besatzungsmächte anders entscheiden, werden die Unkosten der deutschen Vertretung und der Anteil an den von Deutschland zu tragenden Unkosten der Behörde in einer von den betreffenden Besatzungsmächten zu bestimmenden Weise bestritten.

Artikel 7

Der Rat soll regelmäßige und besondere Versammlungen entsprechend einer ordnungsgemäßen Abwicklung seiner Geschäfte einberufen.

Artikel 8

Der Vorsitz des Rates soll jeweils in einem Zeitraum von 6 Monaten unter den Vertretern der Signatarregierungen wechseln, und zwar in der Reihenfolge, wie sie der Rat festlegt. Der Vertreter der britischen Regierung übernimmt den Vorsitz, bis der Rat die Ablösungsfolge festgelegt hat.

Artikel 9

a) Den einzelnen Mitgliedern der Behörde stehen im Rat folgende Stimmrechte zur Verfügung: Belgien 1 Stimme, Frankreich 3 Stimmen, Deutschland 3 Stimmen, Luxemburg 1 Stimme, Niederlande 1 Stimme, Großbritannien 3 Stimmen, USA 3 Stimmen.

b) Zur Beschlußfassung der Behörde genügen 8 zusagende Stimmen mit Ausnahme der in den Artikeln 13, 14, 17 und 24 aufgeführten Fälle.

c) Die für Deutschland abgegebenen Stimmen sollen von dem gemeinsamen Vertreter der zuständigen Besatzungsbehörden als Einheit abgegeben werden, gemäß der Ernennung des Vertreters laut Artikel 4, bis die zuständigen Besatzungsmächte entscheiden, daß die deutsche Regierung durch Beitritt oder auf andere Weise die Verantwortung übernommen hat, die auf Grund des gegenwärtigen Abkommens für Deutschland vorgesehen ist. Danach werden diese Stimmen von dem deutschen Vertreter abgegeben.

Artikel 10

a) Der Exekutivsekretär wird von dem Rat ernannt. Er wird das Sekretariat leiten, wird auf Anweisung des Rates handeln und die Aufgaben durchführen, die der Rat ihm stellt. Er wird berechtigt sein, ohne Stimmrecht an allen Konferenzen des Rates teilzunehmen und Protokoll über die Entscheidungen des Rates führen.

b) Der Exekutivsekretär soll seinen Stab in Übereinstimmung mit den Bestimmungen über den Stab ernennen, die in Artikel 13 aufgeführt sind. Bei der Wahl seines Stabes soll sich der Exekutivsekretär von der Notwendigkeit leiten lassen, den höchsten Standard der Integrität, Leistungsfähigkeit, Unabhängigkeit und des technischen Wissens zu gewährleisten. Der Rat soll dafür sorgen, daß es zu keiner übermäßigen Konzentration von Ämtern in den Händen von Personen irgendeiner Nationalität kommt.

c) Die Verantwortlichkeit des Exekutivsekretärs und des Stabes soll in ihrem Charakter ausschließlich international sein. Bei Erledigung ihrer Pflichten sollen sie keine Anweisungen von irgendeiner anderen als der durch dieses Übereinkommen eingesetzten Behörde erbitten oder empfangen. Sie sollen sich aller Handlungen enthalten, die ihre Stellung als internationale Beamte beeinträchtigen könnten. Jedes Mitglied der Behörde ist verpflichtet, den internationalen Charakter der Verantwortlichkeit des Sekretariats zu respektieren und darf nicht versuchen, den Exekutivsekretär oder seinen Stab bei Erledigung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

Artikel 11

Das Jahresbudget soll von dem Exekutivsekretär vorbereitet und dem Rat zur Billigung vorgelegt werden.

Artikel 12

Als Geschäftssprache soll die Behörde Englisch, Französisch und Deutsch benutzen. Englisch und Französisch werden dabei die offiziellen Sprachen sein. Ein amtlicher deutscher Text der Dokumente soll abgefaßt werden, wenn es erforderlich ist.

Artikel 13

Unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens soll die erste Tagung der Behörde von der britischen Regierung einberufen werden, um Verfahrensregeln und Arbeitsweise festzulegen, einen Exekutivsekretär zu wählen, dessen Sekretariat zu organisieren und Bestimmungen für den Stab auszuarbeiten. Entscheidungen über diese Fragen sowie alle nachfolgenden Abänderungen dieser Beschlüsse benötigen 12 Ja-Stimmen. Im Anschluß an diese erste Tagung soll die Organisation so schnell wie möglich eingesetzt werden.

Die Behörde soll mit der Ausübung ihrer Funktionen zu einem Zeitpunkt beginnen, der von den Besatzungsmächten nach Beratung mit den anderen Unterzeichnerregierungen festgesetzt wird, in jedem Falle aber vor der Einsetzung einer deutschen Regierung.

Artikel 14

a) Die Ruhrbehörde soll die Kohle-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes auf den innerdeutschen Verbrauch und den Export aufteilen.

1. Bei der Aufteilung soll sichergestellt werden, daß Länder, die zum Besten aller Beteiligten an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen, angemessenen Zugang zu den sogenannten Rohstoffen erhalten. Die wesentlichen Bedürfnisse Deutschlands sollen dabei berücksichtigt werden.

2. Die Aufteilung muß mit den Bestimmungen aller Abkommen übereinstimmen, die von den Besatzungsmächten über Zuteilung von Kohle, Koks und Stahl getroffen worden sind und sich zum Zeitpunkt der Verteilung in Kraft befinden.

3. Die Aufteilung muß nach Gesichtspunkten erfolgen, die mit den Zielen der Konvention für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und allen Programmen oder Beschlüssen der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit übereinstimmen, die für die Zeit der Aufteilung anwendbar sind.

b) Durch die Exportzuteilungen der Ruhrbehörde sollen die Mindestmengen von Kohlen, Koks, Fertig- und Halbfertigstahl aus dem Ruhrgebiet für Exportzwecke festgelegt werden. Die Behörde soll auch Vollmacht erhalten, die Qualitäten oder Typen dieser Güter zu bestimmen.

Ausnahmsweise soll die Behörde auch Zuteilungen von Roheisen vornehmen dürfen, wenn sich innerhalb der Behörde 12 Stimmen dafür aussprechen, daß eine derartige Zuteilung im Interesse des Zugangs zur Roh-eisenversorgung notwendig ist.

Bei der Zuteilung von Fertig- und Halbfertigstahl wird die Ruhrbehörde an alle Abkommen über eine Begrenzung der deutschen Stahlproduktion gebunden sein bzw. ihre Maßnahmen im Rahmen solcher Abkommen treffen, die im Augenblick der Zuteilung in Kraft sind und an denen die Besatzungsmächte beteiligt sind.

c) Bevor die Behörde ihre in Artikel 14 festgelegten Funktionen aufnimmt, soll sie sich mit den beteiligten Besatzungsbehörden darüber einigen, wie man ihre Beschlüsse mit den in Vorbereitung befindlichen Programmen und Plänen für die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit koordinieren kann. Dieses Verfahren muß jederzeit auf Ersuchen jedes Mitgliedes der OEEC überprüft werden, jedenfalls aber nach dem Ende der Kontrollperiode oder zu jenem von den Besatzungsmächten vereinbarten früheren Zeitpunkt.

Artikel 15

Die Behörde hat das Recht, Transportwesen, Preise, Wirtschaftsmethoden, Quoten, Zölle und andere Regierungsmaßnahmen oder wirtschaftliche Anordnungen zu überprüfen, die von deutschen Behörden getroffen oder erlaubt wurden und die die Kohle, den Koks oder den Stahl der Ruhr betreffen.

Wenn die Behörde solche Methoden, Maßnahmen oder Anordnungen als künstlich oder schädlich oder als von solcher Natur ansieht, daß sie 1. den Zugang anderer Länder zur Kohle, zum Koks oder zum Stahl der Ruhr behindere, 2. den Transport von Ruhrkohle, Koks oder Stahl im internationalen Handel stören oder 3. auf andere Weise die Durchführung der Zwecke des vorliegenden Abkommens beeinträchtigen, kann die Behörde bestimmen, daß solche Methoden, Maßnahmen oder Anordnungen entsprechend geändert oder aufgehoben werden.

Wenn die Behörde im Sinne dieses Artikels ihre Entscheidungen fällt, soll sie den Bedürfnissen des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit entsprechen. Deutschlands Verpflichtungen unter der Konvention für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas und die Notwendigkeit für die deutschen Behörden, der wirtschaftlichen und finanziellen Stellung Deutschlands im internationalen Handel Rechtsschutz zu gewähren, sollen berücksichtigt werden.

Artikel 16

a) Während der Kontrollzeit oder bis zu einem früheren Zeitpunkt, der von den Besatzungsmächten festgelegt werden kann, soll die Behörde die zuständigen Besatzungsmächte auf die nachfolgend erwähnten Maßnahmen aufmerksam machen. Nach der Kontrollzeit hat die Behörde selbst dafür zu sorgen, daß in Übereinstimmung mit internationalen Abmachungen über den Schutz ausländischer Interessen in Deutschland, solange die Signatarregierungen noch an der Behörde teilnehmen, die nachfolgenden Maßnahmen verwirklicht werden:

1. Sicherheit und Schutz ausländischer Interessen in Kohlen-, Koks- und Stahlunternehmungen des Ruhrgebietes.
2. Schutz solcher Unternehmungen, an denen ausländische Interessen beteiligt sind, vor diskriminierenden Maßnahmen auf jedem Sektor ihrer Geschäftstätigkeit.

Voraussetzung für einen solchen Schutz ist, daß die Funktionen der Behörde in dieser Angelegenheit beendet sein sollen, sobald und in dem Maße, in dem der Schutz solcher ausländischer Interessen oder Unternehmungen irgendeiner Organisation übertragen wird, an dem die Signatarregierungen teilnehmen, geschaffen oder gegründet wird.

b) Am Ende der Kontrollperiode oder zu einem durch Übereinkommen der Besatzungsmächte festgelegten früheren Zeitpunkt sollen die Funktionen der Behörde, wie sie unter a) dieses Artikels genannt sind, soweit sie nicht vorher erloschen sind, von den Signatarregierungen überprüft werden. Dabei ist zu berücksichtigen, ob eine Übertragung dieser Funktionen auf eine besondere Organisation oder eine Ausweitung auf das Aachener Revier wünschenswert ist.

Artikel 17

a) Während der Kontrollperiode oder bis zu einem von den Besatzungsmächten zu vereinbarenden früheren Zeitpunkt behalten die beteiligten Besatzungsbehörden die notwendigen Vollmachten, um die Entwaffnung Deutschlands durchzusetzen, einschließlich der Vollmacht, die Versorgung

irgendeiner Industrie mit Ruhrkohle, Koks und Stahl zu überwachen, die durch Abkommen unter den Besatzungsmächten oder nach den Bestimmungen irgendeines internationalen Abkommens, an dem sie teilnehmen konnten, im Interesse der Sicherheit verboten oder beschränkt wurde.

b) Nach Ablauf der Kontrollperiode oder zu einem von den Besatzungsmächten zu vereinbarenden früheren Zeitpunkt werden die unter a) dieses Artikels genannten Vollmachten auf diejenige internationale Körperschaft übertragen, die für diese Zwecke durch eine Friedensregelung oder irgendein internationales Abkommen bestimmt wird, und dessen Partner die Signatarmächte sind.

Die Behörde soll mit dieser internationalen Körperschaft in einer durch die Friedensregelung oder internationales Abkommen vorgeschriebenen Weise zusammenarbeiten. Wird eine solche internationale Körperschaft nicht errichtet, sollen diese Vollmachten auf die Behörde übertragen und dort von den Vertretern der Signatarmächte ausgeübt werden.

Artikel 18

a) Am Ende der Kontrollperiode oder zu einem nach Übereinkunft der Besatzungsmächte festgelegten früheren Zeitpunkt sollen diejenigen Machtbefugnisse der Besatzungsbehörde bestehen bleiben, die erforderlich sind, um folgendes sicherzustellen:

1. Es ist nicht gestattet, daß irgendwelche Formen von Eigentumsrechten in der Kohlen-, Koks- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes entwickelt oder wiederhergestellt werden — auch nicht durch Handels- und Marktvereinbarungen unter diesen Industriezweigen —, die eine übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht darstellen würden.
2. Personen, von denen festgestellt ist oder festgestellt werden könnte, daß sie die aggressiven Absichten der nationalsozialistischen Partei gefördert haben, dürfen in der Kohlen-, Koks- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes, im Handel und in den Marktorganisationen dieser Industriezweige keine Eigentumsrechte innehaben oder Kontrollfunktionen ausüben.
3. Ausreichende Informationen sind zu den unter 1. und 2. dieses Artikels erwähnten Zwecken zur Verfügung zu stellen. Sie sollen der Behörde oder dem militärischen Sicherheitsrat oder seinem Nachfolger oder einer anderen durch internationales Abkommen geschaffenen Körperschaft übertragen werden, die dafür verantwortlich ist, daß diese Ziele im Hinblick auf diese und andere Industrien in Deutschland erreicht werden. Die Behörde soll mit jeder anderen Körperschaft zusammenarbeiten, der solche Vollmachten übertragen werden.

b) In Verbindung mit dem ersten Treffen der Sondervertreter der Mitglieder gemäß Artikel 27, falls erforderlich, sonst aber bei jedem anderen Ereignis vor Beendigung der Kontrollzeit, werden die Signatarregierungen auf Grund der Erfahrung der Besatzungsbehörden über folgendes beschließen:

1. welche der bestehenden Vollmachten der Besatzungsbehörden beibehalten werden sollen, um die in a) dieses Artikels genannten Ziele zu erreichen;

2. ob solche Vollmachten der Behörde, dem militärischen Sicherheitsrat oder seinem Nachfolger oder einer anderen durch internationales Abkommen geschaffenen Körperschaft übertragen werden;
3. die Art und Weise, nach der solche Vollmachten ausgeübt werden sollen, wenn sie der Behörde übertragen sind;
4. falls solche Vollmachten einer anderen Körperschaft übertragen werden, die Art und Weise, in der die Behörde mit solch einer anderen Körperschaft zusammenarbeitet.

Artikel 19

a) Am Ende der Kontrollzeit oder zu einem früheren Zeitpunkt, über den sich die Besatzungsmächte einigen könnten, werden der Behörde, dem militärischen Sicherheitsausschuß oder dessen Nachfolger oder einer anderen durch internationales Übereinkommen geschaffenen Körperschaft nur die gegenwärtig bestehenden Befugnisse der Besatzungsbehörden hinsichtlich der Leitung und Verwaltung der Kohle-, Koks- oder Stahlindustrien an der Ruhr übertragen, die notwendig sind, um sicherzustellen:

1. daß die allgemeine Politik und die allgemeinen Pläne über Produktion, Entwicklung und Investitionen in diesen Industrien mit den in der Präambel dieser Vereinbarung genannten Zielen übereinstimmen;
2. daß ausreichende Informationen über diese Politik und diese Pläne verfügbar gemacht werden.

b) Auf Grund der Erfahrungen der Besatzungsbehörden werden die Signatarmächte anlässlich der ersten Zusammenkunft der Sonderbeauftragten der in Artikel 27 in Aussicht genommenen Mitglieder — falls dies tunlich erscheint, aber auf jeden Fall vor dem Ende der Kontrollzeit — bestimmen:

1. welche der gegenwärtigen Befugnisse der Besatzungsbehörden im Interesse der in a) dieses Artikels vorgesehenen Ziele fortbestehen sollen;
2. welche dieser Befugnisse von der Behörde, von dem militärischen Sicherheitsausschuß oder dessen Nachfolger oder einer anderen durch internationales Übereinkommen geschaffenen Körperschaft ausgeübt werden soll;
3. die Art und Weise, wie die der Behörde übertragenen Befugnisse ausgeübt werden;
4. das Verhältnis der Behörde zu dem militärischen Sicherheitsausschuß oder dessen Nachfolger oder zu einer anderen Körperschaft, der die in a) dieses Artikels erwähnten Befugnisse übertragen werden könnten.

Artikel 20

Damit die Behörde ihre Aufgaben sachgemäß erfüllen und entscheiden kann, ob ihre Anordnungen ordnungsgemäß ausgeführt werden, hat die Behörde das Recht:

1. Regelmäßige Berichte und für notwendig erachtete zusätzliche Berichte über Produktion, Verteilung und Verbrauch von Ruhrkohle, Koks und Stahl zu erhalten, einschließlich solcher Vorausschau auf Produktion, Verteilung und Verbrauch, wie sie zur Durchführung ihrer unter Artikel 14 genannten Aufgaben notwendig ist.

2. Solche für notwendig erachtete Informationen zu erhalten, die sich auf die Vorräte an Kohle, Koks und Stahl, die Deutschland aus anderen Quellen als dem Ruhrgebiet zur Verfügung stehen, beziehen oder die Exporte solcher Produkte aus Deutschland betreffen, die aus anderen Quellen als dem Ruhrgebiet stammen.
3. Im Ruhrgebiet beliebige für notwendig gehaltene Untersuchungen anzustellen, einschließlich der Zeugenvernehmung, um die unter diesem Artikel oder anderen Artikeln des vorliegenden Abkommens erhaltenen Informationen zu bestätigen. Sie kann ferner die Art und Weise feststellen, in der ihre Bestimmungen ausgeführt werden, vorausgesetzt, daß ähnliche Untersuchungen auch in anderen Teilen Deutschlands nach einem in Übereinstimmung mit Artikel 13 festzulegenden gesonderten Verfahren gemacht werden können.

In Ausübung dieser Rechte kann die Behörde Untersuchungen bei Einzelpersonen einschließlich öffentlicher Beamten, öffentlicher oder privater Organisationen, Unternehmen und Firmen vornehmen und Akten und Einrichtungen überprüfen.

Artikel 21

a) Während der Kontrollperiode oder bis zu einem früheren von den Besatzungsbehörden vereinbarten Zeitpunkt muß die Ruhrbehörde ihre Beschlüsse unter Artikel 14 und 15 und ihre Empfehlungen unter Artikel 16 den betroffenen Besatzungsbehörden vermitteln.

b) Nach der Kontrollperiode oder nach einem von den Besatzungsbehörden vereinbarten Zeitpunkt muß die Behörde ihre Beschlüsse unter Artikel 14 und 15 und ihre Anweisung unter Artikel 16 der deutschen Regierung übermitteln.

Artikel 22

Während der Kontrollperiode oder bis zu einem von den Besatzungsmächten vereinbarten Zeitpunkt werden die Besatzungsmächte:

1. dafür sorgen, daß die Beschlüsse der Behörde unter Artikel 14 verwirklicht werden, soweit sie nach Ansicht der betroffenen Besatzungsbehörden keiner Abänderung bedürfen, um sie mit irgendwelchen zu diesem Zeitpunkt in Kraft befindlichen Abkommen zwischen zwei oder mehreren Besatzungsmächten über finanzielle Hilfeleistung an Deutschland oder mit irgend einem in Kraft befindlichen Abkommen zwischen den Besatzungsmächten über die Zuteilung von Kohle, Koks und Stahl in Übereinstimmung zu bringen;
2. sicherstellen, daß die Beschlüsse der Behörde unter Artikel 15 verwirklicht werden;
3. die Behörde von Maßnahmen in Kenntnis setzen, die das Ergebnis der Empfehlungen der Behörde unter Artikel 16 sind;
4. die notwendigen Maßnahmen treffen, um der Behörde die Ausübung ihrer im Artikel 20 vorgesehenen Rechte zu ermöglichen;
5. dafür sorgen, daß die Behörde die in Artikel 28 vorgesehenen Vorrechte und Immunitätsrechte genießt.

Artikel 23

Nach der Kontrollperiode oder zu einem früheren Zeitpunkt, der von den Besatzungsmächten vereinbart werden kann, soll die deutsche Regierung:

1. sicherstellen, daß die Entscheidungen der Behörde unter Artikel 14 und 15 und die Anweisungen der Behörde unter Artikel 16 ausgeführt werden und daß alle Befugnisse, die der Behörde unter den Artikeln 17, 18 und 19 zugestanden wurden, wirksam erfüllt werden;
2. alle Handlungen vornehmen, die notwendig sind, damit die Behörde die Rechte, die ihr nach Artikel 20 zustehen, ausüben kann;
3. sicherstellen, daß die Privilegien und Immunitäten des Artikels 28 zur Anwendung kommen.

Artikel 24

a) Sollte die deutsche Regierung es versäumen, irgendwelche unter Artikel 23 des jetzigen Abkommens geforderten Maßnahmen zu treffen, dann können die Vertreter der Signatarmächte bei der Ruhrbehörde die deutsche Regierung schriftlich auffordern und ihr damit Gelegenheit geben, innerhalb einer von den Vertretern für angemessen erachteten Frist zu erscheinen und die Gründe dafür darzulegen, warum sie nicht für säumig erklärt werden will.

b) Wenn die deutsche Regierung den Vertretern der unterzeichneten Regierungen keine befriedigende Begründung gibt, können die Vertreter die deutsche Regierung für säumig erklären. Sie müssen die deutsche Regierung dann von diesem Beschluß schriftlich in Kenntnis setzen und Empfehlungen über die notwendig und angemessen erachteten Maßnahmen machen.

c) Sollten die Vertreter der Signatarmächte zu der Entscheidung kommen, daß die deutsche Regierung Maßnahmen trifft oder gestaltet, die, wenn sie fortgesetzt werden, die wirksame Ausübung der Funktionen der Behörde unmöglich macht, und daß die Aussetzung derartiger Maßnahmen bis nach Durchführung einer Untersuchung der Behörde und bis nach Formulierung eines Beschlusses oder einer Anweisung zweckmäßig wäre, können die Vertreter die deutsche Regierung vorläufig davon in Kenntnis setzen, daß diese Maßnahmen mit sofortiger Wirkung und für einen als angemessen erachteten Zeitraum ausgesetzt werden sollen, bis die Behörde weitere Erwägungen angestellt hat.

d) Die deutsche Regierung kann innerhalb von 15 Tagen nach der vorläufigen Entscheidung entsprechend den Bestimmungen des unter Paragraph c) dieses Artikels eine Aussetzung der Anordnung fordern. In diesem Fall wird sie gehört werden. Ort und Zeit werden durch die Vertreter der Signatarmächte bestimmt. Falls die deutsche Regierung verabsäumt, der vorläufigen Entscheidung nachzukommen, nachdem:

1. eine Anhörung stattgefunden hat und die Vertreter der Unterzeichnerstaaten der deutschen Regierung bekanntgegeben haben, daß sie bei ihrer Entscheidung bleiben,
2. die deutsche Regierung verabsäumt hat, zu der Anhörung zu erscheinen oder

3. 15 Tage verstrichen sind, ohne daß der Wunsch ausgesprochen wurde, das Verfahren auszusetzen, dann können die Vertreter der Unterzeichnerstaaten ohne weitere Formalität die deutsche Regierung für schuldig erklären. In diesem Fall wird der deutschen Regierung die Entscheidung schriftlich zugestellt. Die Regierungsvertreter schlagen Empfehlungen vor, welche Maßnahmen notwendigerweise zu ergreifen sind.

e) Alle Entscheidungen dieses Artikels müssen durch Stimmenmehrheit der Vertreter der Unterzeichnerstaaten erreicht werden.

f) Während der Kontrollzeit werden Empfehlungen nach den Absätzen b) und d) dieses Artikels durch die Besatzungsmächte gegeben.

g) Nach Beendigung der Kontrollzeit werden Empfehlungen nach den Absätzen b) und d) dieses Artikels durch die Unterzeichnerstaaten gegeben. Die Maßnahmen sollen im Einklang mit den Abmachungen eines Friedensabkommens oder irgend eines anderen internationalen Abkommens, an dem die Unterzeichnermächte beteiligt sind, stehen.

Artikel 25

Die Behörde kann amtliche oder nichtamtliche Beziehungen zu der Organisation der Vereinten Nationen und ihren Unterabteilungen aufnehmen, ebenso mit besonderen Behörden und sonstigen zwischenstaatlichen Körperschaften soweit ihre Arbeiten dadurch erleichtert werden.

Artikel 26

Die Befugnisse der Behörde werden nicht zu dem Zweck ausgeübt werden, um wirtschaftliche oder Konkurrenzinteressen irgend eines Landes zu schützen. Ebenso wenig zu dem Zweck, die friedliche, technische Entwicklung oder eine erhöhte Leistungsfähigkeit zu behindern.

Artikel 27

a) Ein Jahr nach Beginn ihrer Arbeit und danach im Abstand von je einem Jahr wird die Behörde einen schriftlichen Bericht über ihre gesamte Tätigkeit an ihre Mitglieder senden. Nach Erhalt des Berichtes durch die Mitglieder soll eine Versammlung besonders ausgewählter Vertreter, der Mitglieder zur Prüfung des Berichtes und der Arbeit der Behörde einberufen werden, falls nicht die sämtlichen unterzeichnenden Regierungen anders beschließen.

b) Mit Ausnahme der in Unterparagraphen c) dieses Artikels genannten Ausnahmen können zwei oder mehr Mitglieder der Behörde schriftlich die übrigen Mitglieder jederzeit davon in Kenntnis setzen, daß sie glauben, die Tätigkeit oder die Ziele der Behörde stimmten mit den Zielen der vorliegenden Vereinbarungen nicht überein. Sie müssen dabei die besonderen Einzelheiten benennen, von denen sie annehmen, daß sie solche Unstimmigkeiten enthalten. Nach Erhalt einer derartigen Benachrichtigung sollen die Mitglieder untereinander über die Klage beraten und die unter diesen Umständen notwendigen Schritte tun, um eine Lösung der Angelegenheit herbeizuführen. Falls angemessen, kann eine schiedsrichterliche oder richter-

liche Regelung, die von den betreffenden Mitgliedern gebilligt wird, herbeigeführt werden.

c) Eine solche Klage kann, sofern sie Abrüstung, Demilitarisierung oder Denazifizierung betrifft, nur dann vorgebracht werden, wenn sie von zwei Mitgliedern der Behörde gestellt wird, die nicht Deutsche sind.

d) Keine Bestimmung dieses Artikels soll die in Artikel 13 oder 33 des vorliegenden Abkommens getroffenen Bestimmungen berühren.

Artikel 28

a) Die Behörde und ihr Vermögen, ihr Einkommen und ihr sonstiges Eigentum soll in Deutschland dieselben Privilegien, Immunitäten und Erleichterungen genießen, wie sie für die Vereinten Nationen durch das allgemeine Übereinkommen über Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen festgelegt sind.

b) Während der Kontrollzeit oder bis zu einem früheren Zeitpunkt, der von den Besatzungsmächten festgesetzt werden kann, sollen die Vertreter der unterzeichnenden Regierungen und ihr Personal sowie Mitglieder des Personals und der Behörde, außer deutschen Staatsangehörigen, sowie die Angehörigen solcher Personen in Deutschland, dieselben Privilegien und Immunitäten genießen, wie das amtliche Personal der Besatzungsmächte. Danach sollen alle diese Personen in Deutschland dieselben Privilegien und Immunitäten genießen, wie sie Personen in vergleichbaren Stellungen durch das allgemeine Übereinkommen über Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen genießen.

c) Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die zu dem Personal der Behörde gehören, sollen Schutz vor Rechtsprozessen hinsichtlich Worten und Taten genießen, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft äußern und ausüben.

Artikel 29

Für das vorliegende Abkommen gelten folgende Begriffe:

1. Der Ausdruck „Ruhr“ bezeichnet diejenigen Gebiete des gegenwärtigen Landes Nordrhein-Westfalen, die im Anhang zu diesem Abkommen aufgeführt sind.
2. Mit dem Ausdruck „Signatarmächte“ sind die im letzten Paragraphen der Präambel aufgeführten Regierungen gemeint.
3. Der Ausdruck „Besatzungsmächte“ bezeichnet die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA.
4. Der Ausdruck „Besatzungsbehörden“ bezeichnet die Vertreter der Besatzungsmächte in Deutschland, die für ihre Regierungen die Verantwortung für die Besetzung Deutschlands ausüben.
5. Der Ausdruck „die betroffenen Besatzungsmächte“ und „die betroffenen Besatzungsbehörden“ bezeichnen diejenigen Besatzungsmächte oder Besatzungsbehörden, die an der Verantwortung für die wirtschaftliche Verwaltung des das Ruhrgebiet einschließenden Teils von Deutschland beteiligt sind.

6. Der Ausdruck „Kontrollperiode“ bezeichnet den Zeitraum, für den die oberste Vollmacht bei den Besatzungsmächten liegt.
7. Der Ausdruck „Deutsche Regierung“ bezeichnet jede Bundesregierung einschließlich einer vorläufigen Bundesregierung in Deutschland, die von den Besatzungsmächten gebilligt ist.
8. Der Ausdruck „Kohle“ bezeichnet Steinkohle, Weichkohle, Pechkohle und Braunkohle in allen Formen und mechanischen Verarbeitungsstufen.
9. Der Ausdruck „Koks“ bezeichnet den nach der Entgasung gewonnenen festen Brennstoff einschließlich von Schwelkoks und anderem Spezialkoks in jeder Form.
10. Der Ausdruck „Stahl“ bezeichnet alle auf heißem oder kaltem Wege hergestellten gewalzten oder gezogenen Stahlprodukte einschließlich von Rohren, alle fertigen Schmiede- oder Gußstähle, bearbeitet oder unbearbeitet, in den verschiedenen Graden der Kohlenstoffanreicherung und in den verschiedenen Legierungsgraden, Flußstähle, halbfertige Stahlerzeugnisse, Eisenlegierungen und Roheisen jeglicher Art.
11. Die Bezeichnung „fertiger Stahl“ und „halbfertiger Stahl“ schließt alle in den vorhergehenden Definitionen aufgeführten Formen von Stahlproduktion mit Ausnahme von Flußstählen, Eisenlegierungen und Roheisen ein.

Artikel 30

Das vorliegende Abkommen tritt unmittelbar nach seiner Unterzeichnung durch die Regierungen von Belgien, Frankreich, Luxemburg, der Niederlande, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft.

Artikel 31

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. Sie muß durch geeignete Mittel gewährleisten, daß sie die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Verantwortung und solche andere Verpflichtungen übernimmt, wie sie von den Signatarmächten vereinbart werden können.

Artikel 32

Das vorliegende Abkommen soll nach den Bestimmungen des Artikels 33 bis zum Inkrafttreten einer Friedensregelung für Deutschland und danach im Einklang mit den Bestimmungen dieser Friedensregelung in Kraft bleiben.

Artikel 33

Auf Vorschlag der Behörde kann das vorliegende Abkommen im Einvernehmen mit allen Signatarmächten ergänzt werden. Solange das besondere Verhältnis der Besatzungsmächte zu Deutschland besteht, kann das vorliegende Abkommen nach vorheriger Beratung zwischen den anderen Signatarmächten durch die Besatzungsmächte aufgekündigt werden. Danach kann es durch ein Abkommen aller Signatarmächte außer Kraft gesetzt werden.

Artikel 34

Der englische und französische Text des vorliegenden Übereinkommens ist maßgebend.

Artikel 35

Die Urschrift des Übereinkommens soll bei der Regierung des Vereinigten Königreichs hinterlegt werden, die jeder der Signatarmächte beglaubigte Abschriften übermitteln wird. Ferner soll das Übereinkommen beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen registriert werden.

Unterschriften der bevollmächtigten
Vertreter der Signatarregierungen

Das Abkommen enthält einen im Artikel 29 Absatz 1 erwähnten Anhang, in dem die Gebiete verzeichnet sind, auf die sich die Vollmachten der Ruhrbehörde erstrecken. Es sind dies:

im Regierungsbezirk Düsseldorf:

- | | |
|----------------------------------|--------------------------------|
| 1. Landkreis Dinslaken | 9. Stadtkreis Duisburg-Hamborn |
| 2. Landkreis Düsseldorf-Mettmann | 10. Stadtkreis Mülheim |
| 3. Landkreis Essen | 11. Stadtkreis Neuss |
| 4. Landkreis Geldern | 12. Stadtkreis Oberhausen |
| 5. Landkreis Krefeld-Uerdingen | 13. Stadtkreis Remscheid |
| 6. Landkreis Moers | 14. Stadtkreis Solingen |
| 7. Landkreis Rees | 15. Stadtkreis Wuppertal |
| 8. Stadtkreis Düsseldorf | |

im Regierungsbezirk Münster:

- | | |
|-----------------------------|------------------------------|
| 1. Landkreis Beckum | 5. Stadtkreis Gelsenkirchen |
| 2. Landkreis Lüdinghausen | 6. Stadtkreis Gladbeck |
| 3. Landkreis Recklinghausen | 7. Stadtkreis Recklinghausen |
| 4. Stadtkreis Bottrop | |

im Regierungsbezirk Arnsberg:

- | | |
|--------------------------------|-----------------------------|
| 1. Landkreis Ennepe-Ruhr-Kreis | 8. Stadtkreis Hamm |
| 2. Landkreis Iserlohn | 9. Stadtkreis Herne |
| 3. Landkreis Unna | 10. Stadtkreis Iserlohn |
| 4. Stadtkreis Bochum | 11. Stadtkreis Lünen |
| 5. Stadtkreis Castrop-Rauxel | 12. Stadtkreis Wanne-Eickel |
| 6. Stadtkreis Dortmund | 13. Stadtkreis Wattenscheid |
| 7. Stadtkreis Hagen | 14. Stadtkreis Witten |

Literaturverzeichnis

- Agartz Victor* und *Deist Heinrich*, Gesetz 75 und Ruhrstatut, herausgegeben vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften. Mai 1949.
- Borchardl Karl* und *Bonikowsky Käte*, Handbuch der Kohlenwirtschaft, Berlin 1926.
- Friedensburg Ferdinand*, Kohle und Eisen im Weltkrieg und in den Friedensschlüssen, München 1934.
- Heinrichsbauer August*, Der Ruhrbergbau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Essen 1948.
- Krüger Herbert*, Das Ruhrstatut in: Gesetz und Recht, Hamburg 1949.
- Lange Ernst Georg*, Wandlungen der internationalen Kohlenwirtschaft, Leipzig 1936.
- Rassmann Richard*, Die europäische Steinkohlenwirtschaft zwischen den beiden Weltkriegen 1920 bis 1938, Oberursel 1947.
- Regul Rudolf*, Energiequellen der Welt, Berlin 1937.
- Weber Alfred*, Sozialisierung zugleich Friedenssicherung, Heidelberg 1947.

Amtliche und halbamtliche Veröffentlichungen

Deutschland

- Erlasse der britischen, amerikanischen und französischen Militärregierung für das besetzte deutsche Gebiet.
- Verordnungsblatt der Militärregierung Britische Zone.
- Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, erstattet durch die Herren Hess, Heller und Deist für die Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Essen, März 1949.
- Jahrbuch des Kohlenbergbaus, Essen 1949.
- „Wirtschaft und Statistik“, Stuttgart, herausgegeben vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Frankreich

- L'économie de la Ruhr, Paris 1947, herausgegeben vom Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques.

Völkerbund

- Monthly Bulletin of Coal Statistics, Genf 1948, Nr. 9.
- Europäisches Wiederaufbau-Programm. Zweiter Bericht der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Herausgegeben vom Bundesministerium für den Marshallplan. Bonn, April 1950.

Zeitungen und Zeitschriften

Badische Zeitung, Freiburg i. Br.
Bergbau-Rundschau, Bochum
Der Volkswirt, Frankfurt a. M.
Deutsche Kohlen-Zeitung, Berlin
Die Bergbau-Industrie, Bochum
Handelsblatt, Düsseldorf
Kohlenwirtschaftszeitung, Mannheim
Neue Zürcher Zeitung, Zürich
Westfälische Rundschau, Dortmund
Wirtschaftsrevue, Konstanz
Wirtschaftszeitung, Stuttgart

Vita

Am 29. Juni 1923 wurde ich als Sohn des Christian Wiesendanger und seiner Frau Maria geb. Ebner in Lörrach (Deutschland) geboren. Hier absolvierte ich von 1930 bis 1934 die Volksschule und trat dann in das Gymnasium in Lörrach ein. Im Jahre 1939 wechselte ich an die dortige Höhere Handelsschule hinüber, die ich nach bestandenem Examen im April 1941 verließ. Anschließend bereitete ich mich auf die Sonderreifeprüfung vor, welche ich im November 1943 in Wien bestand. Praktische kaufmännische Kenntnisse erwarb ich mir bis zum Antritt des Studiums bei der Bezirkssparkasse in Lörrach.

Durch die Kriegsereignisse bedingt, konnte ich erst im Wintersemester 1946/47 das Studium der Nationalökonomie an der Universität Basel beginnen. Ich hörte Vorlesungen und besuchte Seminarien bei den Herren Professoren Brogle, Furlan, Lewald, Ruck, Salin, Simonius, Wagner.

Allen meinen verehrten Lehrern, insbesondere aber Herrn Professor Dr. V. F. Wagner, unter dessen Leitung vorliegende Dissertation entstand, spreche ich meinen herzlichen Dank aus.

Kurt Wiesendanger

